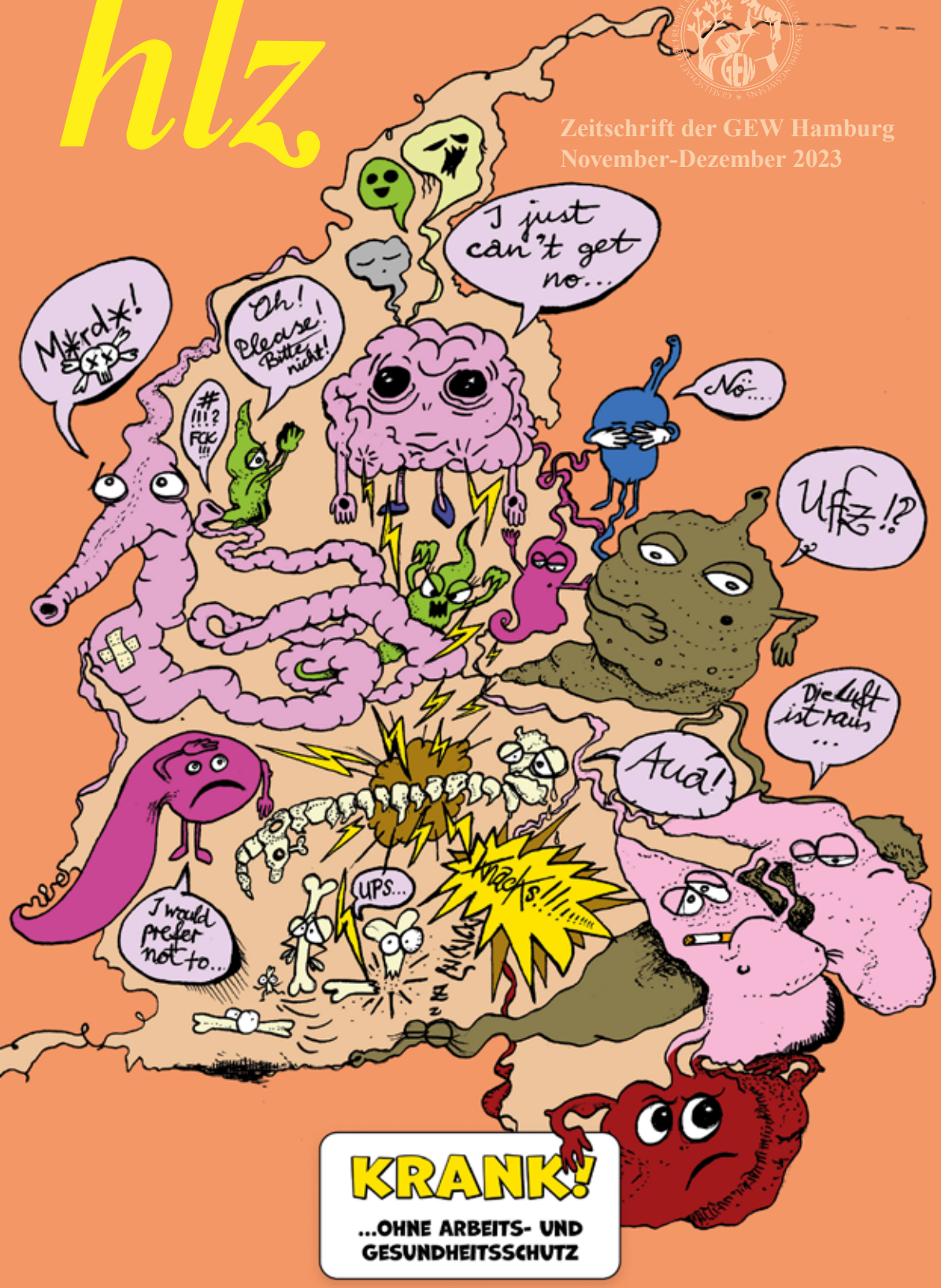
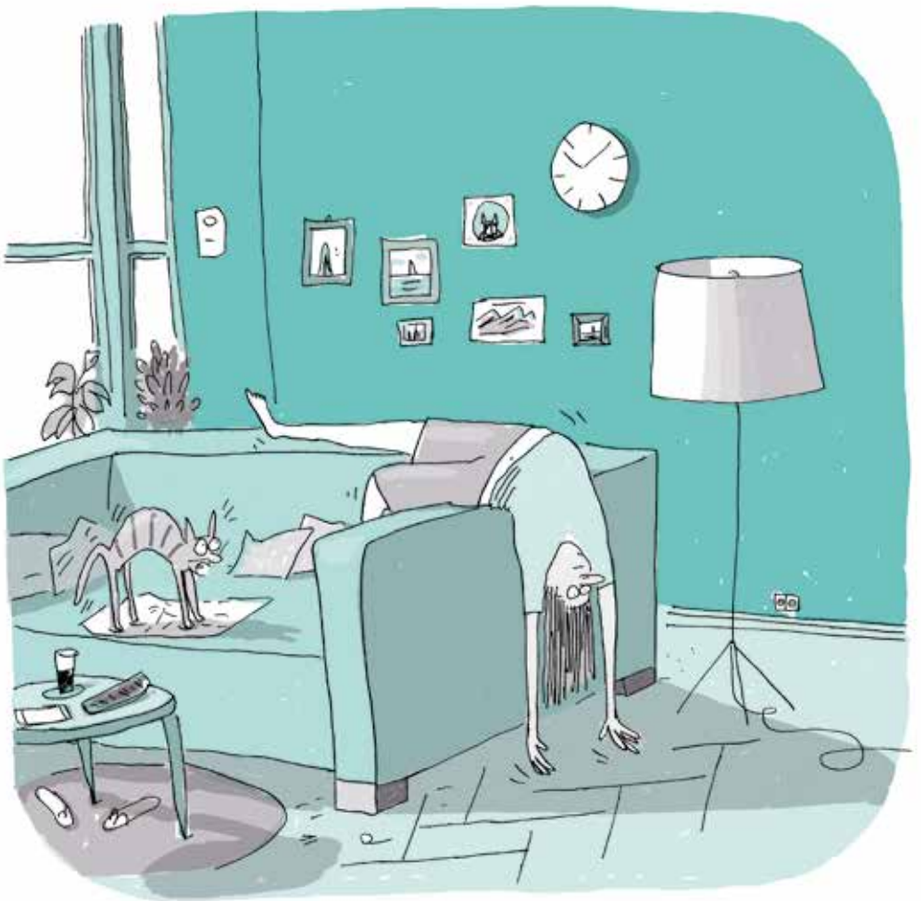
C 3428

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
November-Dezember 2023





Mache heute blau, weil ich mich wie etwas fühle, das aus dem Abfluss gefischt und auf dem Waschbeckenrand liegengelassen wurde...

K O E B

hlz-Notiz

Liebe Kolleg*innen!

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Zum Redaktionsschluss dieser *hlz* sind wir mitten in den Tarifauseinandersetzungen für den Tarifvertrag der Länder. Am 7. November 2023 gab es einen ersten Warnstreik. Unter den 4000 Teilnehmer*innen waren viele GEW-Kolleg*innen. Die Streikbereitschaft ist hoch, das wurde auch bei den anschließenden Regionalstreiks deutlich. Dafür schon einmal unseren herzlichen Dank! Jetzt stehen weitere Warnstreiktage an, u. a. der von der GEW bundesweit organisierte *Warnstreik Bildung* am 28. November. Wir werden eine starke Beteiligung brauchen, um ein gutes Tarifergebnis durchsetzen zu können. Bis jetzt sind die Arbeitgeber stur, legen kein Angebot vor und stellen die Übertragung eines Tarifergebnisses auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen in Frage. Wenn Ihr dies lest, liegt die dritte Verhandlungsrunde hinter uns – und wir werden sicherlich schon in den Diskussionen über das Ergebnis oder die Notwendigkeit weiterer Auseinandersetzungen sein!

Am 3. November startete unter großer medialer Anteilnahme an den Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen die breit angelegte Arbeitszeit- und Belastungsstudie der *Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften* der *Universität Göttingen*. Die GEW Hamburg unterstützt diese maßgeblich. Nun wird nach 20 Jahren endlich die *Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung* auf den Prüfstein gestellt und die GEW Hamburg fasst selbst mit an, wenn es die Behörde schon nicht macht: die Überprüfung der *Lehrerarbeitszeitverordnung*, welche von Beginn an gefordert wurde. Nach 20 Jahren unsäglicher ›Auskömmlichkeit‹, Entgrenzung und Verantwortungslosigkeit wird es wirklich *Zeit für echte Zeit*, um Faktoren, Planungsmomente und die bisherigen Veränderungen einem Realitätscheck zu unterziehen. Wenn auch Du Teil der Unterstützung dieser Studie an Gymnasien und Stadteilschulen sein willst, sei es als Multiplikator*in oder Teilnehmer*in an Deiner Schule, dann melde Dich unter *info@gew-hamburg.de* an. Sei dabei bei *Zeit für echte Zeit*!!! Der Missstand im Arbeits- und Gesundheitsschutz ist der Schwerpunkt dieser *hlz*-Ausgabe. Gerade in den Schulen werden die gesetzlichen Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht eingehalten. Es gibt keine Etablierung der schulischen Arbeitsschutzausschüsse gemäß der Vorgabe nach § 11 *Arbeitssicherheitsgesetz*. In der Behörde für Schule und Berufsbildung sind für ca. 30.000 Beschäftigte und ca. 250.000 Schüler*innen lediglich drei *Fachkräfte für Arbeitssicherheit* (FaSi) beratend zuständig. Es gibt erhebliche Defizite bei der arbeitsmedizinischen Pflicht- und Angebotsvorsorge für die Schulbeschäftigten gemäß der gesetzlichen Vorgaben. An 110 allgemeinbildenden Schulen wurde zum Januar 2023 noch niemals eine psychische Gefährdungsbeurteilung nach dem *Arbeitsschutzgesetz* durchgeführt – obwohl schulische Beschäftigte bekanntermaßen zu den stark vom Burnout-Syndrom betroffenen Berufsgruppen gehören. Durch die kompromisslose Erfüllung aller gesetzlichen Vorgaben und die Implementierung zusätzlicher freiwilliger Maßnahmen würde die BSB die Gesundheit und damit die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten erhalten und so einen direkten Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels leisten. Neben der Verantwortung des Arbeitgebers für seine Mitarbeiter*innen muss dies ein Argument für die BSB sein, in den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen zu investieren.

Seit Oktober 2023 verstärkt die Kollegin Varsenik Vardanyan das Team der Geschäftsstelle. Sie hat die Nachfolge unseres langjährigen Kita-Referenten Jens Kastner angetreten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir, Varsenik! Lieber Jens, Dir auch (aber nicht nur) an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für Deinen jahrzehntelangen Einsatz für die Interessen der Beschäftigten und Dein Engagement in der GEW!

Liebe Kolleg*innen, ein ruhiger Jahresabschluss ist noch nicht in Sicht. Trotzdem wünschen wir Euch erholsame und schöne Feiertage und Ferien mit Euren Familien!

TITEL: Krank! …ohne Arbeits- und Gesundheitsschutz

43 Kein Arbeits- und Gesundheitsschutz, nirgends
Der GPR zu Untätigkeit und Verweigerungshaltung der BSB

46 In Systematik, Prozess und Wirksamkeit unzureichend
Eine Stellungnahme der Lehrer*innenkammer zu den Gefährdungsbeurteilungen an Schulen

50 Gesundheitsschutz als Maßnahme gegen Fachkräftemangel
Eine Stellungnahme des Hamburger Landesschulbeirats

54 Wozu Gesundheitsschutz, wenn sich eine Pandemie auch aussitzen lässt…
Der GPR zum Umgang der BSB mit der Covid-19-Pandemie

56 Kleine Geräte – große Gefahren
Mo Augs fragt, wie es um den Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Tablet-Gebrauch steht

58 Tot oder Beamtin?
Liese Kühnel über die fragwürdige Untersuchungspraxis des Personalärztlichen Dienstes

60 Vormittags Überlastung, nachmittags Meditation
Interview mit der Gesundheitsbeauftragten Annegreth Spieker über die alltäglichen Widersprüche ihrer Arbeit (Liese Kühnel)

60 Traumjob Schulleitung – oder Alptraum Burnout?
Sven Quiring über die alarmierenden Ergebnisse einer GEW-Studie

GEW HAMBURG

8 Foto: Hochschulaktionstag

10 »Der Schnee ist mit uns!«
Ein Blitzeindruck vom Streiktag Bildung

11 »Kolleg*innen, Ihr braucht mehr!«
Die GEW Hamburg zum Streiktag Bildung

13 Die Offene Liste
Sabine Lafrentz über die Praxis der Perspektivgespräche bei den Elbkindern

14 Eine gute Tradition
Christel Sohns von der BG Ruheständler*innen über die diesjährige Feier für die GEW-Ehrenmitglieder

15 Solidarität in den Gewerkschaften ist unabdingbar
Gerhard Brauer über seine 60jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft

18 Am gesellschaftlichen und politischen Leben mitwirken
Bettina Wehner-Wöbbekings Redebeitrag zum Internationalen Tag der älteren Menschen

20 Es geht los!
Karin Hufert berichtet über den erfolgreichen Start der ersten Schulung zur GEW-Arbeitszeitstudie

BILDUNGSPOLITIK

21 Arbeitszeitstudien als gewerkschaftliche Kampfmittel
Eberhard Brandt berichtet von den Erfolgen der GEW-Arbeitszeitstudie in Niedersachsen

24 Statt ›G9 vs. G8‹: eine Debatte um ein zukunftsfähiges Schulsystem!
Yvonne Heimbüchel zur Positionierung der GEW in der Frage nach der Oberstufendauer

24 Die ›Initiative Flexible Oberstufe‹
Rainer Fechner stellt die Initiative Flexible Oberstufe vor

26 ›G9‹: Eine unnötige Debatte, elitär und teuer
Der Verband für Stadtteilschulen Hamburg (GGG) nimmt Stellung zur Volksinitiative ›G9 Hamburg‹

27 Sondervermögen für eine Bildungswende, statt Militarisierung
Ein Debattenbeitrag von Florian Muhl (FG Hochschule und Forschung)

INTERNATIONALES

64 Die Hamas hat den Traum vom Frieden ermordet
Interview mit Remko Leemhuis, Direktor des American Jewish Committee (AJC) in Berlin, zur aktuellen Situation in Israel nach den Massenmorden der Hamas

72 Solidarität mit der israelischen Bevölkerung und humanitäre Unterstützung für Gaza
Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW vom 8. November 2023

73 Erste-Hilfe-Paket

74 »Unterschiede machen uns reich«
Bruni Römer zum Austausch der GEW mit Bildungsgewerkschafter*innen des autonomen Nord- und Ostsyrien

ANTIFA

30 ›Rechtsoffen‹ – reales Problem oder Kampfbegriff?
Veranstaltungsankündigung zur GEW-internen Podiumsdiskussion am 10. Januar 2024

30 We Got 99 Problems, but ›Rechtsoffenheit‹ Ain't One?
Die Redaktion kommentiert die Leser*innenbriefe zum Antifa-Teil der letzten hlz

35 Zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit
Die Leser*innenbriefe

STREIK!

76 Der Hafen ist kein Casino!
Gaston Kirsche über den Kampf der Beschäftigten des Hamburger Hafens gegen den drohenden Ausverkauf städtischen Eigentums

RUBRIKEN

3 hlz-Notiz
6 Editorial: The Heat is On! The Beat Goes On!
35 Leser*innenbriefe
82 Impressum

TERMINE

19 gba: stabil, belastbar, achtsam
19 Gesund in den Ruhestand (30.01., 27.02., 26.03.)
30 ›Rechtsoffen‹ – reales Problem oder Kampfbegriff? (10.01.)
82 Termine Geschäftsstelle

The Heat Is On! The Beat Goes On!

Es ist Streik, und zu wenige gehen hin? Nicht doch, Kolleg*innen, Ihr habt bis jetzt beeindruckend engagiert Euer Bestes gegeben, um unseren Forderungen auf der Straße Gehör zu verschaffen, damit nicht nur Krieg, Tod und Elend die Abendnachrichten bestimmen. Unser Kampf ist einfach: ›Wir da unten‹ wollen mehr Lohn und ein besseres Leben für alle, ›die da oben‹ müssen dafür nur vernünftigere Politik machen. Das ist doch wunderbar klar. Nur, wie nun die entscheidende dritte Runde der Tarifverhandlungen ausgegangen ist, wissen wir, während wir dies schreiben, noch nicht – stattdessen werden wir in unseren ersten Spekulatius beißen und einfach hoffen! Das ist nun mal das Los der *hlz*: manchmal am Puls der Zeit, aber eben nie brandaktuell: Wenn wir das Manuskript aus der Hand und in die Druckerei geben, liegen noch Wochen vor der Auslieferung in Eure Hände.

Gewerkschaftliches Engagement betrifft nicht nur Funktionär*innen, ist auch nicht bloß das Demonstrations- und Streikevent, sondern wirkt im alltäglichen Gespräch. Wie sehr die Propaganda der Gegenseite verfangen hat, das kann man in all den Kommentarspalten beobachten, die das Internet bereithält. In Streikzeiten wuchern dort die Stil- und Logikblüten. Unklar bleibt zwar, wie viel die Lobbyorganisationen des Kapitals in Klick- und Trollfabriken des Globalen Südens und anderer abgehängter Regionen für ihre Onlinekampagnen investierten, aber es ist doch frappierend, wie viele dort ernsthaft die Position vertreten, dass wir trotz all der Jahre an Lohneinbußen doch jetzt bitte schön die Füße stillhalten sollten. Und trotz dieser frappierenden Ungleichheit in Bezug auf die Meinungsmache kommt es auf Dich an, ob Du dem Unsinn widersprichst, dass höhere Löhne ja auch naturgesetzlich zu steigenden Preisen führten, wir uns eben den Diktaten des Weltmarktes und der Schuldenbremse zu fügen hätten. Vielleicht überzeugst Du nicht den Schreihals, doch unter Umständen diejenigen, die mitlesen oder einfach nur zuhören. Diese Aufforderung gilt besonders dann, wenn es um die Kämpfe unserer anderen Kolleg*innen geht, ob nun bei der Bahn oder im Hafen, die selbstverständlich auch Teil unserer Auseinandersetzungen sein müssen. Der Trick bei sozialen Bewegungen ist ja: Ihnen die Macht, uns die Solidarität, die zärtlichere Form der Machtausübung. Wir berichten auch in dieser Ausgabe von einem Kampf, der uns alle betrifft, weil es um die Staatskasse der Hansestadt geht. Gaston Kirsche arbeitet heraus, wie skandalös das Vorgehen besonders der SPD ist (wie viele Gedächtnislücken liegen eigentlich zwischen Cum-Ex und diesem nächsten Bärendienst für die Hansestadt?), und warum es auch die Bildung betrifft, wenn der Hafen privatisiert wird. Ja, richtig gehört! Kämpfe für Gerechtigkeit gehören zusammen.

Bildungsarbeit macht krank

Dieser Rot-Grüne Senat, unsere Behörde, verkörpert das, was in anderen Bundesländern auch von einer Schwarz-Gelben Regierung geleistet werden könnte: Nicht nur bei den Löhnen und Arbeitszeiten, sondern vor allem beim Arbeits- und Gesundheitsschutz gibt es drastische Missstände. Wir wissen mittlerweile, dass Bildungsbeschäftigte ein erhöhtes Risiko haben, an psychischen und psychosomatischen Erkrankungen zu leiden. Wir wissen alle, wie belastend Beziehungsarbeit ist, ob nun mit Pubertierenden oder Kleinkindern, besonders wenn diese sowieso schon einen stressigen Alltag haben, weil es in den Familien knirscht und das Geld knapp ist. Wir dokumentieren und würdigen mit dem Titelthema insbesondere die Arbeit des Gesamtpersonalrats, der sich die Zähne an einer Behörde ausbeißt, die durch Untätigkeit und Verweigerung glänzt. Es geht hier nicht um irgendeinen Luxus oder abgehobene Wünsche von Studienräten, sondern um die Einhaltung gesetzlicher Standards! Dabei haben doch auch die Lehrer*innenkammer und der Landesschulbeirat nicht nur eine systematische Kritik an den Mängeln des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, sondern gleich noch umfassende Vorschläge zur Behebung dieser Mängel vorgelegt!

Es ist Winter. Wie jedes Jahr im Kollegium: Krankheitswellen, Vertretungen, Korrekturberge. Jede*r weiß, dass es um die Gesundheit von Arbeitskräften in der Bildung nicht gutsteht. Auch langfristig handelt die Behörde also unklug: Es gibt einen eklatanten Fachkräftemangel. Wir brauchen einen nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz, damit mehr Leute in der Bildung arbeiten wollen, aber auch eine Entlastung für uns im Jetzt. Das AZM hat zu dieser Überarbeitung, zum erhöhten Risiko des Krankwerdens einen zu großen Beitrag geleistet und deshalb: Es muss weg.

Beteiligt Euch an der Arbeitszeitstudie!

Das führt uns auch direkt zur nächsten Kampagne: Die Multiplikator*innen haben es schon in die Schulen getragen, aber wir können nicht oft genug dazu aufrufen: Beteiligt Euch an der Arbeitszeitstudie! Die Kolleg*innen in Niedersachsen haben damit Erfahrungen gemacht, Eberhard Brandt, dort ehemaliger GEW-Landesvorsitzender, stellt dieses Kampfmittel vor, um endlich Bewegung in die Behörde zu kriegen. Für Euch kann das ganz spannend werden, alleine nur zu sehen, wie viel jede*r von uns arbeitet. Steile These von uns: Es bleibt neben der Arbeit nicht mehr ganz so viel Lebenszeit.

Never again is now!

Das Besondere an dieser vernetzter werdenden Welt ist, dass all die globalen Konfliktfälle sich direkt in unserem Berufsalltag zeigen. Wir haben den 7. Oktober als einen Tag erlebt, an dem sich das Grauen der Gewalt in einer neuen Weise manifestierte: Wie bereits bei den Massenmorden des Islamischen Staates haben es sich die Terroristen der Hamas nicht nehmen lassen, ihre unbeschreiblichen Gewalttaten direkt ins Netz zu stellen. Wer am Morgen des 7. Oktober bei Twitter oder TikTok online war, konnte über Stunden Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Folter sehen. Wie viele unserer Schüler*innen oder Student*innen das sahen? Wir haben ein Interview mit Remko Leemhuis, Direktor des Instituts für Deutsch-Jüdische Beziehungen in Berlin geführt, um uns über die Situation in Israel zu informieren – nach dem größten Pogrom seit 1945.

Wir vergessen dabei keineswegs all die Schüler*innen, die nun um ihre Familien oder Verwandten fürchten, die sich im Gaza-Streifen aufhalten. Unsere bikulturell und muslimisch aufwachsenden Jugendlichen stehen im Kontext dieses Terroranschlages und des nun stattfindenden Krieges unter massivem Druck, sich innerhalb ihrer Familie, ihrer Peergroup, ihrer Community und der Schulöffentlichkeit zu positionieren. Wie bilden Jugendliche eine Identität aus, wenn sie zuhause türkische oder iranische Medien konsumieren, die den israelischen Staat dämonisieren, und in der Schule dann auf ein anderes Diskussionsklima, auf andere Standards treffen? Die Debatten der deutschen Öffentlichkeit machen es ihnen nicht leichter: Wenn in Deutschland, und wir sollten uns daran erinnern, dass der »Tod ein Meister aus Deutschland« ist, von einem »zugewanderten Antisemitismus« gesprochen wird, dann läuft da etwas gehörig falsch. Die explizite Drohung, dass Abschiebungen dagegen ein probates Mittel seien, erlebt leider nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums Zuspruch.

Die Mehrheit der Leute, die gerade problematische Parolen brüllen oder Terroranschläge zum ›Widerstand‹ verklären, haben Kindergärten, Schulen oder Universitäten in Deutschland besucht, egal, ob ihre Eltern aus Großgerau, dem Gaza-Streifen oder aus Maribor eingewandert sind. Ob sie nun von ihrem Urgroßvater oder in ihrer Erstsprache per TikTok ungefiltert antisemitische Propaganda abbekamen, die Herkunft ist nicht das Entscheidende, sondern die Gegenwart. Wie können wir von jungen Menschen in der Phase der Orientierung und Identitätsbildung verlangen, sich der entlastenden Einfachheit der Schuldzuweisung zu entziehen, wenn selbst Teile der aufgeklärten Linken in Deutschland den Terroranschlag der Hamas als legitime Reaktion gegen die »Kolonialmacht Israel« begrüßen? Und vergessen wir in all diesem Durcheinander nicht die jüdischen Schüler*innen, die wir auch empowern müssen, sich zu Wort zu melden, sich überhaupt zu zeigen! Wie sprechen wir über ihre Angst, ihre Schmerzen, die Retraumatisierung ihrer Community?

Der erste Schritt kann sein, sich als Pädagog*in dieser Herausforderung bewusst zu werden und Schüler*innen weder direkt auszufragen (»Du bist doch ..., wie findest du das?«) noch menschenfeindliche Äußerungen unwidersprochen als ›Meinung‹ stehenzulassen. Ein gemeinsamer Einstieg kann z. B. das kurze Erklärvideo über Antisemitismus einer jungen Erwachsenen auf dem Jugendserver Hamburg sein, vor allem aber unsere feinfühlige Haltung allen Schüler*innen gegenüber. *Nie wieder ist jetzt*, und zwar mit allen Chancen und Risiken einer vielfältigen Gesellschaft.

EURE REDAKTION

PS: Wir sind jetzt zu dritt in der Redaktion. Wir konnten noch eine Mitstreiterin gewinnen! Und da wir schon in der letzten Ausgabe zusammenwerkelten, können wir sagen: Wie schön, dass Du, Liese Kühnel, bei uns gelandet bist! Haben wir jetzt also eine stabile nicht-männliche Mehrheit in der Redaktion, wann gab es das das letzte Mal in der hlz?

Foto: Antje Géra

Nicht der Forschung / der Lehre / der Bildung gewidmet, wie die ursprüngliche Inschrift am Hauptgebäude der Universität Hamburg lautet, als vielmehr ein Ort der Überlastung / der Befristung / der Prekarität. Protestaktion auf dem bundesweiten Hochschulaktionstag und Warnstreik am 20. November 2023, die das längst Bekannte noch einmal sichtbar macht: Die Studien- und Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen sind unermesslich prekär. Daher die Forderungen: Neben einem Inflationsausgleich für alle von 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro für alle Tarifbeschäftigten müssen die BAföG-Sätze deutlich angehoben werden. Die Streikenden kämpfen für die Abschaffung von kurzen Vertragslaufzeiten, Kettenbefristungen und mitbestimmungsfreien Zonen: für einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) und für ihre Mitbestimmungsrechte durch eine Aufnahme in die Personalvertretungsgesetze der Länder. Auch eine grundlegende Reform der Prekaritätsschleuder ›Wissenschaftszeitvertragsgesetz‹ (WissZeitVG) muss her, Forschung und Lehre endlich durch eine stabile Grundfinanzierung vom Drittmittelwahn befreit werden!

TARIFKÄMPFE TV-L 2023

»Der Schnee ist mit uns!«

Nachdem vier Wochen lang ein Warnstreik den nächsten jagte, setzte die GEW mit dem *Streiktag Bildung* am 28. November 2023 einen vorläufigen Höhepunkt in den Tarifkämpfen TV-L. Allein in Hamburg waren – mit Unterstützung der Kolleg*innen aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen – 4000 gut gelaunte und für die kommenden Arbeitskämpfe sichtlich gut gewappnete Streikende und Unterstützer*innen auf der Straße: Die Kälte wurde einfach weggetanzt. Weil das mit der Leere im Portemonnaie leider nicht geht: Machen wir, dass es die Arbeitskraftauslauger kräftig fröstelt, denn: »Der Schnee ist mit uns!«, wie Dirk Mescher, Geschäftsführer der GEW Hamburg, den Demonstrierenden vom Lautsprecherwagen aus zurief. Und auch sonst gab es viel Unterstützung: Auffällig viele Passant*innen der Hamburger Innenstadt jubelten den Streikenden zustimmend zu. Weil aber Jubel allein nicht satt macht, gilt: Machen wir weiterhin Lärm für unsere Anliegen, vor der Finanzbehörde und anderswo! Eine kleine Erinnerung: Vergesst nicht, den (haupt- und ehrenamtlich) Engagierten der (Hamburger) Arbeitskampfleitung zu danken – all die intensive, aufreibende, auch nächtliche Organisationsarbeit vollzieht sich ja zum großen Teil unsichtbar, sollte aber nicht ungewürdigt bleiben! Was auch immer der Abschluss der Tarifverhandlungen bringen wird, hinge das Ergebnis allein am Engagement dieser Kolleg*innen, gäbe es das Dreifache auf die Forderungen von »10,5 Prozent/ mindestens 500 Euro mehr« obendrauf. (hlz)

Fotos: Jamil Jalla

»Kolleg*innen, Ihr braucht mehr!«

Der Bericht der GEW Hamburg zum Streiktag Bildung am 28. November 2023

Die Gewerkschaften verhandeln seit dem 26. Oktober 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten im Geltungsbereich des TV-L. Bislang haben die Arbeitgeber gar kein Angebot vorgelegt und unsere Forderungen komplett abgelehnt. Für den 28. November rief die GEW daher den *Streiktag Bildung* aus.
Länderbeschäftigte, die an Bildungseinrichtungen arbeiten, haben bundesweit an vier zentralen Kundgebungsorten mit Streiks und Aktionen ihren Unmut über die Blockadehaltung der Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde laut artikuliert. Demonstriert wurde in Berlin mit 6.000 Teilnehmenden, in Hamburg mit 4.000, in Leipzig mit 7.000 und Karlsruhe mit 1.000 Menschen. In Hamburg waren Kolleg*innen aus den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen mit dabei.

Die GEW Hamburg rief an diesem Tag alle im Bildungsbereich arbeitenden Beschäftigten auf, darunter die Lehrkräfte an den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen, die Vorschullehrkräfte, die schulischen Therapeut*innen, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen im Ganztag, in der Schulsozialarbeit und in der Schulischen Inklusion sowie Kolleg*innen an den regionalen Bildungs- und Beratungszentren und natürlich die Beschäftigten an den Hochschulen, einschließlich der studentischen Hilfskräfte. Darüber hinaus wurden auch die Lehrkräfte an den katholischen Schulen und die Beschäftigten der ev. Stiftung Rauhes Haus (Wichernschule) aufgerufen, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.

In Hamburg begann der Streiktag Bildung um 11 Uhr mit einer Kundgebung am Dammtorbahnhof. Dort redete u. a. Anja Bensinger-Stolze, Leiterin des Organisationsbereichs Schule beim GEW Hauptvorstand: »Im gesamten Bildungsbereich fehlen Fachkräfte! Wenn man die Arbeit in Kitas, Schulen, Berufsbildenden Schulen, Hochschulen und in der Weiterbildung wirklich attraktiv machen will, dann braucht es mehr! Es braucht mehr als Sonntagsreden, mehr als Klatschen – das nichts kostet! Es braucht endlich ein Angebot der Arbeitgeber! Ein Angebot das ernst zu nehmen ist und deutlich den Ernst der Lage erkennt: bei einem solch eklatanten Fach- und Lehrkräftemangel muss auch das Gehalt stimmen, um neue Beschäftigte zu gewinnen und alle zu halten! Bessere Arbeits-

bedingungen und ein ordentliches Entgelt: 10,5 % mehr, mindestens aber 500 Euro, 200 Euro monatlich mehr in der Ausbildung, die Weitentwicklung der Lehrkräfteentgeltordnung, einen TVStud! Kolleg*innen, Ihr braucht mehr!«

Neben Anja Bensinger-Stolze hielten die GEW-Vorsitzenden aus Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein Grußwort. Um 11:30 Uhr wurde zur Finanzbehörde und zum Rathaus demonstriert. In seiner Rede bei der Finanzbehörde machte unser Hamburger Vorsitzender Sven Quiring deutlich, dass die Arbeitgeberseite endlich ein Angebot vorzulegen hat, das der Forderung von 10,5 Prozent nahekommt: »Die Verhandlungsführer*innen jammern und sagen, das wäre zu viel und könnte nicht finanziert werden. Das sollen sie mal den Kolleginnen und Kollegen sagen, die in den letzten Monaten Probleme hatten, ihre Heizung oder den Wocheneinkauf im Supermarkt zu finanzieren. Es ist völlig klar, dass wir einen Abschluss brauchen, der dieses Wort wert ist. Denn Profis brauchen mehr! 10,5 Prozent, mindestens aber 500 € mehr!«

»Im schulischen Ganztag arbeiten viele Erzieherinnen und Erzieher, die bei der Schulbehörde tätig sind, oft Seite an Seite mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas. Dass wir dafür nicht das gleiche Geld kriegen, ist einfach nicht fair. Obwohl viele sich bewusst für die Arbeit an Schulen und für den Träger Schulbehörde entschieden haben, werden bei dem akuten Fachkräftemangel jetzt sicher viele von uns überlegen, an entsprechende Träger zu wechseln oder aber ins Umland zu gehen, wo der Tarifvertrag für die Kommunen gilt! Wir fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit!«, so Daniel Heitmann, Erzieher an einer Schule.

»Unter den Lehrkräften sind zunehmend Kolleg*innen mit einem Fristvertrag. Sie trauen sich häufig nicht, zu streiken, weil sie als Seiteneinsteiger ins Lehramt zwar den Lehrkräftemangel mindern helfen, aber die Schulbehörde sie nur nach vielen Bewährungen auf Fristvertragsstellen unbefristet einstellen will. Die Angst unter ihnen ist groß, dass dies nicht geschieht, wenn sie sich in den Streiks für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen«, erläutert Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW Hamburg.

Anschließend wurde zum Curio-Haus demonstriert, wo um 13:20 eine Abschlusskundgebung mit Streikerfassung, Mittagessen und Musik stattfand.

GEW HAMBURG

Foto: Antje Gera

Die Offene Liste
ZUSAMMEN Gestalten Einmischen Wegweisen
GEW
Im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG

Alle ziehen an einem Strang

Perspektivgespräche bei den Elbkindern

Ein Perspektivgespräch:
Wie es in der Theorie sein sollte

Ein Perspektivgespräch ist Teil der Personalentwicklung, es geht also um ein Personalgespräch. Es soll zur Einordnung der aktuellen Situation dienen. Konkret geht es auch um die Reflexion eurer Arbeit und eurer Perspektiven.

Wie sieht es in der Praxis aus?

Sind es nicht die ›richtigen‹ Gespräche, die ihr erlebt? Fühlt ihr euch unwohl, weil euch die gewünschten ›guten‹ Gespräche fehlen, so wie ihr auch oft die Wertschätzung vermisst? Werden euch Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt oder wird nur über eure Leistungsfähigkeit gesprochen?
Nicht immer ist das drin, was erwartet wird. Das Perspektivgespräch wird gerne missbraucht, je nach Intention der Beteiligten kann es auch ein unangenehmes ›Perspektivgespräch‹ werden. Zudem sind nicht immer alle gesprächsbereit, die zum Gespräch gebeten sind. Und warum auch? Sind wir doch ohnehin ständig im Gespräch!

Wieso gerade jetzt? Was ist der Sinn dieser Gespräche?

Die Kolleg*innen **D**er **O**ffenen **L**iste haben den Eindruck, dass diese Gespräche seit einiger Zeit vermehrt angesetzt werden. Offenbar geht es manchmal darum, die Betroffenen zu überreden, die *Elbkinder* zu verlassen oder sie bekommen Auflagen von der Arbeitgeberin. Eigentlich fehlt doch Personal und häufig kann der Betrieb nicht mehr wie gewohnt aufrechterhalten werden. Die Betroffenen haben eine Chance verdient, sich zu entwickeln, sich in der Kita oder im Betrieb neu zu orientieren um z. B. die Personalsituation in einer anderen Kita zu entspannen. Sollten die Kinderzahlen tatsächlich in einzelnen Kitas sinken, sollte das als Chance genutzt werden sich in Hamburg wieder vermehrt und gemeinsam für einen besseren Betreuungsschlüssel einzusetzen. Nach Meinung **D**er **O**ffenen **L**iste schadet diese Methode den Betroffenen und belastet verbleibende Kolleg*innen zusätzlich.

Was tun?

Wenn ihr zu einem Perspektivgespräch geladen werdet, solltet ihr euch darauf vorbereiten und festhalten, was ihr wollt. Welche positiven Entwicklungen seht ihr für euch? Dazu könnt ihr euch mit Kolleg*innen austauschen. Ihr könnt euch auch an **D**ie **O**ffene **L**iste wenden. Als Mitglied einer Gewerkschaft könnt ihr euch dort beraten lassen und Unterstützung bekommen.

Lasst euch nicht verunsichern und unter Druck setzen!!!

DOL Ansprechpartner*innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – GEW	0151 / 22523919	lafrentz@gew-hamburg.de

BETRIEBSGRUPPE RUHESTÄNDLER*INNEN

Eine gute Tradition

Die diesjährige Feier für die GEW-Ehrenmitglieder

Am Dienstag den 10. Oktober 2023 fand wieder die alljährliche Ehrenfeier für die Mitglieder statt, die 50 Jahre Mitglied der GEW sind, wie auch für diejenigen, die in diesem Jahr das 80. Lebensjahr vollenden.

Einen besonders schönen Rahmen bot der kleine Saal des Curio-Hauses, der – dank der sehr kompetenten Organisatorin Annette Meents – mit einer ansprechenden Tischdekoration für eine gemütliche Atmosphäre sorgte. Unter der wunderbaren musikalischen Begleitung der Akkordeonistin Ona trafen gegen 15 Uhr die ersten Gäste ein. Jede*r wurde mit Sekt und Orangensaft begrüßt. Dann eröffnete Jutta Martens-Hinzelin, die in diesem Jahr selbst zu den Geehrten zählte, mit launigen Worten die Veranstaltung. Volker Peters informierte die Runde über das Engagement für die Stiftung der GEW *Fair Childhood* und bat um Mitarbeit. Christel Sohns stellte kurz die Arbeit der *Betriebsgruppe Ruheständler*innen* vor, in der für das nächste Jahr ein dritter Aktionstag für alle Senior*innen unserer Gewerkschaft geplant wird. Joachim Krolls Video-Installation ließ durch Fotos ehemalige GEW-Aktionen auf einer großen Leinwand noch einmal Revue passieren.

Nachdem der GEW-Vorsitzende, Sven Quiring, die Anwesenden über die aktuellen GEW-Aktivitäten informiert hatte, gab es Kaffee, Tee und leckeren Kuchen sowie weitere musikalische Unterhaltung. Danach wurde den Jubilar*innen eine Urkunde und die GEW-Anstecknadel übergeben. Viele von ihnen hatten den Wunsch, etwas aus ihrem gewerkschaftlich und politisch aktiven Leben zu erzählen. Eine wunderbare, selbst hergestellte Fahne zu einer Brokdorf-Demonstration gab Zeugnis aus der damaligen Zeit. Außerdem stellte man fest, dass viele der in diesem Jahr Geehrten auch heute noch in verschiedenen Gremien der GEW aktiv sind, um ihren Erfahrungsschatz in die heutige Zeit hinein zu transportieren.

Im Anschluss tauschte man sich noch angeregt über die gemeinsam erlebte Gewerkschafts- und Personalratsarbeit aus. Dabei begegneten sich viele nach Jahrzehnten wieder und frischten Bekanntschaften auf. So klang der Nachmittag in angeregter Unterhaltung aus. Beim Abschied gab es vielfach ein herzliches Dankeschön für die schöne Feier und ein »Auf Wiedersehen!«.

CHRISTEL SOHNS,
Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Solidarität in den Gewerkschaften ist unabdingbar

Gerhard Brauer über seine 60jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft

Erste gewerkschaftliche Erfahrungen
Mein letzter Schultag in der Volksschule Cleverbrück (Bad Schwartau) war am 15. März 1963, am 17. März wurde ich konfirmiert und am 1. April 1963 begann ich mit 15 Jahren eine Krankenkassenlehre bei der *Allgemeinen Ortskrankenkasse* (AOK) in Lübeck.

Bereits in den ersten Tagen der Ausbildung gab mir ein Kollege ein Eintrittsformular für die *Deutsche Angestelltengewerkschaft* (DAG). Rat holte ich mir bei meinem Vater, der langjähriges Mitglied der *Industriegewerkschaft Metall* (IGM) war. Nicht ohne einen gewissen Stolz in seiner Stimme meinte er, als Angestellter müsse ich wohl in die Angestellten-Gewerkschaft. Angestellte waren für meinen Vater »die da oben im Büro«. Ab 1. Mai 1963 war ich Gewerkschaftsmitglied.

Einen indirekten Berührungspunkt mit der Gewerkschaft hatte ich bereits im Alter von acht Jahren. Mein Vater, mein Großvater, mein Onkel – alle waren sie auf der *Flenderwerft* in Lübeck-Siems beschäftigt – folgten dem Aufruf der IGM Schleswig-Holstein und beteiligten sich an einem der längsten Streiks in Deutschland (Metallarbeiterstreik Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1956 bis 15. Februar 1957). Im Dezember 1956 wurden wir Kinder der Streikenden, u. a. meine Cousine, mein Cousin und ich, von der Gewerkschaft ins Stadttheater Lübeck ins Weihnachtsmärchen eingeladen. Wir saßen in der dritten Reihe, es gab *Der gestiefelte Kater*. Ein großartiges Erlebnis!

Exkurs: Der Metallarbeiterstreik
Bei dem Metallarbeiterstreik ging es – heute kaum noch vorstellbar – darum, dass die Arbeiter den Angestellten im Krankheitsfall gleichgestellt werden wollten. Angestellte bekamen bei Krankheit das Gehalt in voller Höhe für sechs Wochen weitergezahlt, Arbeiter dagegen bekamen die ersten drei Tage nichts (›Karenzzeit‹) und danach ein Krankengeld, dass je nach Familienstand etwa 65 % bis 75 % ihres Lohnes ausmachte. Mit dem Streik setzten die Arbeiter eine Angleichung in mehreren Schritten durch. Die endgültige Gleichstellung wurde jedoch erst mit dem *Lohnfortzahlungsgesetz* ab 1. Januar 1970 erreicht.

Engagement in der ÖTV
Mit 17 Jahren trat ich in die Gewerkschaft *Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr* (ÖTV) über. Der Slogan »Angestellten-Gewerkschaft und Angestellten-Krankenkasse gehören zusammen« war mit meiner Auffassung von der Gleichheit aller Arbeitnehmer*innen nicht zu vereinbaren, zumal ich nicht ohne Stolz bei einer *Allgemeinen Ortskrankenkasse*, offen für alle Arbeitnehmer*innen, beschäftigt war.

Videostills aus dem Film zur Ehrenfeier von Jamil Jalla

Gerhard Brauer auf der Jubiläumsfeier, in angeregter Unterhaltung

Von der AOK Lübeck wechselte ich mit 19 Jahren zur AOK für den Kreis Stormarn. Hier traf ich auf gleichgesinnte Jugendliche, mit denen ich unter der Leitung der ÖTV-Kreisverwaltung eine gewerkschaftliche Jugendgruppe gründete. Inspiriert wurden wir durch die Studierendenbewegung und die *außerparlamentarische Opposition*. Auch die *Lehrlingsstudie*, die unhaltbare Zustände in einigen Lehrberufen aufdeckte, regte unser Engagement an. Ergebnis dieses Engagements war, dass ich mit 21 Jahren in den Personalrat der Dienststelle gewählt wurde, weshalb ich an Personalratsseminaren, u. a. an den Bundesschulen der ÖTV in Berlin und Mosbach in Baden-Württemberg, teilnehmen konnte. Es war jedoch schwierig, die Politisierung, die dort stattfand, mit der Arbeit im Personalrat einer eher kleineren Verwaltung in Verbindung zu bringen. Immerhin: Wir wurden umfassend mit dem Recht der Personalvertretung vertraut gemacht.

Mit 24 Jahren begann ich ein Studium an der *Hochschule für Wirtschaft und Politik* in Hamburg, gefördert von der Stiftung *Mitbestimmung* des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB), heute *Hans-Böckler-Stiftung*. Bei der ÖTV in Hamburg durchlief ich ein Training zur Schulung von Personalräten und Vertrauensleuten. Jeweils zu zweit führten wir Seminare für Beschäftigte u. a. des Hamburger Hafens, der Lufthansa und der Stadtreinigung durch. Später wurden wir Stipendiaten der Stiftung *Mitbestimmung* von *Arbeit und Leben* eingebunden, um Unterrichtsmaterialien aus gewerkschaftlicher Sicht, u. a. zu Themen wie Mitbestimmung, Multinationale Konzerne, Konzentration in der Wirtschaft zu erstellen.

Auseinandersetzungen und Konflikte

Gewerkschaftliche Arbeit war oft auch mit Auseinandersetzungen verbunden. Einen herausfordernden Konflikt hatte ich im März 1978 mit einem Kollegen durchzustehen. Vom DGB Nord wurden wir zu einem einwöchigen Seminar *Berufsorientierung* nach Niblum auf Föhr entsandt. Das damals recht konservative Gymnasium Billstedt – immer bedacht auf ausgewogenen Unterricht – sah kein Problem darin, das Seminar für die Oberstufe ausschließlich vom *Unternehmensverband Nord* durchführen zu lassen, offensichtlich mit Billigung der Schulbehörde. Gewerkschaften waren weder erwünscht noch vorgesehen und schon gar nicht Thema. Und so war unsere erzwungene Teilnahme an sich schon ein Skandal. Wir konnten jedoch mit den Lehrkräften Zeiten aushandeln, in denen wir mit den Jugendlichen über Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen diskutierten. Den Film *Und raus bist Du* über Entlassungen bei *Siemens Bruchsal* durften wir allerdings im Veranstaltungsgebäude nicht zeigen, stattdessen mussten wir in eine örtliche Schule ausweichen.

Ende der 70er Jahre wurde in den Betriebsräte-Seminaren das Engagement der *Neuen Heimat* häufig kritisch hinterfragt. Zur Beruhigung der Kollegen stellte man uns Teamern Infomaterial und eine Diashow über das Wirken der *Neuen Heimat* zur Verfügung. Als Teamer ahnten wir, dass es im Konzern nicht nur mit rechten Dingen zuging, was 1982 mit Veröffentlichungen im Spiegel offensichtlich wurde. Für mich war dieser Skandal eine große Enttäuschung, hatte sich doch eine Elite in den Gewerkschaften macht- und habgierig auf Kosten der Mieter*innen und der Allgemeinheit bereichert und die Solidarität der Organisation missbraucht.

Exkurs: Die *Neue Heimat*

Die Vorläuferin der *Neuen Heimat*, die gewerkschaftseigene *Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft*, wurde 1926 in Hamburg gegründet. Die Nazis enteigneten die Gesellschaft und unterstellten sie der *Deutschen Arbeitsfront*. Anfang der 50er Jahre übertrugen die Alliierten die Gesellschaft dem DGB. Gerade beim Aufbau nach dem Kriege war die *Neue Heimat* ein wichtiges Instrument gewerkschaftlicher Strukturpolitik. Die von den Medien aufgedeckten Skandale führten 1986 zur Auflösung der Gesellschaft, nachdem die CDU/CSU/FDP-Regierung staatliche Stützungsmaßnahmen ablehnte. Von den Verbindlichkeiten in Höhe von rund 17 Mrd. DM musste der DGB 1,5 Mrd. DM übernehmen. Das war nur möglich, indem gleichzeitig auch die anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die *Bank für Gemeinwirtschaft*, die *Volksfürsorge* und der *Coop*-Konzern veräußert wurden. Die Gewerkschaften standen quasi am Rande des Ruins.

Von der schulischen Betriebsgruppenarbeit zur Personalratstätigkeit

In den 80er bis in die Mitte der 90er-Jahre hinein war ich aus familiären und beruflichen Gründen eher passives Gewerkschaftsmitglied, lediglich an der Arbeit der Betriebsgruppe in der Schule nahm ich aktiv teil. Das änderte sich 1996 als ich mich im Referat A der Hamburger GEW mit Angestellten- und Beamtenrechtsfragen befasste, später übernahm ich die Leitung dieses Referats. Vor allem von dem Wissen des zuständigen Sekretärs profitierte ich, informativ war der Austausch mit den Kolleg*innen aus den anderen Bundesländern auf meist zweitägigen Treffen.
Das erworbene Wissen konnte ich ab 2001 im Personalrat der Beruflichen Schulen einsetzen. Diese Personalratstätigkeit übte ich sechs Jahre lang aus, bevor die zentralen, nach Schulformen gegliederten Personalräte, durch schulische Personalräte ersetzt wurden. Diese schulischen Personalräte habe ich vor allem deshalb abgelehnt, weil der Dienststellenleiter sowohl Ansprechpartner des Personalrates als auch Vorgesetzter der Personalratsmitglieder war und ist. Dennoch hatte ich mich an der Schule für eine Übergangszeit in den Personalrat wählen lassen, um die jetzt neu gewählten schulischen Personalratsmitglieder einzuarbeiten. Dies tat ich in der Funktion des Personalratsvorsitzenden.

Engagement im Ruhestand

Mit meiner Pensionierung 2013 bot ich für GEW-Mitglieder monatlich eine Sprechstunde zum Thema *Gesund in den Ruhestand* an. Neben Fragen der behördlichen Unterstützung in Krankheitsfällen, lag der Schwerpunkt in der Darstellung der Möglichkeiten der Pensionierung bis hin zur Klärung von versorgungsrechtlichen Zeiten und der individuellen Berechnung der Pension.

Ebenfalls mit Beginn des Ruhestandes bereiteten wir im Kreis der (ehemaligen) Personalräte und mit Unterstützung eines hauptamtlichen Sekretärs eine Reihe von Seminaren für schulische Personalratsmitglieder vor. In zahlreichen Seminaren konnten wir die Kompetenz der schulischen Personalräte im Umgang mit den Schulleitungen und der Schulbehörde stärken. Aktuell beschränke ich mich halbjährlich auf ein Seminar zum Thema *Das Pensionsrecht verstehen*.

In der Betriebsgruppe Ruhestand engagiere ich mich weiterhin mit Fragen zur Besoldung und Versorgung. So organisierte ich im April 2023 unter der Überschrift *Pensionäre werden abgehängt* eine größere Informationsveranstaltung, die auch von Ver.di, der *Gewerkschaft der Polizei* und dem DGB unterstützt wurde.
Seit März 2023 bin ich Mitglied im Vorstand der *Diesterweg-Stiftung*, einer GEW-Stiftung die ein Pflegeheim mit 100 Plätzen betreibt. Diese konstruktive Tätigkeit zum Wohle der Heimbewohner*innen und des Pflegepersonals rundet mein gewerkschaftliches Engagement ab.

Meine ehrenamtliche Arbeit für die und in der Gewerkschaft hat mein Leben zu einem großen Teil geprägt und es bleibt die Erkenntnis, dass die Solidarität in den Gewerkschaften unabdingbar ist, um gesellschaftliche Veränderungen positiv zu gestalten. Diese Solidarität ist gegenwärtig wieder ganz besonders gefordert, denn im Kampf gegen die aufkommenden faschistischen Tendenzen werden alle demokratischen Kräfte gebraucht.

GERHARD BRAUER, Ruheständler

Im Sinne der Genderausgewogenheit haben wir natürlich auch Karin Haas um einen Rückblick auf ihre 60jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft gebeten. Karin hat sich in eine intensive Erinnerungsarbeit begeben, daraus ist ein umfangreicherer Artikel auch zu vielen Höhepunkten vergangener GEW-Geschichte geworden, dem wir, statt ihn zu kürzen, gern den vollen Raum geben möchten – in einer der nächsten Ausgaben! Ihr dürft gespannt sein!

Am gesellschaftlichen und politischen Leben mitwirken – ohne Altersdiskriminierung!

Redebeitrag der DGB-Senior*innen zum *Internationalen Tag der älteren Menschen* am 29. September in Hamburg

Liebe Frau Rogalski-Beeck,
liebe Anwesende des Landesseniorenbeirats,
liebe Teilnehmer*innen aus den Bezirken,
liebe Gewerkschafter*innen, liebe Anwesende!

Tanja Chawla ist bereits auf die ungleiche Verteilung von Einkommen und Rente in Hamburg eingegangen. Das ist ein großes Thema bei den Senior*innen. Wir kämpfen für auskömmliche Rentenbezüge und damit für eine Verbesserung der Rente gerade auch für die unteren Einkommen. Rentner*innen sind insgesamt keine reiche Bevölkerungsgruppe, wie manche Politiker*innen gern behaupten. So kämpfen wir Senior*innen für eine sichere finanzielle Existenzgrundlage im Alter – dabei haben wir längst unsere festgesetzten Altersbezüge, tun das also für die nachkommenden Generationen.
Die Situation der älteren Menschen ist vielfach materiell schwierig. Ein Inflationsausgleich und ein 29-Euro-Ticket könnten da helfen! Dafür gehen wir sogar auf die Straße. Darüber hinaus ist gerade auch die Lage der älteren Generation durch einen schrecklichen Krieg beeinträchtigt, der an Gemeinheiten höchst einfallsreich ist. Hinzu kommen die immer noch schwer zu verarbeitenden Auswirkungen der Corona-Pandemie.
Nimmt man die im Alter naturgemäß abnehmende Spannkraft der Menschen hinzu, so wird klar: Wir älteren Menschen brauchen Ziele, für die sich unser Einsatz lohnt. Es geht um nichts weniger als die Mitwirkung am gesellschaftlichen und politischen Leben ohne Altersdiskriminierung.

Eigene Lebensplanung
Vor nicht so langer Zeit – vor dreizig, vierzig, fünfzig Jahren – war es die Regel, dass nicht mehr hauptberuflich arbeitende Menschen mehr oder weniger nur Zuschauer waren, also am Rande der Gesellschaft standen. Mit der insgesamt höheren Lebenserwartung hat sich das geändert. Wir Älteren verlangen Teilhabe im Sinne des *Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetzes*, der DGB-Senior*innen gemäß dem Hamburger Modell sowie anderer politisch/sozialer Gruppierungen.

Voraussetzungen für ein eigenständiges Leben
Wir möchten also, trotz gesundheitlicher Probleme und Einschränkungen, so lange am aktiven Leben teilnehmen wie irgend möglich. Dafür müssen bestimmte Bedingungen geschaffen werden. Tanja Chawla hat dazu schon Stellung genommen. Es geht u. a. um Fußwege. Wir möchten Fußwege, die breit genug sind, damit auch Behinderte sich sicher fortbewegen können. Ferner brauchen alte Menschen behindertengerechte Wohnungen, um so lange wie möglich im eigenen Heim bleiben zu können. Dies könnte möglicherweise die dünne Personaldecke in den Pflegeheimen entlasten, funktioniert aber nur bei auskömmlicher Rente bzw. gesicherten Einkünften. Besonders die älteren Menschen brauchen Ärzte im Stadtteil, die zu persönlichen Auskünften bereit sind und nicht nur computergestützt arbeiten. Ferner sind Anlaufstellen im Stadtteil wichtig, die Fragen z. B. im Umgang mit Computern und Behörden beantworten können.

Wir möchten uns am sozialen und politischen Leben beteiligen, zudem aber auch mit Tatkraft und Freude Freundschaften pflegen, mit jungen Menschen zusammenarbeiten und am kulturellen Leben teilnehmen. Kultur ist ein wichtiger Faktor für die humane Ausrichtung von Politik und Gesellschaft.

Ich danke Ihnen, ich danke Euch!

BETTINA WEHNER-WÖBBEKING,
GEW Hamburg

Mit Dank an Tanja Chawla

gba-SEMINARE 2023

stabil, belastbar, achtsam

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Resilienz – innere Stabilität und Belastbarkeit
Pädagog*innen müssen im Alltag von Schule und Kita immer neuen Anforderungen gerecht werden und kämpfen häufig gegen hohe Ansprüche. Resilienz (Widerstandsfähigkeit, Bewältigungskompetenz) trägt dazu bei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, innere Balance zu finden und gesund zu bleiben. Im Seminar erfahren die Teilnehmenden durch praktische Übungen, was sich hinter den Haltungen resilienter Menschen verbirgt und wie sie diese persönlich für ihren Alltag nutzen können und diskutieren Möglichkeiten und Grenzen des Resilienzkonzeptes.
Samstag 24.2., 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Thomas Utesch
Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfl.
(erm.: 5 €, Nicht-Mitgl.: 50 €)

55 Plus – Die besten Jahre kommen noch?!
Dieses Seminar ist für alle Kolleg*innen, bei denen der berufliche Ausstieg bzw. der Übergang in den Ruhestand, die Rente mehr und mehr in Sichtweite kommt. Gemeinsam werden wir uns in diesem Seminar an den beruflichen Ausstieg herantasten, aber auch die letzte Berufsphase betrachten: Was darf so bleiben? Was will ich nicht mehr? und Wo geht vielleicht noch etwas völlig Neues?
Fr. 1.3., 15 Uhr, Sa. 2.3., 16 Uhr
Bad Segeberg, DAK Tagungszentrum. Leitung: Nina Horn
Kostenanteil: 40 € inkl. Verpfl./ Unterk. (erm.: 20 €, Nicht-Mitgl.: 180 €)
Nur für Erstanmeldungen!

Stimmtraining für pädagogische Berufe
Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So werden das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert.
Samstag 9.3., 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Eva Niethammer
*Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfl. (erm.: 5 €, Nicht-Mitgl.: 50 €), Erzieher*innen 5 €*

Achtsamkeit und Anerkennung im Arbeitsalltag
Wie können wir es schaffen, unseren pädagogischen Alltag zu meistern und aufmerksam für unsere Belastungen und für die Anderer zu sein? Während des Seminars geht es darum, in die geistige und körperliche Entspannung zu kommen und unsere täglichen Aktivitäten aus der Vogelperspektive anzuschauen. Über die Wahrnehmung von Körpersignalen in Bezug auf die alltäglichen und besonderen Herausforderungen im Lehr- und Lernalltag ergeben sich mögliche Handlungsspielräume: Was tut mir gut? Was tut mir nicht gut? Was braucht es, um missliebige Situationen zu verändern? Und: was kann ich dafür allein anstoßen, und wo lohnt es sich, sich mit anderen zusammenzuschließen?
Samstag 6.4., 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Christina Castillon
Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfl.
(erm.: 5 €, Nicht-Mitgl.: 50 €)

Anmeldung: ab mitte Dezember möglich über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher*innen, Referendar*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u.a. über folgende Fragen zu informieren:
- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag den 30. Januar, 27. Februar und 26. März 2024 statt, jeweils 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamt*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Es geht los!

Die erste Multiplikator*innen-Schulung der Arbeitszeit- und Belastungsstudie für Hamburger Lehrkräfte ist erfolgreich gestartet

20 Lehrkräfte aus Stadtteilschulen und Gymnasien nahmen am Freitag dem 3. November 2023 in der GEW-Geschäftsstelle an einer Multiplikator*innen-Schulung teil. Diese sollen an ihren Schulen Kolleg*innen für die Teilnahme an der Studie gewinnen. Dr. Frank Mußmann von der *Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften* der *Georg-August-Universität Göttingen*

»

Auf der Grundlage der erfassten Daten können dann arbeitspolitische Initiativen zur Reduzierung der Arbeitszeit und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gang gesetzt werden.

erklärte den Multiplikator*innen, wie die Arbeitsstudie an ihren Schulen erfolgreich umgesetzt werden sollte.
Die Studie soll nicht nur die Arbeitszeit, sondern im zweiten Teil auch die körperliche und psychische Belastung von Lehrer*innen erfassen. 28 Tätigkeiten wurden hierfür identifiziert. Um repräsentativ zu sein, sollen sich rund 1000 Teilnehmer*innen und 100 Multiplikator*innen beteiligen. Ob Beratungslehrer*in oder Schulleiter*in – wer tätig ist nach der *Lehrerarbeitszeitverordnung*, darf mitmachen.

Auf der Grundlage der erfassten Daten können dann arbeitspolitische Initiativen zur Reduzierung der Arbeitszeit und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gang gesetzt werden. Die Arbeitszeitstudie verfolgt jedoch nicht nur schulpolitische Ziele. Die teilnehmenden Kolleg*innen gewinnen im Rahmen der Datenerfassung die Möglichkeit, auch ihre ganz persönliche Arbeitszeit in den Blick nehmen, ihr eigenes Zeitmanagement zu überprüfen und zu verändern. Aus Erfahrung weiß Dr. Frank Mußmann: »Für einige wird das ein echtes Aha-Erlebnis werden!«

Am 15. Januar 2024 wird der digitale Time-Tracker zur Datenerhebung freigeschaltet. Die Erfassung der Studien-Daten läuft vom 1. Februar bis 31. Juli 2024. Ende 2024 sollen die ersten Ergebnisse, und im Juni 2025 das Abschluss-Ergebnis vorgestellt werden.

Weitere Termine der Multiplikator*innen-Schulungen werden im GEW-Newsletter bekannt gegeben, wir freuen uns auf Eure Teilnahme!

KARIN HUFERT, Projektgruppe Arbeitszeitstudie

Dr. Frank Mußmann, Uni Göttingen und Yvonne Heimbüchel, 1. stellv. Vorsitzende der GEW-Hamburg

Engagiert: die Teilnehmer*innen der Multiplikator*innen-Schulung am 3. November 2023

Arbeitszeitstudien als gewerkschaftliche Kampfmittel

Die Auseinandersetzung um die Lehrkräfte-Arbeitszeit spitzt sich zu. Was kann man aus Niedersachsen lernen?

Aufgrund des anhaltenden Lehrkräfte-Mangels steigt die Begehrlichkeit der Landesregierungen, aus den vorhandenen Lehrkräften ein höheres Arbeitsvolumen zu generieren. Die *Ständige Wissenschaftliche Kommission* (SWK) hat der *Kultusministerkonferenz* vorgeschlagen, die Unterrichtsverpflichtung durch verpflichtende Vorgriffsstunden für einige Jahre zu erhöhen. Die Rückgabe – so die SWK – könne nur durch Geldzahlungen erfolgen. Außerdem plädiert die SWK dafür, die Genehmigung von Teilzeit drastisch zu reduzieren.

Die GEW benötigt wirksame Mittel, um diese Angriffe abzuwehren und zugleich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in die Offensive zu kommen. Ich berichte aus Niedersachsen. Hier ist es 2014/15 gelungen, die von der Landesregierung aus SPD und *Grünen* eingeführte Erhöhung der Deputate von Lehrer*innen an Gymnasien erfolgreich zu verhindern. Die GEW Niedersachsen hatte ein neues Mittel in die Auseinandersetzung eingebracht: die Arbeitszeitstudie der Göttinger Wissenschaftler*innen um Dr. Frank Mußmann. Diese Studie wurde vom *Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht* (OVG) Lüneburg aufgenommen. Das OVG hatte einen Paradigmenwechsel in der Rechtsprechung zur Lehrkräftearbeitszeit vollzogen und die Erhöhung des Gymnasial-Deputats für rechtswidrig erklärt. Die Regierung akzeptierte das Urteil. Doch der Reihe nach:

Landesregierung erhöht das Deputat an Gymnasien

Zum Schuljahr 2014/15 hatte die Landesregierung die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Wochenstunden angehoben. Für Gesamtschulen blieb es bei 24,5; für Oberschulen (kombinierte Haupt- und Realschulen) bei 25,5 und Grundschulen bei 28.

Die GEW hatte massive Proteste organisiert, an der sich Kolleg*innen aller Schulformen beteiligten. Die landesweite Kundgebung in Hannover war eine der größten in der Geschichte des Landes – und zwar *in* der Unterrichtszeit. Die Proteste hielten das ganze Schuljahr über an. Die Medien berichteten ausführlich. Doch die Regierung zeigte sich unbeeindruckt. Das änderte sich jedoch, als die GEW die Arbeitszeitstudie der *Georg-August-Universität Göttingen* veröffentlichte.

Die Göttinger Arbeitszeitstudie

Die Idee zu dieser Arbeitszeituntersuchung kam aus dem *Gymnasium Tellkampfschule Hannover*. Die Veröffentlichung der *Tellkampfstudie*[1] am 24. September 2014 war ein Politikum, weil empirisch dargestellt wurde, dass die Arbeitszeit der Gymnasiallehrkräfte deutlich zu hoch ist.

Die GEW Niedersachsen gab danach eine repräsentative Arbeitszeitstudie für alle Schulformen in Auftrag. In 255 Schulen beteiligten sich 50 Prozent des Kollegiums, unabhängig von einer organisatorischen Bindung an die GEW. Vom April 2915 bis April 2016 erfassten fast 3.000 Kolleg*innen ihre Arbeit minutengenau mit einem speziell entwickelten Zeiterfassungstool. An Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien wurde eine repräsentative Beteiligung erreicht.

Die zentralen Ergebnisse zeigen, dass viele Lehrkräfte gemessen an der 40-Stunden-Woche von Beamt*innen zu viel arbeiten, und zwar 57 Prozent der Vollarbeitskräfte im Durchschnitt der Schulformen. An den Gymnasien arbeiten 62 Prozent zu viel und zwar 3:05 Stunden pro Woche.

Besonders belastet sind die Vollzeitkräfte. 17 Prozent von ihnen überschreiten in den Schulzeitwochen dauerhaft die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden. Es konnte nachgewiesen werden, dass Vollzeitkräfte an eine Decke der physischen und psychischen Belastung stoßen. Sie können die von ihnen als notwendig angesehene Arbeitszeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts nicht aufbringen und beklagen, dass sie Abstriche an der Qualität des Unterrichts machen müssen. Das belastet sie in besonderem Maße.

Kurz gesagt: Das Maß der tatsächlichen Arbeit ist so gesundheitsgefährdend, dass Burnout und vorzeitige Pensionierung drohen. Erholungsphasen an Wochenenden und in den Ferien sind zu kurz oder

fehlen gänzlich. Teilzeitkräfte, Schulleiter*innen und andere Funktionsträger*innen überschreiten hierbei das individuelle Soll besonders stark.

Das Professionsverständnis der Lehrkräfte, insbesondere die Beziehungsarbeit und die pädagogische Berücksichtigung der Heterogenität der Schüler*innen sowie die Arbeitsformen in der Schule entwickeln sich weiter. Das hat offensichtlich Auswirkungen auf die Struktur der Arbeitszeit. Einen wachsenden Zeitaufwand erfordern demgemäß die pädagogische Kommunikation mit Kolleg*innen und Schüler*innen, Koordinationen, Schulveranstaltungen, die Funktionsarbeit und Weiterbildungen: In der Grundschule 34 %, Gesamtschule 36 %, Gymnasium 31 %.

Weil die Unterrichtsverpflichtung anhaltend hoch bleibt, geraten die Lehrer*innen bei der Vor- und Nachbereitung unter Druck. Diese Zeitanteile sind daher hier im Vergleich zu älteren Studien gesunken und betragen nun 25 % an der Grundschule, 31 % an der Gesamtschule und 39 % am Gymnasium.

Paradigmenwechsel in der Rechtsprechung

Das *Oberverwaltungsgericht Lüneburg* stellte am 09. Juni 2015 fest, dass die Arbeit, die über den Unterricht hinausgeht, *messbar* ist. Das ist ein Paradigmenwechsel. Zuvor ging die Rechtsprechung davon aus, dass nur der Unterricht messbar ist und es an den Lehrkräften liegt, die 40-Stundenwoche einzuhalten. Dem Dienstherrn räumten die Gerichte daher bei der Festsetzung der Unterrichtsverpflichtung einen weiten nicht justiziablen Gestaltungs- bzw. Ermessensspielraum ein. So hatte auch das *Niedersächsische Kultusministerium* argumentiert. Weil der Verordnungsgeber versäumt habe, die tatsächliche Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrkräfte in einem transparenten Verfahren sorgfältig und nachvollziehbar zu ermitteln, werde die Fürsorgepflicht verletzt, so das OVG. Die Regierung müsse beachten, dass »die regelmäßige Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf«. Die Fürsorgepflicht habe Verfassungsrang.

Repräsentative Erhebungen auf der Basis von Selbstauskünften sah das Gericht als geeignete Methode an – mit ausdrücklichem Verweis auf die *Tellkampf-Studie*. Sie biete die Grundlage für ein normgerechtes repräsentatives Verfahren für die Festsetzung der Arbeitszeitverordnung.
Die Niedersächsische Landesregierung erkannte das OVG-Urteil an, reduzierte das Deputat wieder auf 23,5 Wochenstunden, gab die zu viel gearbeiteten Stunden zurück und stellte 740 zusätzliche Gymnasial-Lehrkräfte ein.

Gilt das OVG-Urteil auch für andere Bundesländer?

Das *Oberverwaltungsgericht Lüneburg* war von seinem Urteil so überzeugt, dass es keine Revision beim Bundesverwaltungsgericht zuließ. Das OVG folgt mit seinem Urteil zur Arbeitszeit der Lehrkräfte der jüngeren Rechtsprechung des *Bundesverfassungsgerichts*: »Insbesondere habe dieses in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09) zur Festlegung der Regelleistungen nach dem SGB II (*Hartz IV*) die Notwendigkeit einer prozeduralen Absicherung zur Gewährleistung der Grundrechte betont. Wenn eine Ergebniskontrolle am Maßstab des betroffenen Grundrechts nur begrenzt möglich sei, müssten die Festsetzungen der Leistungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren tragfähig zu rechtfertigen sein. Auch in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Professorenbesoldung (BVerfG, Urteil vom 14.2.2012, 2 BvL 4/10) sei die prozedurale Absicherung durch Begründungs-, Überprüfungs- und Beobachtungspflichten betont worden. Diese Grundsätze seien ohne weiteres auf die vorliegende Fragestellung übertragbar. […] Dies gelte insbesondere auch deshalb, weil sich die Anzeichen mehrten, dass die Gerichte nicht länger gewillt seien hinzunehmen, dass die Sanierung öffentlicher Haushalte überproportional zu Lasten der Beamtenschaft erfolge.«[2]

Die Kultusministerkonferenz hat die Bedeutung des Lüneburger OVG-Urteils für alle Bundesländer beraten. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung gilt danach als juristisch nicht durchsetzbar. Ohne die neue juristische Lage hätten die Länder angesichts des ansteigenden und anhalten Mangels an Lehrkräften längst zu diesem Mittel gegriffen. Das Urteil des OVG Lüneburg wirkt also.

Anderseits besteht bisher kein unmittelbarer Zwang, die Unterrichtsverpflichtung aufgrund der Ergebnisse von Arbeitszeitstudien zu senken, obwohl die ›Mehrarbeit‹ offenkundig ist. Die Senkung der Arbeitszeit bedarf nach wie vor der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung.

Es können sich aber auch neue juristische Möglichkeiten ergeben. Eine neue, noch nicht geklärte Frage ist, ob die vom Bundesarbeitsgericht festgestellte Verpflichtung aller Arbeitgeber zur Einführung der täglichen Erfassung der Arbeitszeit, die eben auch für den Staat, die Beamt*innen und Lehrer*innen gilt, auch neue juristische Chancen eröffnet. Monatelang hatte die KMK vergeblich versucht, sich vor dieser Pflicht zu drücken. Die GEW berät auf Bundesebene, wie sie in dieser Sache aktiv werden wird.

Es gibt noch ein Weiteres: Die *Kultusministerkonferenz* hat inzwischen beschlossen, dass das Bundesland Sachsen als Arbeitgeber eine Arbeitszeitstudie in Auftrag geben soll. Die entsprechende Ausschreibung ist erfolgt. Die Studien der Göttinger Wissenschaftler*innen bilden einen Referenzrahmen, an dem sich die arbeitgeberbeauftragte Studie messen lassen muss. Wenn diese Ergebnisse zeitigen sollte, die jenen der Arbeitszeitstudien in Niedersachsen, Frankfurt, Sachsen, Berlin und demnächst auch in Hamburg entsprechen, sind die juristischen Chancen ebenfalls neu zu prüfen.

Empfehlungen des Expertengremiums – Verteilung der Arbeit auf mehr Köpfe

Die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt setzte nach dem OVG-Urteil ein *Expertengremium Arbeitszeitanalyse* ein. Dessen Auftrag: »Empfehlungen zur Entwicklung arbeitszeitrechtlicher Normen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen an niedersächsischen Schulen« zu erarbeiten, auf der Grundlage des OVG-Urteils und unter Berücksichtigung der empirischen Studien. Es soll also allen Lehrkräften ermöglicht werden, die 40-Stundenwoche einzuhalten. In diesem Gremium waren neben Vertreter*innen aller Schulformen auch Frank Mußmann, die GEW und der *Beamtenbun*d vertreten.

Am 22. Oktober 2018 wurden die Empfehlungen mit einem Stufenplan für die Schulformen Grundschule, Gymnasium und Gesamtschule veröffentlicht: In der ersten Stufe sollen 2.400 zusätzliche Lehrkräfte zur Entlastung der Kollegien eingestellt werden. An den Grundschulen soll das Deputat auf 27 Wochenstunden gesenkt werden. Es sollen ›Entlastungsstunden‹ eingeführt werden, die den Schulen zugewiesen und dort verteilt werden. Ziel ist es, die Ungleichheit in der Zeitbelastung auszugleichen. Besonders belastete Kolleg*innen sollen diese Entlastungsstunden bekommen z. B. bei großen oder herausfordernden Lerngruppen, besonderer Korrekturbelastung, Aktivitäten für die Schule und für pädagogische Innovation.

Auch sollen die Anrechnungsstunden für Funktionsämter an Gymnasien erhöht werden, die Kursgrößen in der gymnasialen Oberstufe auf 17-19 Schüler*innen abgesenkt werden.

In einem zweiten Schritt sollen weitere ›Entlastungsstunden‹ in die Schulen gegeben werden. Vollzeitlehrkräfte, die an die Decke der physischen und psychischen Belastung stoßen, sollen entlastet werden. Außerdem soll eine Vertretungs- und Fortbildungsreserve eingeführt werden.

»

Das Maß der tatsächlichen Arbeit ist so gesundheitsgefährdend, dass Burnout und vorzeitige Pensionierung drohen. Erholungsphasen an Wochenenden und in den Ferien sind zu kurz oder fehlen gänzlich. Teilzeitkräfte, Schulleiter*innen und andere Funktionsträger*innen überschreiten hierbei das individuelle Soll besonders stark.

Was wurde aus den Empfehlungen?

Der Nachfolger von Frauke Heiligenstadt nahm sie entgegen. Statt *Rot-Grün* regierte nun *Rot-Schwarz*. Der CDU-Finanzminister verweigerte dem *Kultusministerium* die benötigten Finanzmittel. Die GEW-Niedersachsen ihrerseits priorisierte die Angleichung der Besoldung der Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte auf A 13.

Mittlerweile gibt es eine grüne Kultusministerin und der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer erklärte, nunmehr müssten endlich die ersten Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums in Angriff genommen werden.

– Das wird ein Kraftakt. Umso besser, wenn in Hamburg auch eine Arbeitszeituntersuchung durchgeführt wird!

EBERHARD BRANDT,
ehemaliger Landesvorsitzender der GEW Niedersachsen

[1] Siehe https://kooperationsstelle.uni-goettingen.de/projekte/tellkampfstudie.

[2] *Niedersächsisches OVG*: Urteil vom 09. Juni 2015 - 5 KN 148/14, https://openjur.de/u/775847.html.

Statt ›G9 vs. G8‹: eine Debatte um ein zukunftsfähiges Schulsystem!

Entweder acht *oder* neun Jahre bis zum Abitur? – Diese Frage greift zu kurz. Es gilt, innovativere und zeitgemäßere Lösungen zu diskutieren.

Bereits 2014 hat sich die GEW Hamburg auf ihrem Gewerkschaftstag mit dem Beschluss *G8/G9? Nach vorne denken statt Rolle rückwärts* für eine umfassende Reform der Schulstruktur unter Entwicklung einer flexiblen Oberstufe ausgesprochen.

Die wiederauflebende Diskussion um G8/G9 gibt Anlass, dass der vielfach beschworene ›Schulfrieden‹ einer Debatte um ein zukunftsfähiges Schulsystem weicht. Aber statt der rückwärtsgewandten Diskussion um das ewige Entweder-Oder von G8/G9 braucht es innovative Lösungen, um einer zunehmend heterogenen Schülerschaft auch in einem nach Vergleichbarkeit strebenden System alle Möglichkeiten zu bieten.

Auf Bundes- und Landesebene unterstützt die GEW die *Initiative Flexible Oberstufe* und ich freue mich, dass die *hlz* dem aktuellen Thema und der notwendigen Debatte Raum gibt.

YVONNE HEIMBÜCHEL, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg sowie Mitglied im Leitungsteam der *Fachgruppe Gymnasium* auf Bundes- und Landesebene

Die ›Initiative Flexible Oberstufe‹

Wie kann die Oberstufe so reformiert werden, dass sie Bildungsgerechtigkeit fördert und den individuellen Bedürfnissen und Potenzialen der Schüler*innen gerecht wird?

Die *Initiative Flexible Oberstufe*[1] ist eine ehrenamtlich arbeitende Gruppe von Kolleg*innen aus verschiedenen Bundesländern, die sich als Initiatorin der Veränderung des bestehenden Oberstufensystems versteht. Die Initiative ist hervorgegangen aus dem *Innovationslabor G-Flex* der deutschen Schulakademie, das mit der Veröffentlichung des Buches *Die flexible Oberstufe*[2] abschloss. Zahlreiche Autor*innen entwickelten aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln die Vision einer zukunftsgerichteten flexiblen Oberstufe.

Die Initiative

Die *Initiative Flexible Oberstufe* organisiert seit zwei Jahren Workshops zu innovativen Themen wie ›Freie Lernzeiten statt Unterricht‹, ›Alternative Prüfungsformen‹ und ›Möglichkeiten der Schulzeitstreckung‹. Sie initiierte ein Manifest zur zukunftsgerichteten Oberstufe und formulierte gemeinsam mit anderen Initiativen die *Potsdamer Erklärung*[3] zur Veränderung der Oberstufe und der Hochschulreife für eine Vision zu einer neuen Lernkultur und veränderten Prüfungsformaten und neuen Ideen für die Organisation individueller Bildungswege mit vielen konkreten Beispielen.

Die Initiative initiierte und koordiniert in einer gemeinsamen Steuergruppe ein *Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur*, das sich auf der Basis der *Potsdamer Erklärung* gemeinsam für Änderungsprozesse einsetzt, wie z. B. eine überregionale Bildungskonferenz in Berlin für den Herbst 2024. Zudem plant die *Initiative Flexible Oberstufe,* Schulen und Ministerien dabei zu begleiten, die Oberstufenvereinbarung im jeweiligen Bundesland flexibel so umzusetzen, dass Innovation und Raum für Individualisierung ins deutsche Bildungssystem kommen.

Grundideen der Initiative

In einer Zeit, in der Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse von Populisten gegen den ›gesunden Menschenverstand‹ ausgespielt werden, ist es umso wichtiger, sich auf Ergebnisse der Lernforschung und erfolgreiche Schulmodelle anderer Länder zu stützen. Abseits von allzu starren ideologisch und politisch gefärbten Erziehungskonzepten wird ein lösungsorientierter Blick auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen möglich.

Unsere Leitgedanken sind nicht neu, müssen aber immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden:
Die Schülerschaft ist zunehmend heterogen, das verbietet einheitliche Wege – selbst unter dem Label der ›Vergleichbarkeit‹. Diese Tatsache erfordert ein flexibles System, das sich an den individuellen Bedürfnissen und Potenzialen der Schüler*innen orientiert, und zwar unabhängig von der Herkunft. Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Teamfähigkeit sind Anforderungen der Gesellschaft und im Schulsystem zu fördern.

Darauf aufbauend haben wir uns auf konkrete Stellschrauben zu einer flexiblen Oberstufe geeinigt:

1. Unterrichtzeiten umwandeln in freie Lernzeiten
2. Fächerverbindend und projekthaft arbeiten
3. Individuelle Lösungen für individuelle Schüler*innen finden
4. Flexible Formate zur Leistungserbringung entwickeln
5. Digitale Instrumente nutzen für eine flexible Unterrichtsgestaltung
6. ›Abitur im eigenen Takt‹[4], flexible Wege durch ein ›additives Abitur‹
7. Flexibilität erhalten und gewinnen durch eine agile Schulentwicklung

Mit diesem Instrumentarium wollen wir den Patentrezepten vergangener Zeiten – wie die Verfestigung des gegliederten Schulsystems, die Vereinheitlichung von Bildungswegen und die einseitige Orientierung am Unterrichtsstoff – ein zukunftsorientiertes Konzept entgegensetzen. Nur in einem flexiblen System können Schüler*innen mit Unterstützung der sie begleitenden Lehrer*innen Verantwortung für ihren Lernprozess übernehmen, ihr Potenzial erkennen und entfalten. In einem flexiblen System könnten Fachkräfte gebündelt, der notwenige Raum für Integration geschaffen, die digitalen Instrumente sinnvoll eingesetzt, Pandemiezeiten besser überstanden und vielleicht der Lehrberuf wieder attraktiv gemacht werden. Wir glauben nicht, dass die Oberstufe das einzig Wichtige ist, aber wir denken, dass das deutsche Schulsystem sich nicht grundsätzlich ändern wird, wenn sich die Wege zum Abitur nicht verändern.

»

Nur in einem flexiblen System können Schüler*innen mit Unterstützung der sie begleitenden Lehrer*innen Verantwortung für ihren Lernprozess übernehmen, ihr Potenzial erkennen und entfalten.

Für die anstehenden G8/G9-Debatten böte sich im Sinne dieser Überlegungen ein Modell an, das statt einer Festlegung für die ganze Schule zu G8 oder G9 eine Option anbietet (*G-Flex*), die einen 9-stufigen Weg im 8-stufigen Gymnasium ermöglicht (›Schulzeitstreckung‹ in der E- oder Q-Phase). Dies kostete nicht mehr als G8/9, da beide Modelle die gleichen Rahmenbedingungen benötigen und bekommen.[5]

Wir könnten uns vorstellen, dass die GEW Hamburg eine *Zukunftskonferenz Oberstufe* für alle Interessent*innen veranstaltet, auf der sehr konkret ein Modell *G-Flex* entwickelt wird (inklusive des Durchrechnens des finanziellen und organisatorischen Aufwands), das dann in Schulversuchen erprobt werden kann.

RAINER FECHNER
ist Studiendirektor im Ruhestand,
er war von 1995 bis 2017 Abteilungsleiter Oberstufe
des *Ganztagsgymnasiums Klosterschule.*
Seit 2018 engagiert er sich im
Vorstand der *Initiative Flexible Oberstufe,*
Kontakt: kls@r-fechner.com.

[1] Siehe: www.flexible-oberstufe.de.
[2] Stöffler, Friedemann et. al. (Hg.): *Die flexible Oberstufe. Wie Schulen Freiräume schaffen und nutzen können*, Weinheim und Basel 2021.
[3] Siehe: www.potsdamer-erklaerung.de.
[4] Siehe dazu die Überlegungen in: Stöffler, Friedemann/Förtsch, Matthias (Hg.): *Abitur im eigenen Takt. Die flexible Oberstufe zwischen G8 und G9*, Weinheim und Basel 2014, S. 42 ff.
[5] Ebenda.

›G9‹: Eine unnötige Debatte, elitär und teuer

Eine Stellungnahme aus dem Vorstand des *Verbandes für Stadtteilschulen Hamburg* (GGG) zur Volksinitiative *G9 Hamburg*

Die Volksinitiative *G9 Hamburg* will durch Volksentscheid die Wiederherstellung des neunjährigen Gymnasiums, um für die Schüler*innen am Gymnasium mehr Zeit zum Lernen und mehr Chancengleichheit zu erreichen. Begleitet wird diese Forderung ausdrücklich von der Bekräftigung der Abschulungspraxis der Gymnasien: »Für den Übergang in Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums, in die Sekundarstufe II oder in eine andere Schulform ist erforderlich, dass die Schülerin oder der Schüler die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in die gewählte Schulstufe oder Schulform erfüllt.« (Aus der Gesetzvorlage der Initiative, Artikel 1).

Der *Verband der Stadtteilschulen in Hamburg* (GGG) sieht in der Forderung eine große Gefahr für die Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt und einen immensen Kosten- und Zeitaufwand für die Umsetzung, den sich unsere Stadt auch angesichts des derzeitigen Lehrer*innenmangels nicht leisten kann und sollte.

Die Forderung der Elterninitiative ist kaum nachvollziehbar, da man in Hamburg ja schon die Wahl zwischen einem achtjährigen Weg (am Gymnasium) und einem neunjährigen Weg (an der Stadtteilschule) zum Abitur hat. Alle Eltern können entscheiden, welcher Weg für ihr Kind der angemessene ist.

Dazu Anna Ammonn, Vorsitzende des *Verbandes für Stadtteilschulen*: »Die Initiatoren der G9-Initiative machen einmal wieder deutlich, worum es ihnen geht: In der Stadt, in der jedes Kind und seine Eltern bereits die Wahl haben zwischen einem acht- und neunjährigen Bildungsgang zum Abitur, wollen sie, dass ihre Kinder unter ihresgleichen bleiben. Ein neunjähriger Bildungsgang am Gymnasium geht in die falsche Richtung und verändert die Schullandschaft zum Nachteil der Stadtteilschulen. Ein Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit sieht aus Sicht der GGG anders aus.«

Da in Hamburg fast alle Stadtteilschulen eine gymnasiale Oberstufe haben und damit ohne Umschulung direkt zum Abitur führen, ist auch der Vergleich mit anderen Bundesländern, die zu G9 zurückgekehrt sind, nicht treffend. Diese attraktive Alternative zum Gymnasium gibt es in den anderen Bundesländern nicht. Zudem handelt es sich bei diesen Bundesländern ausnahmslos um Flächenstaaten, in denen wegen der weiten Wege der Zugang zu neunjährigen Bildungsgängen erschwert oder sogar unmöglich ist. Für Hamburg gilt dies nicht.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sind in den letzten 15 Jahren erhebliche Investitionen in den Schulbau erfolgt, weitere sind in Planung. Durch die Wiedereinführung von G9 wären alle Planungsgrundlagen hinfällig, denn es müssten deutlich größere Gymnasien gebaut werden. Kann und will sich das die Stadt Hamburg in der jetzigen schon durch Corona und den Krieg in der Ukraine angestrengten Finanzlage leisten?

Unangemessen erscheint die Forderung nach G9 auch angesichts des akuten Lehrer*innenmangels. Es gibt jetzt schon nicht genügend Lehrer*innen, um die Schulen so zu versorgen, dass der Unterricht nach Plan aufrechterhalten werden kann.

PS: Ungeachtet dessen steht die GGG den Überlegungen nach einer zeitlichen Flexibilisierung der Oberstufe positiv gegenüber. Die GGG-Bund ist Teil der *Initiative Flexible Oberstufe*. Mit einer pauschalen Schulzeitverlängerung oder -festlegung für alle hat die *Flexible Oberstufe* nichts zu tun. Es geht um eine zeitlich angemessene individualisierte Sekundarstufe II (nachzulesen in: *Die Schule für alle*, https://ggg-web.de/publikationen/ggg-zeitschrift/1894-die-schule-fuer-alle-2022-4).

DER VORSTAND DES VERBANDES
FÜR STADTTEILSCHULEN HAMBURG (GGG)

Sondervermögen für eine Bildungswende, statt Militarisierung

Ein Debattenbeitrag[1]

Am 23. September gingen bundesweit ca. 25.000 Engagierte unter dem Motto *Bildungswende jetzt!* auf die Straßen. Zentrale Eckpunkte der geforderten ›Bildungswende‹ sind eine zukunftsfähige Kita und Schule, eine Ausbildungsoffensive für pädagogisches Personal, ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung, dauerhaft zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung sowie ein Bildungsgipfel auf Augenhöhe.[2]

Dieser zivile Anspruch auf eine inhaltliche Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen hin zu einem inklusiven, nachhaltigen und demokratischen Bildungswesen und die Forderung nach den dafür nötigen Mitteln steht gegenwärtig jedoch in besonderem Maße im Konflikt mit dem Zeitgeist. Er ist, mainstreammedial verstärkt, geprägt von der vermeintlich alternativlosen ›Zeitenwende‹ hin zu Militarisierung und Aufrüstung, die Anfang vergangenen Jahres, unmittelbar nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine, von Olaf Scholz verkündet wurde und uns einen neuen Schattenhaushalt in Form von 100 Milliarden Euro Sonderschulden für Militär und Aufrüstung beschert hat.

Die Folgen dieser Politik können wir in den aktuellen Planungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2024, der voraussichtlich am 1. Dezember 2023 vom Bundestag verabschiedet werden soll, feststellen: Für den Bereich Bildung sollen 20 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr eingeplant werden, obwohl die Etats deutlich steigen müssten, um den Kaufkraftverlust auszugleichen. Massiv gekürzt werden soll auch mit einem Minus von 25 % bei der Ausbildungsförderung BAföG – obwohl ohnehin nur ein Zehntel aller Studierenden BAföG bekommt. Auch im Kinder- und Jugendplan des Bundes sind Kürzungen im Umfang von 20 % (44,6 Millionen Euro) angekündigt.

Den Kürzungen in diesen zivilen Bereichen soll ein dramatischer Aufwuchs der Ausgaben für Rüstung gegenüberstehen. Der Verteidigungshaushalt war bereits in den letzten Jahren enorm erhöht worden: von 32,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 50,4 Milliarden Euro 2022. Der Anfang September im Bundestag vorgelegte Etatentwurf sieht eine weitere Steigerung des Verteidigungshaushalts auf 51,8 Milliarden Euro vor, zu denen noch 19,2 Milliarden Euro aus den 100 Milliarden Sonderschulden hinzukommen sollen: ergibt 71 Milliarden Euro, bei einem Gesamtvolumen des Bundeshaushalts von ca. 446 Milliarden Euro.[3]
Bis einschließlich 2026 sollen die Rüstungsausgaben anteilig aus dem sogenannten Sondervermögen finanziert werden. Wenn wir als Zivilgesellschaft nicht etwas anderes durchsetzen, steigt danach der aus dem laufenden Haushalt zu deckende Rüstungsetat sprunghaft um diesen Betrag.

Die Hunderte von Milliarden Euro, die aktuell weltweit für das Militär ausgegeben werden, werden stattdessen benötigt für die Bewältigung der dringenden Menschheitsprobleme: die Überwindung der Klimakrise, die Überwindung der sozialen Ungleichheit, die Überwindung des Bildungsnotstands und die Durchsetzung einer Bildungswende! Günter Verheugen hat recht, wenn er feststellt: »Rüstungsaufwendungen sind die unproduktivsten und umweltfeindlichsten Ausgaben, die man sich vorstellen kann.«[4]

Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung

Die Durchsetzung unserer Ansprüche an ein zukunftsfähiges inklusives Bildungswesen, das zur Nachhaltigkeit und Demokratisierung beiträgt und in dem unter guten Bedingungen gelernt und gearbeitet werden kann, ist nur möglich in Opposition zu Militarisierung und dem aktuellen Klassenkampf von oben durch die Austeritätspolitik! Dabei können wir aufbauen auf den Beschlüssen des Gewerkschaftstags der GEW aus dem Juni 2022. Angesichts der globalen Aufrüstungsspirale heißt es im Beschluss *Internationale Solidarität und Zusammenarbeit stärken – gerade jetzt!*: »Statt höherer Ausgaben für immer modernere Waffen fordert die GEW eine internationale Abrüstungsinitiative und die Kontrolle von Waffenexporten. Entsprechend setzt sich die GEW gegenüber der Bundesregierung dafür ein, sich von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen. Die für Rüstungsausgaben eingeplanten Mittel

Am Protesttag ›Bildungswende jetzt!‹ gingen am 23. September 2023 bundesweit 25.000 Menschen für mehr Bildungsgerechtigkeit auf die Straße. In Hamburg waren die engagierten Kolleg*innen der GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung besonders zahlreich und forderungsstark unterwegs: gegen die prekären Bedingungen in der Branche und für einen Branchentarifvertrag entsprechend dem TV-L, der endlich den ›Mindestlohn Weiterbildung‹ ablösen soll.

sind für massive Investitionen in Bildung und die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu verwenden. […] Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Wir fordern stattdessen den Aufbau einer nachhaltigen globalen Sicherheitsstruktur und neue Initiativen für Abrüstung und Friedenssicherung. Die Einrichtung eines 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens für die Bundeswehr lehnen wir ab. Da die Bundesregierung gleichzeitig an der Schuldenbremse festhalten will, drohen massive Kürzungen im sozialen, im kulturellen und im Bildungsbereich. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes. Was wir brauchen, ist ein Sondervermögen für den massiv unterfinanzierten Bildungsbereich!*«*[5]

Es gilt, diese Forderung und Perspektive auf eine zivile Entwicklung in den anstehenden Auseinandersetzungen gemeinsam mit Bündnispartnern und mit Nachdruck auf die Straße und die Debatten zu bringen. Denn: Wie es ein Kollege von ver.di auf dem ver.di-Bundeskongress treffend zum Ausdruck brachte: *»*Krieg ist unvereinbar mit Sozialstaat*«*. So wurde der Antrag auf Einrichtung eines 100-Milliarden-Sondervermögens für Bildung, den die Linksfraktion im Bundestag gestellt hatte, am 29. September 2023 denn auch von den regierungstragenden Fraktionen SPD, Grünen und FDP sowie der CDU/CSU und der AfD abgelehnt.

Frank Deppe betont in seinem Artikel *Die Rolle der Gewerkschaften im Kampf für den Frieden* in der *Zeitung gegen den Krieg* Nr. 54/Herbst 2023[6], dass die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als Interessenvertretung der lohnabhängig Arbeitenden historisch schon immer mit dem »Nein zum Krieg«, dem Kampf gegen drohende Kriegsgefahr sowie gegen das Grauen des realen Kriegsgeschehens verbunden gewesen ist. Beispielgebend ist etwa der folgende Beschluss einer Versammlung von 1.700 Arbeiterinnen und Arbeitern der *Bayerischen Geschützwerke* während des Friedensstreiks am 31. Januar 1918: *»*Die streikenden Arbeiter Münchens, voran die Kruppwerke, entbieten ihren brüderlichen Gruß den belgischen, französischen, englischen, russischen, italienischen, amerikanischen, serbischen Arbeitern. Wir fühlen uns mit Euch eins in dem feierlichen Entschlusse, dem Kriege des Wahnsinns und der Wahnsinnigen sofort ein Ende zu bereiten. Wir wollen uns nicht mehr morden. Vereint Euch mit uns, den Völkerfrieden zu erzwingen, der im Aufbau einer neuen Welt aller Menschen Freiheit und Glück sichert.*«*[7]

Wenn in diesen Tagen ein irrlichternder deutscher Verteidigungsminister Pistorius die Bevölkerung dazu aufruft, »kriegstüchtig« zu werden und »die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür auf[zu] stellen«[8], dann erfordert das ein entschiedenes Kontra!

Als Mitglieder einer Bildungsgewerkschaft sind wir sowohl in unserem pädagogischen Handeln als auch in unserer Tätigkeit als Interessenvertretung dazu aufgefordert, gegen die dröhnende Kriegslogik eine Friedenslogik zu verteidigen und (wieder neu) etablieren – in den Bildungseinrichtungen, aber auch auf internationaler Ebene. Laut Jürgen Scheffran gehören dazu: »Abbau und Prävention von Gewalt (statt ihrer Propagierung), Schadensminimierung (statt -maximierung), Deeskalation und Abrüstung (statt Eskalation und Aufrüstung), Vermeidung von Polarisierung (statt Schaffung von Feindbildern), gemeinsame Sicherheit miteinander (statt partikularer Sicherheit gegeneinander), Kooperation (statt Konfrontation), Gestaltung des Positiven (statt des Negativen). Machtpolitisch und gesellschaftlich geht es um Inklusion (statt Exklusion), universelle Werte und Normen (statt dem Vorrang eigener Interessen), breite Machtverteilung und Partizipation (statt Machtkonzentration), flache Hierarchie (statt starker Hierarchie), gerechten Ausgleich sowie Symmetrie und Fairness (statt Dominanz und Ungerechtigkeit), (selbst-)kritische Reflexion (statt unkritischer Selbstbestätigung)«.[9] Für die pädagogische Arbeit bieten die Ansätze einer kritisch-emanzipatorischen Friedenspädagogik viele fruchtbare Anknüpfungspunkte.[10]

Die Gewerkschaften stehen für Solidarität und demokratische Persönlichkeitsentwicklung, und nicht für Befehl und Gehorsam. Das sollten wir auch verstärkt, streitbar und offensiv in der Friedensbewegung zur Geltung bringen – als Mitglieder, aber auch als GEW insgesamt.

FLORIAN MUHL,
GEW Fachgruppe Hochschule und Forschung

---

[1] Dieser Artikel knüpft an die Rede an, die ich am 23. September 2023 zum Abschluss der *Bildungswende jetzt!*-Demonstration in Hamburg für die GEW halten konnte, vgl. https://www.gew-hamburg.de/files/download/aktuelle-meldungen/redebeitrag-bildungswende_florianmuhl_gew.pdf

[2] https://www.bildungswende-jetzt.de.

[3] https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw36-de-verteidigung-957754

[4] *Weser Kurier* vom 27.08.2023, https://archive.ph/2txg4.

[5] https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/2022-GEWTAG22-Beschlussdoku-A4-2023-web.pdf.

[6] http://zeitung-gegen-den-krieg.de/wp-content/uploads/2023/08/zeitung-gegen-den-krieg-54.pdf, S. 4.

[7] Gerhard Schmolze: *Revolution und Räterepublik in München 1918-19 in Augenzeugenberichten*, Düsseldorf: Karl Rauch 1969, S. 52, via archive.org.

[8] https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pistorius-zeitenwende-ukraine-israel-100.html.

[9] Jürgen Scheffran: V*om andauernden Krieg zum nachhaltigen Frieden*, in: *Wissenschaft und Frieden* 2023/1, Dossier 96: *Quo vadis, Friedensforschung?*, https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/quo-vadis-friedensforschung/.

[10] Vgl. etwa Armin Bernhard: *Pädagogik des Widerstands. Impulse für eine politisch-pädagogische Friedensarbeit*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2017.

›Rechtsoffen‹ – reales Problem oder Kampfbegriff?

Podiumsdiskussion am Mittwoch den 10. Januar 2024,
18 - 20 Uhr im Curio-Haus, Raum ABC

Der Gewerkschaftstag und der Landesvorstand der GEW Hamburg haben im Frühjahr 2023 beschlossen, dem *Hamburger Forum für Völkerverständigung und Abrüstung e. V.* und dem *JourFixe/Gewerkschaftslinke Hamburg* die Nutzung der Räume im Curio-Haus nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Als Grund für die Beschlüsse sahen die GEW-Gremien, dass beide Gruppierungen mit Aktivist*innen aus dem rechten Spektrum punktuell zusammengearbeitet bzw. sich von diesen nicht ausreichend abgegrenzt haben.

Dies kommt aus Sicht der Betroffenen einem Raumverbot gleich. Der Konflikt über diese Entscheidungen besteht aber weiterhin in unserer Gewerkschaft. Wir halten es deshalb für unerlässlich, die damit entstandenen grundlegenden Fragen innergewerkschaftlicher Diskussionskultur im Rahmen einer möglichst breiten GEW-Öffentlichkeit zu erörtern.

Dazu haben wir zwei Experten eingeladen, die für die unterschiedlichen Pole in dieser Debatte stehen: Peter Wahl und Andreas Speit. Die Vorbereitungsgruppe stellt sich auf eine intensive Diskussion ein, deshalb haben wir auch eine externe Moderation eingeladen, den Journalisten Axel Schröder (vielfach tätig für den Deutschlandfunk).

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme und setzen natürlich vor allem auf eure Diskussionsbereitschaft

Wichtig: Diese Veranstaltung ist ausdrücklich als **gewerkschaftsinterne** Veranstaltung geplant!

Mit kollegialen Grüßen

BODO HAß und SVEN QUIRING
für die Vorbereitungsgruppe

We Got 99 Problems, but ›Rechtsoffenheit‹ Ain't One?

Redaktionskommentar zu den Leser*innenbriefen der hlz 9-10/2023

Ihr könnt es fast ahnen: In Reaktion auf die Antifa-Rubrik unserer letzten Ausgabe erreichte uns eine Vielzahl an Briefen. Wer über Querfront spricht, der bekommt auch ein queres Treiben! Angesichts der Menge, Länge und des Tonfalls der Zuschriften zu den beiden Artikeln von Wolfgang Svensson und Charles Paresse könnte sich nun der Eindruck einstellen, dass ein ›Krieg‹ tobe unter den Mitgliedern der GEW Hamburg – ein ›Krieg‹ um die gewerkschaftliche Haltung zu Antimilitarismus und basisorientierter Sozialpolitik.

Unsere Perspektive auf die Situation ist eine andere: Vor Ort droht keine Gewerkschaftsübernahme durch irgendwelche ›Kriegstreiber*innen‹. Die GEW versteht sich als Teil der internationalen Friedensbewegungen, nimmt klassenpolitische Anliegen ernst, ist basisorientiert aufgestellt. Das scheint uns nicht strittig. Was es dagegen gibt, sind Auseinandersetzungen, und zwar Auseinandersetzungen um die Frage, ob das Unterlassen von Grenzziehungen zu rechten, querdenkerischen und verschwörungsgläubigen Akteur*innen Konsequenzen haben sollte.

Anlass für diese Auseinandersetzungen sind die seit Längerem unterlassenen Grenzziehungen durch zwei im gegenwärtigen Hamburger Aktivist*innenspektrum eher marginale und aufgrund dieses Verhaltens auch marginalisierte Gruppen (*Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung e. V.* sowie *JourFixe/Gewerkschaftslinke*). Diese Auseinandersetzung wird seit einiger Zeit zum Konflikt innerhalb der Hamburger GEW dadurch, dass – gegenüber 10.000 Mitgliedern – zwei, drei Handvoll Personen mit Mitgliedschaft auch in diesen Gruppen aktiv sind oder mit ihnen sympathisieren. Das ist also ein ganz klein wenig mehr, als die Anzahl der Briefschreiber*innen. Das macht nun allerdings den Konflikt selbst nicht klein, weil er immer wieder – in Gremien, auf Gewerkschaftstagen, in der Betriebsgruppe Ruheständler*innen – an die Oberfläche kommt, befeuert durch eine gewisse Beharrlichkeit dieses Personenkreises, sich einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Problem der Offenheit gegenüber rechten oder damit assoziierten Positionen überhaupt zu stellen.

Auch ist die Problemdimension des Konfliktes nicht geringfügig, denn dieser betrifft – wie es durchaus auch in den Zuschriften zum Ausdruck kommt – unser aller Verständnis von gewerkschaftlicher Praxis: Es geht auch darum, wie wir uns eine zeitgemäße und für die Probleme der Gegenwart gewappnete Gewerkschaft in ihrem Selbstverständnis wünschen. Das betrifft vor allem die Umgangsformen der Mitglieder und – verzeiht uns diese scheinbar militaristische Rhetorik: ihre Streitkräfte. Streitkraft bedeutet, dass wir es ernst meinen mit Pluralität und Vielfalt, wir haben Kraft, *ernsthaft* zu streiten, für eine bessere Gesellschaft und zugleich für eine bessere Gewerkschaft. Damit geht aber einher: Wir nehmen Kritik ernst, auch wenn sie uns selbst entgegengebracht wird. Wir lesen auch solche Texte *genau*, die unsere Position kritisieren, und produzieren keine Karikaturen von ihnen, wenn wir antworten. Und das hat maßgeblich auch etwas damit zu tun, wie gelebt und praktiziert wird, dass die GEW eine antifaschistische Organisation ist. Eine antifaschistische Organisation ist nicht – wie es sich der zweite Leserbrief für Gewerkschaften wünscht – »weltanschaulich neutral«, denn: »Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe« (Theodor W. Adorno).

Für die Wirksamkeit eines antifaschistischen Selbstverständnisses reichen dann keine Bekenntnisse, es muss sich in unserer *Praxis* widerspiegeln, im Ziehen einer klaren Grenze gegen rechte Haltungen, Medien und Gruppierungen. Das umfasst die Bereitschaft, sich kritisch und intensiv mit rechten, verschwörungsaffinen Narrativen auseinanderzusetzen, denn: im Verschwörungsglauben ist der Antisemitismus enthalten »wie das Gewitter in der Wolke« (Jean Améry). Dementsprechend hat die GEW in diesem Frühjahr gehandelt. In den Beschlüssen des *Landesvorstands* und der Delegierten des *Gewerkschaftstages* wurde entschieden: Wer diese Grenze nicht achtet, hat auch kein Anrecht auf die *kostenlose* Nutzung gewerkschaftlicher Räume. Wer ohne Not Verbindungen zu rechten, verschwörungsgläubigen oder antisemitischen Gruppierungen pflegt, bekommt halt nichts geschenkt.

Eine Denunziationskampagne hat nicht stattgefunden

Es geht bei diesen Beschlüssen *nicht* um eine Generalverurteilung *der* Friedensbewegung oder *der* gewerkschaftlichen Basis. Auch wurde diese Entscheidung nicht, wie von den Betroffenen gern behauptet, unvorhersehbar, aus dem Bauch heraus und ›Top-Down‹ getroffen. Grundlage für die Entscheidung war eine intensive Auseinandersetzung im *Landesvorstand* – einem Gremium mit 40 Delegierten, die alle Arbeitsbereiche und Fachgruppen der GEW Hamburg repräsentieren – mit überprüfbaren Fakten: einer ganzen Reihe von Aktionen mit nicht erfolgten Abgrenzungen nach rechts bis hin zu Kooperationen mit solchen Akteur*innen. Es wurde keineswegs über den Kopf der Betroffenen hinweg entschieden, sondern durchaus im Gespräch mit ihnen: Vertreter*innen aus *Forum* und *JourFixe* wurde im Diskussionsprozess der jeweiligen Anträge die Möglichkeit schriftlicher Stellungnahmen eingeräumt, auch bekamen sie die Gelegenheit, sich in den Sitzungen des Landesvorstands zu den Vorwürfen zu äußern. Um den Mitgliedern des Landesvorstands selbst die Möglichkeit einer Expert*innenbefragung zum Problem zu geben, wurde das *Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus* in die Sitzung eingeladen.

Die Debatte wurde auch deswegen so umsichtig und partizipativ geführt, weil es *nicht* darum gehen sollte, Engagierte leichtfertig als ›rechts‹ zu labeln, sondern im gemeinsamen Gespräch herauszufinden, wie mit den zu problematisierenden nicht oder nur halbherzig vollzogenen Abgrenzungen *nach* rechts in den Gruppen selbst umgegangen wird. In den Diskussionen wurde differenziert: Selbstverständlich ist und war beispielsweise der *JourFixe* mehr als das, was in seiner Beteiligung an den Hamburger *Kunsthallendemos* als Zusammengehen mit Rechten zutage tritt. Aber bei aller Würdigung des klassenpolitischen Engagements des *JourFixe* in der Zeit *vor* der Covid-19-Pandemie – eine politische Praxis muss sich an ihrem Wirken in der Gegenwart messen lassen, das bedeutet auch: an ihrem Umgang mit argumentierender Kritik. Das gilt gleichermaßen für das *Forum*. Vergangene Errungenschaften sind kein Freifahrtschein,

wie auch ein Selbstlabeln als ›Friedensbewegung‹ keinen Immunitätsstatus verleiht. Zwar zeigt sich gerade am Beispiel des *Forums*, wie sich bestimmte problematische Tendenzen von Teilen der bundesrepublikanischen friedensbewegten Linken recht weit zurückverfolgen lassen, aber das wäre nochmal ein eigenes, wenn auch nicht ganz anderes Thema.

»

Es findet sich bei beiden Gruppen die Tendenz, Kritiken an der konkreten Zusammenarbeit mit problematischen Bündnispartner*innen und dezidiert eingeladenen Redner*innen umzudichten in ein ungerechtfertigtes Überreagieren auf bloß zufällige Kollisionen mit Rechten und Querdenker*innen, die – keine*r weiß wie – plötzlich durch die eigenen Veranstaltungen geisterten.

Wie sieht nun aber der Umgang des *Forums* und des *JourFixe* mit den Kritiken an der fehlenden Abgrenzung gegen rechts aus? Um diesen Umgang zu beschreiben, ganz gleich, ob in den Auseinandersetzungen mit und innerhalb der GEW oder mit anderen Kritiker*innen, reicht ein Wort: Abwehr. – Noch immer. Denn die Vorwürfe einer mangelnden Abgrenzung sind nicht neu. So hatte der Landesvorstand schon 2014 den Raum für eine *gemeinsame* Veranstaltung des *Forums* mit den sogenannten *Montagsmahnwachen* entzogen, die sich als Teil der ›Friedensbewegung‹ behaupteten und zugleich ein Sammelbecken für rechtsextreme, antisemitische und verschwörungsideologische Positionen waren. Und nicht erst und nicht nur die GEW sieht die Abgrenzungsverweigerung des *Forums* kritisch: So hat das *Bündnis gegen Rechts Hamburg* am 28. September 2022 einen Offenen Brief an das *Forum* geschrieben.[1] In diesem Brief werden belastbare, überprüfbare Fakten genannt. Auch der *Verein der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschist*innen* (VVN-BdA), die Partei *Die Linke*, diverse antifaschistische, anarchistische, sozialistische und antirassistische Gruppen haben vom *Forum* gefordert, sich gegen die Rechten auf ihren Kundgebungen und Demonstrationen abzugrenzen. Zusammen mit dem DGB haben sie sich spätestens seit dem vergangenen Jahr aufgrund der Erfahrungen mit dem vom Forum organisierten *Ostermarsch* und *Antikriegstag* öffentlich und deutlich vom *Hamburger Forum* distanziert.[2]

Kommuniziert wird diese Kritik vom *Forum* als »Hetzkampagne gegen die Friedensbewegung, in der wir als ›rechtsoffen‹ bezeichnet werden« (*Rundbrief* 6-23). Daran ist nicht nur absurd, dass sich dieses *wir* mit der Friedensbewegung identisch setzt, es wird auch eine Verschwörung insinuiert, die von der Bundesregierung über die Linkspartei, die *taz* bis hin zum VVN-BdA reiche und gemeinsam eine Spaltung der Friedensbewegung betreibe! Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Keine gute Maxime für Frieden.

Auch der *JourFixe* wehrt die Kritik einer mangelnden Abgrenzung nach rechts als illegitim ab; die Begründung der Entscheidung, ihnen keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen, ziele darauf, den *JourFixe* »in Nazinähe« zu rücken, wie es auf der Webseite heißt.[3] In einem »an die Teilnehmer*innen von GEW-Treffen« verteilten Flugblatt legt der *JourFixe* nahe, es ginge der GEW mit dem Entzug der kostenlosen Raumnutzung darum, »abweichende Meinungen« zu unterbinden: »Als zumeist langjährig aktive Gewerkschaftsmitglieder bestehen wir darauf, uns eine eigene Meinung und Anschauung zu jeder Demo und eben auch zur Kunsthallendemo bilden zu dürfen.«[4] Das ist eine Nivellierung des Unterschieds zwischen ›mal so als Interessierte*r kucken gehen‹ und aktiver Beteiligung an einer organisierten Veranstaltung, für die als politische Gruppierung Verantwortung zu tragen ist. Es ging *nie* um die Sanktionierung unliebsamer Meinungen, sondern um die konkrete Zusammenarbeit mit Rechten. Warum wird sich dazu nicht genauer, konkreter geäußert?

Gleichzeitig findet sich bei beiden Gruppen die Tendenz, Kritiken an der konkreten Zusammenarbeit mit problematischen Bündnispartner*innen und dezidiert eingeladenen Redner*innen umzudichten in ein ungerechtfertigtes Überreagieren auf bloß zufällige Kollisionen mit Rechten und Querdenker*innen, die – keine*r weiß wie – plötzlich durch die eigenen Veranstaltungen geisterten. Die hier zum Ausdruck kommende Abwehrhaltung, das Suggerieren, dass man lediglich Opfer von Vorverurteilungen und Diffamierungen sei, zeigt sich nun auch in den nachstehenden Zuschriften, die auf die in der letzten *hlz* veröffentlichten Beiträge von Wolfgang Svensson und Charles Paresse reagieren. Wir sind der Überzeugung, dass diese Artikel gut recherchiert darlegen, warum das Handeln von *Teilen* der Friedensbewegung und *bestimmter,* sich im gewerkschaftlichen Umfeld bewegender Gruppierungen zu kritisieren ist. Mit Denunziation oder Diffamierung hat dies *gar nichts* zu tun. Unsere beiden Autoren haben weder jemanden beleidigt noch haben sie Unwahrheiten verbreitet, um aus falschen Gründen anderen Gewerkschafter*innen zu schaden. Wir bitten also um eine genauere Lektüre, um streitend voranzuschreiten.

Eine genaue Lektüre haben die meisten Autor*innen der eingegangenen Briefe allerdings gerade nicht vollzogen. Was sich in ihren Zuschriften ereignet, ist eine sehr raumgreifende Auseinandersetzungsverweigerung, auf deren Vorwürfe, Fehlgänge, Falschbehauptungen und bösartige Unterstellungen wir im Einzelnen nicht eingehen werden. Wir beschränken uns auf vier wiederkehrende Figuren, die zeigen, dass es den Schreibenden weniger um einen offenen Dialog geht, sondern um das Abwerten von Kritik, die vom Standpunkt ihrer eigenen Meinungen abweicht.

Auf verlorenem Posten: Register der Abwehr

1. Verkehrung: Es wird das ganze Spektrum der Polemik gebraucht: Die beiden sachlich argumentierenden Texte werden so dargestellt, als handele es sich um tendenziöse Behauptungen, von »Denunziantentum« ist sogar die Rede. Das sind durchwegs Urteile, welche unsere beiden Autoren als Personen abwerten und unglaubwürdig machen sollen. Wir haben es also mit der beliebten Figur der Verkehrung zu tun: Ich erkenne leider nur am Anderen ein problematisches Verhalten, und wenn ich das selbst tue, dann lediglich als Reaktion auf diese unglaublichen Vorwürfe, die *mich* persönlich verletzten, weil *ich* doch schon so viele Jahre mit dem *Forum,* dem *JourFixe* zusammenarbeite, darin aktiv bin oder mich zu allem, das ›Frieden‹ fordert, zugehörig fühle. Das Problem ist allerdings, dass hier Autoren angegriffen werden, die *keine* Angriffe ausgeführt haben, sondern mit *Gründen* darlegen, warum sie das Verhalten von *kleinen Teilen* der Friedensbewegung für kritikwürdig halten. Diese Kritik wird aber nicht ernstgenommen, sondern als willkürliche Denunziation oder Hetze abgewertet, so dass die eigene Denunziation als bloße Reaktion oder Verteidigung erscheint. Es wird denunziert, um eine ›Denunziation‹ anzuklagen. Ich unterstelle der Gegenseite etwas, was ich selbst tue. Das ist widersprüchlich. Für einen Streit keine wirklich gute Position, sondern es wird rutschig.

2. Analogieschlüsse statt Differenzierung: Nehmen wir die sich in einigen Zuschriften vollziehende ›Ehrenrettung‹ Erich Vads. Vad hat ebenso wie Peter Brandt das *Manifest für den Frieden* unterschrieben, das von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiiert wurde. In einigen unserer Zuschriften erscheint er wie Brandt als ein Bündnispartner, der zu verteidigen ist in Nibelungentreue. Mit etwas Recherche hätten nun auch diese Friedensfreund*innen herausfinden können, dass Vad nicht nur Carl Schmitt *gelesen*, sondern die Ansichten seines Meisters offen in Publikationen bei rechtsextremen Organen *vertreten hat*. In einem Leserbrief werden gar Michel Foucault oder Antonio Negri bemüht, um darzulegen, warum die Lektüre von Schmitt kein Ausweis sei, um als »rechts« zu gelten. Ja klar, auch »linke Denker« lesen Schmitt. Daraus zu schließen, dass Schmitt unproblematisch sei, ist ein Analogieschluss, kein Argument. Es besteht ein himmelweiter Unterschied, ob ich Schmitt lese und ihn kritisiere – oder ob ich seine Position bewusst einnehme.

3. Bagatellisierung, Relativierung und 4. Querfront: Vad wurde *nicht* kritisiert, weil er sich plötzlich für den Frieden interessiert, wie in den Zuschriften insinuiert wird. Vad hat in treuer Tradition des Schmittianismus argumentiert, wie unser Autor Charles Paresse anhand des Vad-Vortrags im selbst vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextrem« eingestuften *Institut für Staatspolitik* (IfS) nachweist (die Zitate in einfachen Anführungsstrichen stammen von Vad selbst): »Schmitts Denken, das ›vom Ausnahmezustand und der ständigen Möglichkeit inner- und zwischenstaatlicher Anarchie und Gewalt ausging‹ und deren notfalls autoritäre Beherrschbarkeit fordert, ›steht im Gegensatz zur idealistischen Utopie einer weltweiten Entfaltung der Menschenrechte, eines friedlichen Ausgleichs der Kulturen und Zivilisationen sowie freizügiger, offener und multikultureller Gesellschaften‹«. Vad argumentiert für ein »Interventionsverbot raumfremder Mächte«, also für eine auf Kontinente bezogene Hegemonialmacht, die sich in ihren Handlungen eben *nicht* an der »idealistischen Utopie einer weltweiten Entfaltung der Menschenrechte« orientiere. Das ist als Position ziemlich nahe an dem, was auch die Ideologen des Kremls oder aus Teheran fordern.

Wie verträgt sich eine solche militaristische, antimultikulturalistische und imperialistische Position mit »Abrüstung und Völkerverständigung«? Wa-

rum wurde Vad nicht für solche Gedankengänge von diesen Teilen der Friedensbewegung kritisiert, was doch ihr offenes Anliegen sein müsste? Auch publiziert Vad eben nicht nur *bei* Neuen Rechten und er will auch nicht andere Rechte von einer vernünftigeren Position überzeugen, wie es einige Zuschriften nahelegen, sondern er ist eben ein Neuer Rechter, der für einen Frieden mit Russland und gegen den Frieden durch Menschenrechte ist.

Und da der Platz begrenzt ist, noch drei Sätze zu Peter Brandt: Wie Habeck benutze er positiv ›Nation‹ und ›Heimat‹, das sei doch völlig legitim, denn uns allen ginge es doch um den Weltfrieden – heißt es einem Brief. Nun ja. Das ist ein relativierender Vergleich. Brandt schrieb einen Nachruf auf Wolfgang Venohr. Venohr war ein Querfrontstratege und überzeugter ›Nationalbolschewist‹, Niekisch-Schüler, der offensiv die Waffen-SS verteidigte. Warum muss ein Linker nicht nur den Nachruf für einen Faschisten schreiben, sondern auch mit ihm zusammenarbeiten? Mit jemandem, der den ›Schuldkult‹ der Bundesrepublik angriff und die Verbrechen der Wehrmacht relativierte? Und warum müssen Friedensbewegte wiederum Vad und Brandt hofieren? Dies wird in den Zuschriften gleich mehrfach sinngemäß so zu legitimieren versucht: Also selbst *wenn* diese Leute nicht nur im diffamierungseifrigen Geiste der Autor*innen und der *hlz*-Redaktion, sondern *wirklich* in rechten Medien publizieren und rechte Erzählungen verfechten würden – wo wäre denn das Problem, solange sie doch wie wir für Frieden sind? Ja, dann rede ich das Mitwirken bei rechten Projekten klein, die so wiederum tolerierbarer werden und unterstütze – und sei es ›nur‹ implizit – ein Querfrontprojekt. So verzweifelt muss man selbst in Deutschland nicht sein.

Einsichten und Ausblicke

Aus aktuellem Anlass noch eine Bemerkung, die über einen Blick auf die Briefe hinausgeht. Eine vernünftige Friedenspolitik sollte nicht auf die Idee kommen, das »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!«, wie es im zweiten Leserbrief als »Grenze für die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Personen« ausgewiesen wird, in ein »Nie wieder Krieg gegen Faschismus!« zu übersetzen. So wie sich Mitglieder des *Forums* und mit ihnen zusammenarbeitende Gruppen nach den Pogromen am 7. Oktober geäußert haben, wie der Terror der *Hamas* dann doch dem israelischen Staat angelastet, wie Propaganda verbreitet wird, dass Israel ein »Apartheidstaat« sei, all dies ist schon unerträglich genug. Spätestens jetzt, anlässlich des letzten *Forum-Rundbriefs* (7-23) und der Redebeiträge der vom Forum organisierten *Free-Palestine!*-Demos[5], hätte der Landesvorstand der GEW handeln müssen. Und auch für die Stoßrichtung derartiger Äußerungen ist das *Forum* schon mehrfach kritisiert worden. Solche Kritikunfähigkeit hat wenig mit einer Bildungsgewerkschaft zu tun.

Wenn also in mehreren der nachstehenden Leser*innenbriefen gefordert wird, dass die Diskussion über Rechtsoffenheit »seriöser, differenzierter und […] solidarischer geführt« werden möge, dann hoffen wir das auch. Differenziertes und Solidarisches fand sich in den Interventionen einiger Friedensfreund*innen auf den letzten beiden Gewerkschaftstagen unserer Ansicht nach eher nicht. Da wird dann auch schonmal jemand niedergeschrien, eine Beleidigung gezischt oder manipulativ emotionalisiert, und sowieso: auf all die Arbeit der anderen antragstellenden Kolleg*innen keine Rücksicht genommen. Das sind Fragen eines Miteinanders, die im Rahmen dieser ganzen Debatte eben auch mit verhandelt werden sollten: Daher, liebe Kolleg*innen: Kommt zur GEW-internen Diskussionsveranstaltung am 10. Januar 2024 *›Rechtsoffen‹ – reales Problem oder Kampfbegriff?* (siehe S. 30), lasst uns gemeinsam Klarheit schaffen, auf dass Antifaschismus nicht auf ein Lippenbekenntnis heruntergebrochen, sondern als wirkliche Haltung praktiziert wird!

EURE hlz-REDAKTION

---

[1] https://www.hbgr.org/aktuelle-meldungen/7368-offener-brief-notwendige-abgrenzung-gegen-rechts-deutlich-machen.

[2] Hierzu u.a.: https://taz.de/Kundgebungen-am-Antikriegstag/!5952878/ (zum Antikriegstag) und https://taz.de/Friedensdemo-2023/!5923173/ (zum Ostermarsch), an diesem Artikel wird auch deutlich, warum die mit dem *Forum* sympathisierenden Leser*innenbriefe dieser *hlz* so empfindlich auf die Kritik an Peter Brandt reagieren und das Erstaunen darüber ein im schlechten Sinne rhetorisches ist.

[3] https://gewerkschaftslinke.hamburg/2023/07/28/presseerklaerung-jour-fixe-gewerkschaftslinke-zum-raumentzug-durch-den-gew-vorstand/.

[4] https://gewerkschaftslinke.hamburg/2023/06/05/bildungsgewerkschaft-gew-hamburg-beschliesst-abweichende-meinung-ab-sofort-kostenpflichtig-2/.

[5] Ein Mitschnitt der vom *Forum* organisierten *Free Palestine!*-Demo vom 18. November 2023 findet sich hier: https://www.youtube.com/watch?v=ygmbaFkWCrQ.

Zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit:

Leser*innenbriefe zur hlz 9-10/2023: Wolfgang Svensson: *Die Wahrheit in den Fakten suchen* (S. 66-71) und Charles Paresse: *Vermeintlich neutrale Experten* (S. 72-74)

Im Diskurs bleiben

Liebe *hlz*,
danke, dass die Debatte von Euch aufgegriffen wird. Auch wenn oder gerade weil schon viele keine Lust mehr darauf haben, sich kritisch mit dem *Hamburger Forum* und /oder dem *Jour Fixe/Gewerkschaftslinke* in den GEW-Gremien auseinanderzusetzen, ist es wichtig, innergewerkschaftlich über das Thema ›Rechtsoffenheit‹ im Diskurs zu bleiben.
MO AUGS

Nicht haltbare Behauptungen

Im letzten Heft der *hlz* wurde in zwei Artikeln Teilen der Friedensbewegung vorgeworfen, sie seien »rechtsoffen«. Einige der dort aufgestellten Behauptungen und Wertungen sind aus meiner Sicht nicht haltbar. Bevor ich darauf näher eingehe, vorneweg ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur deutschen Friedensbewegung.
Die Friedensbewegung und das *Hamburger Forum* sind keine linke Partei, sondern ein breites *Bündnis*. Hier hatten und haben auch Kräfte und Personen ihren Platz, die z. B. nicht mit linken Auffassungen zu Begriffen wie ›Nation‹ oder ›Volk‹ übereinstimmen.
Dieses *Prinzip der politischen und weltanschaulichen Neutralität* gilt – nach den Erfahrungen des Faschismus – auch in den deutschen Gewerkschaften.
Gibt es aber überhaupt keine Grenze für die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Personen? *Diese Grenze gibt es sehr wohl* – sowohl in der Gewerkschafts- als auch der Friedensbewegung. Sie wird deutlich im *›Schwur von Buchenwald‹* ausgesprochen, den die Überlebenden dieses KZ leisteten: *»Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!«*

Vor diesem Hintergrund komme ich nun zu den Vorwürfen in dem Artikel von Charles Paresse gegen den Historiker *Peter Brandt*. Vertritt dieser inhaltlich Positionen, die diese Grenze überschreiten? Ich meine: Nein. Dessen Positionen zu ›Volk‹ und ›Nation‹ kann man zwar aus linker Sicht kritisieren, etwa den Versuch, die ›nationale Frage‹ von links zu besetzen. Angesichts der möglichen Auslöschung der Menschheit durch einen Atomkrieg und im Interesse einer möglichst breiten Bewegung für Frieden und Abrüstung sind solche strittigen Positionen innerhalb der Friedensbewegung aber auszuhalten.
Im Übrigen ist Peter Brandt mit seinen Bemühungen, ein positives Verhältnis zur Nation zu entwickeln, nicht alleine. Ich verweise hier auf die Äußerungen von Herrn Habeck. Im *Standard*-Interview vom 6.10.2017 war z. B. von ihm zu lesen: »Ich bin deshalb sehr dafür, dass wir Grüne Begriffe wie Heimat und Deutschland nicht der AFD überlassen.« Und im Tagesspiegel vom 26.8.2018: »Ich glaube, dass man auch um den Begriff der Nation kämpfen und ihn zurückerobern muss.« *Inhaltlich* sehe ich da keine großen Unterschiede zwischen Herrn Brandt und Herrn Habeck!
Bei dem Vorwurf, dass Peter Brandt in Zeitschriften der ›Neuen Rechten‹ veröffentlicht und Interviews gibt, geht es um die grundsätzliche Frage, wie man mit Rechtsextremen umgehen soll. Soll man mit ihnen überhaupt das Gespräch führen oder nicht? Wenn Herr Brandt diese Frage für sich bejaht, schließt das auch mit ein, dort zu publizieren. Die *entscheidende* Frage ist dann jedoch, welche *Inhalte* er dort vertritt. Vertritt Herr Brandt dort rechtsextreme, faschistische oder neofaschistische Positionen? Herr Paresse verneint dies selbst und schreibt, Herr Brandt gehe dort »auf Distanz zu explizit rechten Deutungen von Nation, Staat und Volk…«
Fazit: Die Tatsache des rechten Kontextes von Veröffentlichungen allein reicht meiner Meinung nicht aus, daraus abzuleiten, Peter Brandt *suche* die Nähe zur den Rechten und versuche hiermit »eine Brücke von links nach rechts zu schlagen«, wie dies Herr Paresse in dem Artikel behauptet, um seinen Vorwurf der Querfront zu untermauern. Das ist seine Interpretation, aber faschistische, völkische oder rassistische Positionen finden sich bei Peter Brandt nicht.

Ich komme nun zu *Erich Vad*, den früheren Berater von Angela Merkel. An ihm kritisiert Herr Paresse, dass sich dieser in seinen Schriften auf das Denken

von Carl Schmitt bezieht und Begriffe von ihm verwendet. Gegen diese Kritik ist nichts einzuwenden. Problematisch wird es aber, wenn das als Beweis dafür gelten soll, dass Herr Vad in die völkische und nationalistische Ecke gehört. Schon ein Blick in den Artikel von *wikipedia* zu Carl Schmitt genügt, um festzustellen, dass es im akademischen Bereich eine breite internationale Rezeption des Denkens und der Begriffe von Carl Schmitt gibt. Neben der ›Neuen Rechten‹ tauchen dort auch einige bekannte linke Denker auf wie Giorgio Agamben, Michel Foucault, Michael Hardt, Antonio Negri usw. usw. Auch Ulrike Herrmann kommt in der taz vom 27.2.2001 in ihrer Besprechung des Buches *Carl Schmitt und die Juden* von Raphael Gross zu dem Schluss: »Zudem entwerten Schmitts Antworten nicht seine Fragen, die bis heute aktuell sind…« So eindeutig und einfach, wie es Charles Paresse in seinem Artikel darstellt, ist es also offensichtlich nicht. Aber er braucht diese Vereinfachungen, um seine These zu belegen, dass die »zwei Kronzeugen der Friedensbewegung…seit Jahren Nähe zur Neuen Rechten (suchen)«. Diese exemplarischen Beispiele zeigen m. E., dass die Argumentation von Herrn Paresse ungenau und unredlich ist.

Mit diesen Gedanken hoffe ich dazu beizutragen, dass die Diskussion über die ›Rechtsoffenheit‹ der Friedensbewegung seriöser, differenzierter und vor allem solidarischer geführt werden kann. Dabei gebe ich zu bedenken, dass schon der Begriff ›rechtsoffen‹ schwammig und ungenau ist. Er unterscheidet nicht zwischen rechts und rechtsextrem, nicht zwischen rechts und konservativ und nicht zwischen rechts und faschistisch. Weil das so ist, lässt sich der Vorwurf der ›Rechtsoffenheit‹ auch mit immer neuen Belegen endlos und beliebig oft wiederholen. Politisch Andersdenkende können so leicht diffamiert werden. Ich möchte mit einem Zitat von Konfuzius enden: »Wenn die Sprache nicht stimmt, dann ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist. So kommen keine guten Werke zustande. Also dulde man keine Willkür in den Worten.«

P. S.: Ich bin nicht Mitglied des *Hamburger Forums*. Seit den 70er Jahren gehört für mich aber der Einsatz für Frieden und der Kampf des *Hamburger Forums* gegen Aufrüstung und Waffenexporte untrennbar zu meinem gewerkschaftlichen Selbstverständnis. Deshalb beteilige ich mich seit Jahrzehnten an Aktionen und Demonstrationen des *Hamburger Forums*. Insofern fühle ich mich auch persönlich betroffen von dem in der *hlz* suggerierten Vorwurf, ich würde damit gemeinsame Sache mit Faschisten und Neofaschisten machen. In dem Flugblatt des *Hamburger Forums* zur Demonstration am 3. Oktober 2023 heißt es dagegen eindeutig: *»Unsere politische Arbeit verf*olgt das Ziel, menschenverachtende Ideologien wie Militarismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus generell zurückzudrängen.«

KARLHEINZ MAAS,
Pensionär

Erfolglose Rechtfertigung des Raumverbots

Der Autor [Wolfgang Svensson] bemüht sich, die Ausgrenzung (Raumverbot) des *Hamburger Forums* durch den Hamburger GEW-Vorstand zu rechtfertigen und untersucht dazu »als Exempel« seitenlang die Zeitschrift *Demokratischer Widerstand* (DW). Dabei kommt er schließlich zu der wenig sensationellen Erkenntnis, dass es sich um ein Querdenker-Blatt mit rechtem Einschlag handelt.
Wozu das alles? Um enthüllen zu können, dass der Journalist Hannes Hofbauer dort 2020 einen Artikel veröffentlicht hat – und 2022 einen im *Rundbrief* des *Hamburger Forums* (HF). Seine Schlussfolgerung: Das HF gehört zur Querfront und ist rechtsoffen!
Diesen Vorwurf untermauert der Autor noch mit dem Hinweis darauf, dass in einem anderen HF-Rundbrief zum Ostermarsch 2022 die Kleinpartei *Die Basis* (bei der einige Mitglieder Kontakte zur DW haben) als »bürgerliche Partei« bezeichnet wird. Leider unterschlägt er den folgenden Satz: »Da die Basis keine faschistische Partei ist und die Losung des Transparents [Gemeinsam für den Frieden. Diplomatie statt Waffen. Kein Wirtschaftskrieg] weder rassistisch, militaristisch oder antisemitisch ist, sahen wir keine Grundlage dafür, es zu entfernen«.
Fazit: Der Versuch, eine Verbindung zwischen *Hamburger Forum* und *DW* bzw. *Basis* herbeizuschreiben, ist bei allem Aufwand erfolglos; es bleibt zu hoffen, dass der Vorstand dies bald einsieht und seinen unseligen Beschluss revidiert.

WERNER HAERTEL,
Ruheständler

Ganzheitliche Diskreditierung

Liebes Redaktionsteam,
o. g. Beitrag [von Charles Paresse] ist meines Erachtens sehr einseitig und sollte nicht unkommentiert stehen bleiben. Über den Autor erfährt man im Internet nichts, außer dass er für eine antifaschistische Zeitung schreibt. Die Fakten scheinen gut recherchiert zu sein. Ich habe nicht die Zeit, sie alle zu überprüfen. Ich möchte sie auch gar nicht anzweifeln, sondern unterstelle mal, dass sie stimmen. Was mich stört, ist der Kommunikationsstil und die Art und Weise, wie Schlussfolgerungen gezogen werden.
Es stellt sich für mich die Frage, was Herr Paresse mit seinem Beitrag erreichen möchte. Bei Erich Vad und Peter Brandt ist hingegen klar: ihnen geht es um ein aktives Engagement für Frieden in der Ukraine und ein Ende der Eskalationsspirale. Vad und Brandt haben keineswegs den Anspruch, neutral zu sein, wie es im Titel des Beitrags heißt, sondern sie vertreten eine vom politischen Mainstream abweichende, auf persönlicher Expertise basierende subjektive Einschätzung. Herr Paresse sieht die beiden genannten Personen aufgrund ihm vorliegender Informationen wohl in einer rechten, neofaschistischen Ecke. Damit werden sie ganzheitlich diskreditiert. Es soll offensichtlich gezeigt werden, dass die Herren trotz ihrer erfolgreichen Biografien weder kompetent noch seriös sind. Da stelle ich mir schon die Frage, weshalb das weder Dr. Angela Merkel, noch der NATO, noch der CDU, noch der Fernuniversität Hagen aufgefallen ist? Die Schlussfolgerung soll wohl sein, dass man sich nicht inhaltlich mit den o. g. Positionen von Brandt und Vad auseinandersetzen muss.
Dieser Kommunikationsstil, Andersdenkende aufgrund bestimmter Äußerungen oder Fakten in eine Ecke zu stellen, in der sie vermeintlich als Gesprächspartner nicht mehr ernst genommen werden müssen, um sich so eine inhaltliche Auseinandersetzung zu sparen, halte ich für höchst problematisch. Zudem werden wie im vorliegenden Beitrag oft Intentionen unterstellt, ohne dass der Autor daran interessiert ist, was wirklich gemeint war. So kann man z. B. nicht schlussfolgern, dass Vad seine geopolitische Analyse normativ meint in dem Sinne, dass er das geopolitische Ringen von Großmächten erstrebenswert findet. Es handelt sich doch wohl um eine pragmatische Analyse des Bestehenden, sonst wäre er wohl kaum von Frau Dr. Merkel zum militärischen Berater gewählt worden. Oder ist deren Kompetenz und Seriosität jetzt auch anzuzweifeln?
Der o. g. Kommunikationsstil wird häufig in Bezug auf Angehörige der AfD oder andere rechts positionierte Gruppen angewendet (mit der ich nicht im Geringsten sympathisiere und deren Rhetorik ich ebenfalls für höchst gefährlich halte). Ihre (teils berechtigten) Anliegen und Sorgen werden selten gehört, was einfach scheint, weil man sich eine Diskussion sparen kann, doch letztlich dürfte dies doch wohl eine Radikalisierung begünstigen (während die reale Politik zumindest in der Migrationspolitik zunehmend deren Forderungen folgt).

Ich habe nicht die nötige Expertise und Zeit, um zu beurteilen, ob die von Herrn Vad zitierte nationalsozialistische Literatur hilfreich ist, um unsere aktuellen Probleme zu verstehen. Grundsätzlich können Werke, die nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sind, jedoch dennoch nützliche Passagen oder Analysen enthalten. Ein Beispiel dafür ist *Das Kapital* von Karl Marx. Seine Analyse des Kapitalismus kann sehr hilfreich sein, die aktuell sichtbar werdenden Grenzen des Kapitalismus zu verstehen, aber man muss deshalb nicht den praktischen Schlussfolgerungen von Karl Marx folgen. Was ich damit sagen möchte: Nur weil man Karl Marx zitiert, ist man noch lange kein Kommunist. Analog ist auch nicht jeder, der nationalsozialistische Literatur rezipiert, Faschist. Nur weil man wie Vad und Brandt mit Rechten kommuniziert, ist man noch lange nicht rechtsradikal.

Desweiteren: Selbst wenn Herr Vad und Herr Brandt in der Ecke stehen sollten, in der Herr Paresse sie sieht, wäre ihr Engagement für Frieden dann verwerflich oder falsch?
Ich hätte mir von Herrn Paresse die Transparenz gewünscht, an der es bei seinen Widersachern vermeintlich fehlt. Wo steht er politisch und in Hinblick auf das *Manifest für Frieden*? Welche inhaltlichen Einwände hat er bezüglich den (korrekt wiederzugebenden) Positionen von Erich Vad und Peter Brandt und welche guten Argumente hat er gegen ein sofortiges Engagement für einen Waffenstillstand in der Ukraine? Ich habe bisher noch keinen einzigen Beitrag in der Presse gelesen, der die Positionen von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer korrekt wiedergibt (es geht nicht um einen schnellen Kompromissfrieden *zulasten* der Ukraine, wie Herr Paresse offenbar glaubt) und ihre Position mit überzeugenden Argumenten entkräftet. Kann Herr Paresse das liefern?

Zur geforderten Transparenz möchte ich noch hinzufügen, dass ich Unterzeichnerin des *Manifestes für Frieden* bin, mich sonst aber nicht politisch engagiere und ausschließlich wirtschaftspädagogische Texte

publiziere. Genau aus meiner pädagogischen subjektiven Sichtweise heraus, bin ich sehr besorgt über unsere Kommunikationskultur und ich wünsche mir, dass die *hlz* mit einem guten Beispiel voran geht. Frieden im Großen wird nur gelingen, wenn wir lernen, im Kleinen wertschätzend und konstruktiv miteinander umzugehen.
Viele Grüße

DR. CHRISTIANE THOLE

Denunziantentum

Ich war doch baff über die Veröffentlichung in der letzten *hlz*, deren Nähe zum Denunziantentum ins Auge sticht. Deswegen dazu eine Entgegnung. »Vad und Brandt gelten durch ihre Biografien als vermeintlich neutrale Experten« (72), schreibt C. Paresse – und entlarvt sie und damit die Versuche, wieder eine Friedensbewegung auf die Beine zu stellen, als eine Art verdeckter Einflussnahme, die der »Neuen Rechten« (74) zuarbeitet. Das soll doch wohl eine Diskreditierung dieser Bewegung sein – um den auch in den Gewerkschaften, z. B. in ver.di (näheres auf www.sagtnein.de) aufkeimenden Protest zu treffen. Ein Protest, der gegen den Richtungswechsel hin zur Kriegspolitik mit gesalzener Militarisierung antritt (wo doch noch bis vor Kurzem in GEW-Landesverbänden Anti-Kriegspositionen selbstverständlich waren, selbst der DGB zum Anti-Kriegstag »Nie wieder Krieg« forderte – allerdings sehr selektiv), und der in der Öffentlichkeit gern als »rechtsaffin« oder »rechtsoffen« dargestellt wird; die Beispiele sollten hinlänglich bekannt sein. Dazu einige Anmerkungen: Als »vermeintlich neutrale« Experten gelten die beiden überhaupt nicht, sondern als Figuren aus Politik und Politikberatung, die eine eindeutige Biographie aufweisen und mehr oder weniger belastet sind. So, wie man heutzutage passender Weise im Blick auf den Ukrainekrieg zwei Amerikaner, den einstigen Politikberater Z. Brzeziński und den früheren Außenminister H. Kissinger, zitiert, also sich auf Militärstrategen beruft, die Völkermorde ins Auge gefasst haben und die mit ihren strategischen Ansagen (Kissinger: »in jeder Regierung … [habe man mit] allen möglichen Waffen jede Guerilla-Einheit bombardiert«, tagesschau.de, 27.5.23) und Warnungen einiges an Härten der »regelbasierten« Weltordnung ausplaudern, so hat man hier Parteigänger einer Position vor sich, die »an einem vitalen, starken Deutschland und Europa« (72) interessiert ist. Und die im einen Fall »von klassischem Sicherheitsdenken und militärischen Logiken«, im andern von Patriotismus geprägt ist, nämlich in Gestalt von zwei Personen, die – neuerdings – als eine Art »Whistleblower« auftreten. Sie sind in der BRD von ›der Fahne gegangen‹ und stellen sich dem aktuellen Kriegskurs entgegen, weil sie seine Erfolgschancen anders einschätzen als die Regierenden oder weil sie – wie viele andere – die Sorge wegen eines 3. Weltkrieges umtreibt.
Dass sie belastet sind, dürfte jedem klar sein: Der eine ein eingefleischter Militär, der Merkel an herausgehobener Stelle beraten hat und gleichzeitig im rechten Lager referieren durfte (wer soll ihn denn da für »neutral« gehalten haben?), der andere ein Historiker, der sich, schon lange bevor sein Vater Willy den völkischen Spruch »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« losließ (ein ziemlich biologistisches Konzept von Nation übrigens), für die »nationale Frage« (74) begeisterte. Ja, es stimmt, ob Christ- oder Sozialdemokratie, es lassen sich Übereinstimmungen mit dem rechten Rand feststellen – gestern und heute. Vielleicht sollte man mal darauf hinweisen, dass Kanzler Scholz und die Kommissionspräsidentin von der Leyen gerade ›Hand in Hand‹ mit einer italienischen Neofaschistin die europäische Asylreform voranbringt! Warum fällt das nur wenigen auf? Oder muss man auch bei Neofaschist*innen unterscheiden, ob sie »uns« nutzen oder nicht?
PS: Deutlicher geht es nicht mehr, was die herrschende Politik auch in der Gesellschaft anstrebt, B. Pistorius (SPD): »Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen« (tagesspiegel.de, 30.10.23).

FRANK BERNHARDT,
im Ruhestand

Diffamierung und Verleumdung

Sonntagsworte und Realpolitik: In treffenden Bildern zeichnet das *Editorial* der *hlz* den Niedergang der (nicht nur) deutschen Gewerkschaften nach. Rechtlich würden die Gewerkschaften heute nicht mehr verfolgt, dafür aber von den Mitgliedern bloß noch als »Servicestation« begriffen. Das mit dem historischen »Voran! klappe nicht mehr wirklich«. Dabei gehe es doch gerade um sehr viel: die Verhinderung einer Rechtsentwicklung Europas. Die Rechte blase global zur Offensive. Dieser Entwicklung entgegen stemmen können wir nur, wenn eine Gewerkschaftsbewegung wieder für ihre sozialen und klassenpolitischen Rechte kämpft.
So gut das *Editorial*, aber wie geht es dann weiter in der *hlz*? Ab S. 66 werden über neun (!) Seiten aktive Mitglieder der GEW und anderer DGB-Gewerkschaften, die sich zusätzlich im *Hamburger Forum* und im *JourFixe/Gewerkschaftslinke* organisiert haben und sich aktiv der Entwicklung zum Krieg und Sozialabbau entgegenstellen (oder wie das *Jour Fixe* die alltäglichen Kämpfe der Beschäftigten unterstützen, auch die LKW-Fahrer in Gräfenhausen), gründlich diffamiert. In der Stellungnahme zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit werden die Argumente gegenüber dem *Hamburger Forum* und dem *Jour Fixe / Gewerkschaftslinke* über Kontakte zu einzelnen Personen, der Partei *die Basis*, der Teilnahme an Demonstrationen dargestellt, der eine vermeintliche Nähe zu rechten Milieus nachgesagt wird. Der Artikel kommt nach langatmigen Ausführungen zu dem Schluss, dass die weitgehend unbekannte Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* und sein rechtes Bündnisumfeld gewerkschaftsfeindliche Positionen vertreten. Welche Botschaft soll uns vermittelt werden? Rechtsoffene Positionen schleichen sich in einen linken gewerkschaftlichen Diskurs ein. So erfährt das Vorgehen des Vorstandes der GEW-Hamburg, das *Hamburger Forum* sowie den *JourFixe* mit einem Raumverbot im Curio-Haus zu belegen, eine Bestätigung. Wer will schon Kräften, denen es eigentlich darum geht, eine Spaltung innerhalb der Gewerkschaften im ›Gewand einer Politik von unten‹ herbeizuführen, auch noch kostenlos Räume überlassen?
Im Artikel *Vermeintlich neutrale Experten* werden zwei Persönlichkeiten, dem Historiker Peter Brandt sowie dem Brigadegeneral a.D. Erich Vad, Beziehungen zur ›Neuen Rechten‹ unterstellt. Hierbei handelt es sich um üble Verleumdungen. Warum die Verleumdungen? Beide setzen sich seit Beginn des Ukrainekrieges entschieden dafür ein, dass anstelle von Waffenlieferungen Verhandlungen treten. An die Stelle einer offenen Diskussion um möglicherweise kontroverse Positionen tritt Denunziation.
Wer sich von uns unter den heutigen Bedingungen verpflichtet fühlt, sich in die Diskussion um Krieg und Frieden oder den Kampf um soziale Rechte einzumischen, der wird nicht vermeiden können, manchmal mit Querdenkern, Parteianhängern der *Basis* in Kontakt zu kommen. Doch in der Realpolitik hält sich der ›weise‹ Gewerkschaftsvorstand lieber an die bewährten Kontaktverbote der politischen Parteien zur AFD und anderer rechter Gruppierungen. Diese Kontaktverbote haben aber bis heute eine Rechtsentwicklung und soziale Verschlechterung in keiner Weise aufhalten können. Mit bürokratischen Methoden und Kontaktverboten eine gesellschaftliche Entwicklung aufhalten zu wollen, diese Idee ist so lächerlich, dass sie sich nur blamieren kann.
Wir begrüßen die Initiative des GEW-Vorstandes, dass eine Veranstaltung zum Thema ›rechtsoffen‹ am *10. Januar 2024* stattfinden wird. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich in die Auseinandersetzung einzumischen.

BARBARA KÜBEL,
GEW-Mitglied seit 1972
MANFRED KLINGELE,
GEW-Mitglied seit 1974

Verdächtigungen und Unterstellungen

›Rechtsoffen‹? eine Auseinandersetzung, die den Kampf um berechtigte Anliegen schwächt: Was bei den Vertretern gegen ›Rechtsoffenheit‹ aus dem Blick gerät, ist die Politik der Mainstreamparteien (SPD, Grüne, FDP und CDU). Sie sehen nur das Erstarken der AfD. Dabei sind die vorher genannten Parteien der sogenannten Mitte schon weit nach rechts gerückt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Meinungen zum Krieg gegen die Ukraine, im Verhalten zum Palästinakonflikt und in der Migrationsfrage.
Die Kritik basiert in der Regel auf Verdächtigungen, Unterstellungen, und sehr vage formulierten Behauptungen. Häufig vernebeln lange Darlegungen mit für einen Nichtexperten nicht nachvollziehbaren Bezügen auf irgendwelche Personen, die nur Eingeweihte kennen, die Anschuldigungen.
Durch die Einwürfe, dass sich bestimmte Organisationen bei den von ihnen durchgeführten Aktionen nicht genug von Rechts abgrenzen, wird der eigentliche Gegner geschont oder sogar gestärkt. Von den Medien und den Vertretern der oben genannten Parteien wird genüsslich die Kritik der selbst ernannten Gesinnungswächter aufgegriffen.
Die Vorwürfe der ›Rechtsoffenheit‹ mithilfe von Delegitimierung und Diffamierung führen zur Warnung vor Friedensprotesten, wie z. B. im Fall der Friedensdemonstration in Berlin. Nichtprotest ist dann die Folge. Die Kriegstreiber freuen sich.

ROLF URBAN,
Betriebsgruppe Ruheständler

Diffamierung und Ausgrenzung

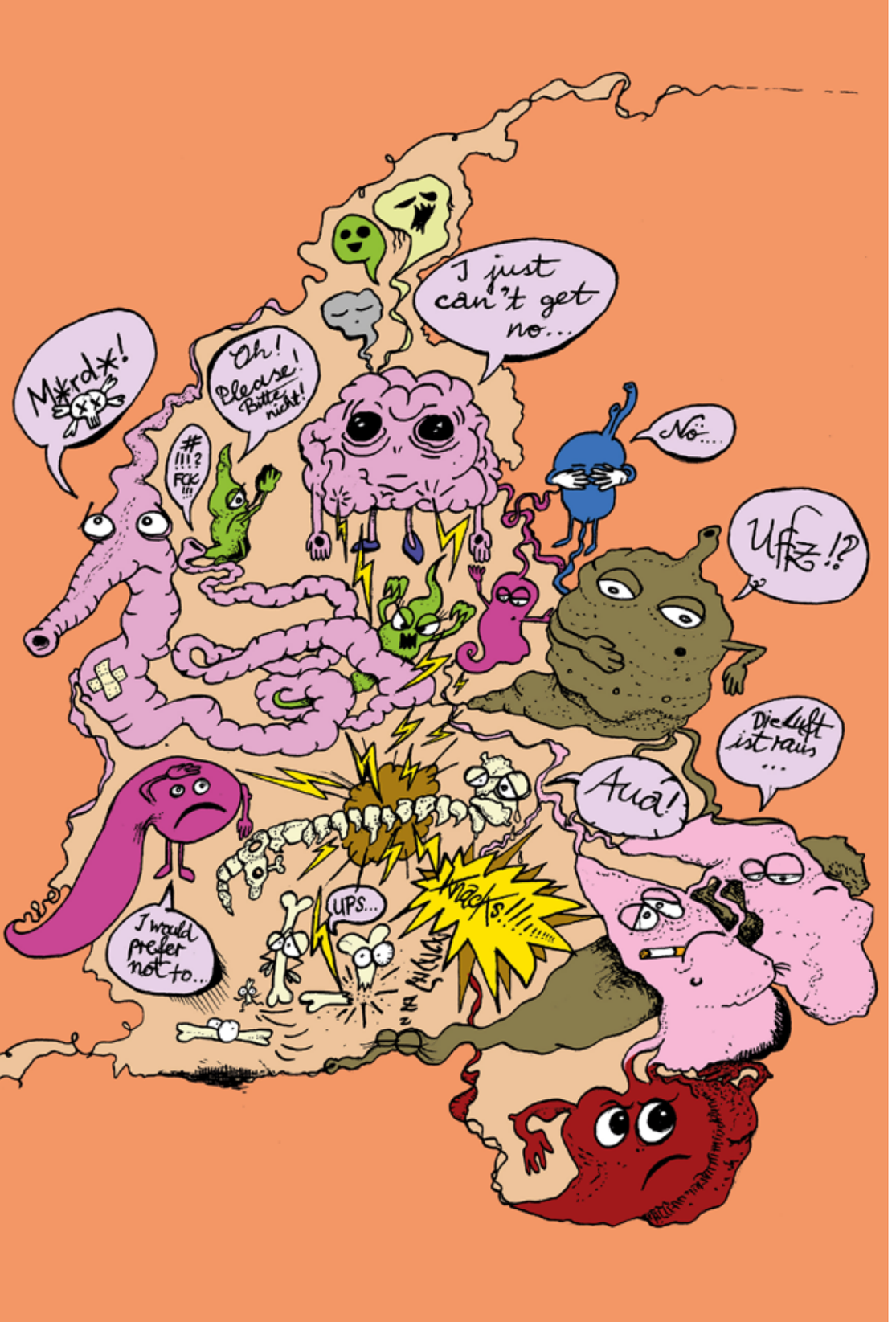
Hallo Wolfgang Svensson,
mit Interesse habe ich Deinen Artikel über die Verbindungen von Aktivisten der Splitterpartei *Die Basis* zur rechtsradikalen Zeitschrift *Demokratischer Widerstand* gelesen. Das *Hamburger Forum* ist laut Satzung eine überparteiliche Organisation und kooperiert mit keinen Parteien. Es gibt allerdings Mitglieder im *Hamburger Forum*, die in Parteien sind. Mit der Partei *Die Basis* bestehen keinerlei Verbindungen, noch hat sie irgendeinen Einfluss auf Aktionen oder Veröffentlichungen des *Hamburger Forums*. Ob *Die Basis* rechtsradikal, wissenschaftsfeindlich, der Querdenkerszene angehört oder »bürgerlich« ist, darüber gibt es unter den Mitgliedern vermutlich unterschiedliche Einschätzungen. Da die *Die Basis* in der Friedenspolitik keinen hohen Stellenwert einnimmt, ist darüber kein Konsens nötig. Beim letzten Ostermarsch 23 wurde *Die Basis*, die ungebeten mit wenigen Leuten und einem Transparent auftaucht war, von Demoteilnehmern aufgefordert, sich zu entfernen, was auch geschah.

Wenn Peter Brand und Johannes Hofbauer, ein anerkannter linker österreichischer Publizist und Verleger, die sich zur Friedensbewegung zählen, in rechten Blättern veröffentlichen, find ich das bedauerlich. Das bedeutet doch nicht, dass sie von ihren Einstellungen durchgängig rechtsradikal wie der ehemals linke Publizist Elsässer geworden sind. Muss man sie deshalb diffamieren und ausgrenzen, wie es Teile der GEW, der VVN und das *Hamburger Bündnis gegen Rechts* fordern? Sollte man diese Personen nicht davon abhalten, nach rechts zu driften? Übrigens, wenn die GEW, die VVN und andere Organisationen Aktionen gegen Rechts initiieren und das *Hamburger Forum* informieren, dann wird das Forum dies voll unterstützen. Denn eins ist dem *Hamburger Forum* klar, die Machtübernahme durch ein Rechtskartell oder durch Faschisten in Deutschland bedeutet Terror nach Innen gegen abweichende Meinungen, eine noch stärkere Militarisierung, Hochrüstung, Androhung und kriegerischen Einsatz von militärischer Gewalt.

Seit 1981 versucht das *Hamburger Forum* seine antimilitaristische Position: Atomare und konventionelle Abrüstung, keine Waffen in Kriegsgebiete und keine militärische Gewaltanwendung in Konflikten trotz zahlreicher Kriege und der Scholz'schen Zeitenwende durchzuhalten. Diese Forderungen sind mit rechtsradikaler, faschistischer Politik nicht vereinbar. Die Rechte hat allenfalls ein taktisches, kurzfristiges Interesse an der Friedensbewegung als radikaler Protestbewegung gegen das herrschende Establishment und die Ampel-Regierung. Diese wiederum braucht im Inneren Ruhe für ihren Aufrüstungs- und Kriegskurs und möchte nicht von einer ›großen‹ Friedensbewegung belästigt werden. Die Kampagne vieler Medien, die Friedensbewegung zu spalten und in die rechte Ecke zu drängen, kommt da gerade recht. Die Folge: viele ehemalige Friedensbewegte, große Teile der Gewerkschaften und auch die Partei *Die Linke* wenden sich ab und lassen sich in ihrem Friedensengagement irritieren. Auch Teile der GEW Hamburg sehen das so und reagieren mit dem Verdrängen des *Hamburger Forums* aus ihren Tagungsräumen und bezichtigen dieses als »rechtsoffen«.
Das ist schade! Dadurch ist die Friedensbewegung kleiner geworden. Dennoch behauptet sie sich als radikale Minderheit, erst jetzt wieder mit einer bundesweiten Demo am 25.11. zu den Haushaltsberatungen in Berlin.
Mit antimilitaristischen, pazifistischen Grüßen

WILLI BARTELS,
trauriger Pensionär, Mitglied
im *Hamburger Forum* und seit
30 Jahren in der GEW

ANZEIGE



Kein Arbeits- und Gesundheitsschutz, nirgends

Der Gesamtpersonalrat (GPR) zu Untätigkeit und Verweigerungshaltung der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Der Gesamtpersonalrat (GPR) arbeitet seit Jahren intensiv an Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) und versuchte über Gespräche, Initiativverfahren und Klagen rechtskonforme Zustände herzustellen. Vielfach sind hierfür Umwege zu gehen, u. a. weil das Klagerecht nicht bei den Personalräten liegt. Daher involvierte der GPR weitere Akteure im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz: u. a. das *Amt für Arbeitsschutz* (AfA), die *Unfallkasse (UK) Nord*, das *Personalamt* (PA). So erbat der GPR zum Beispiel eine Stellungnahme der *UK Nord* zur Anzahl der notwendigen *Fachkräfte für Arbeitssicherheit* (FaSi) in der BSB, um die dortigen Verantwortlichen dazu zu bewegen, die Vorgaben einzuhalten. Auch über einen Initiativantrag versuchte der GPR hier wirksam zu sein. Derzeit läuft ein sich daraus ergebendes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Parallel setzte der GPR aber auch das *Amt für Arbeitsschutz* über die Einschätzung der *UK Nord* in Kenntnis. Während *UK Nord* und das *Amt für Arbeitsschutz* immer kompetent und verantwortungsbewusst agierten, gestaltete sich der Kontakt zum *Personalamt* schwierig: Zunächst musste der GPR dem Personalamt z. B. dessen Zuständigkeit für bestimmte den Arbeits- und Gesundheitsschutz betreffende Bereiche erst nachweisen. Hinsichtlich der durch die BSB nicht eingehaltenen 93-er Vereinbarungen erklärte das *Personalamt*, dass es diese lediglich mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbänden des öffentlichen Dienstes abschließe. Im Übrigen informiere das *Personalamt* die BSB lediglich über die einzuhaltenden Vorgaben. Der GPR versteht diese Äußerung so, dass das *Personalamt* die Einhaltung der 93er Vereinbarungen nicht überwacht.

Der GPR kritisiert weiterhin und mit zunehmender Deutlichkeit die eklatanten Mängel im Arbeits- und Gesundheitsschutz der BSB, zuletzt indem er im Dienststellengespräch mit der Behördenspitze den Tagesordnungspunkt »Flächendeckender Rechts- und Eidbruch« auf die Tagesordnung setzte sowie die Problematik ein weiteres Mal in einem Gespräch mit dem Staatsrat thematisierte. Im *Sonderinfo* vom 8. Januar 2021 schrieb der GPR mit Verweis auf die Vorgaben: »Der GPR fordert von der BSB die Einstellung weiterer FaSi und wird dies durchsetzen. Parallel fordern wir die Schulen mit mehr als 20 Beschäftigten auf, einen ASA (*Arbeitsschutzausschuss*) zu installieren, wenn dies bislang noch nicht geschehen ist.«[1]

Da die Verantwortlichen in der BSB aber jegliches Bestreben vermissen ließen, den eindeutigen Vorgaben entsprechend zu handeln, wurde der GPR in den letzten GPR-*Infos* deutlich, so z. B. hier im Dezember 2022: »Nicht nur die regelmäßigen, eindeutigen Aufforderungen des GPR, sondern auch die kurze Lektüre von Informationen z. B. der Unfallkassen hätten innerhalb von zweieinhalb Jahren dazu führen müssen, dass die BSB die gesetzlichen Grundlagen erfüllt. Stattdessen schiebt die BSB aber den Schulen die Verantwortung zu, während sie den Verantwortlichen vor Ort, die auch in Hamburg vorgeschriebenen Beratungsgremien vorenthält. Dies belegt den tatsächlichen Stellenwert des Gesundheitsschutzes in der BSB und stellt die Eignung der Verantwortlichen in der BSB infrage. Ihr Handeln bzw. ihre Untätigkeit widerspricht aus Sicht des GPR ihrem Diensteid und wird zur Gefährdung für die Gesundheit der Beschäftigten vor Ort: Wenn vielfach Gesetze nicht eingehalten werden – wo, bei allem Respekt, sind wir hier eigentlich?«[2]

Im Rahmen der *Betriebsbesichtigung mit Systembewertung* (BmSys) der *Behörde für Schule und Berufsbildung* Anfang des Jahres hat das *Amt für Arbeitsschutz* einen Ergebnisvermerk verfasst, dessen Inhalt nun in Teilen im Rahmen mehrerer schriftlicher kleiner Anfragen (ParlDok-Nummern 22/12344, 22/12354, 22/12472) bekannt wurde und der die Positionen des GPR umfassend untermauert.[3] Das *Amt für Arbeitsschutz* fand Mängel in den Bereichen Verantwortung und Aufgabenübertragung, in der Sicherstellung einer geeigneten Arbeitsschutzorganisation, der Durchführung von Unterweisungen, bei Gefährdungsbeurteilungen und im Rahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge. Mutmaßlich wurde eine Frist zur Umsetzung der Vorgaben gesetzt. Die Verantwortlichen in der BSB sind nun z. B. aufgefordert die lange vom GPR geforderten schulischen *Arbeitsschutzausschüsse* (ASA) einzuführen, mehr Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu beschäftigen und die veralteten und unvollständigen Bestimmungen zu überarbeiten.

Es ist skandalös, dass die jahrelangen Versuche des GPR, mit der BSB konstruktiv zu den durch die leitenden Beamt*innen verantworteten Missstände ins Gespräch zu kommen, beim Gegenüber nur auf Ab- und Gegenwehr stießen, anstatt zu einer proaktiven Arbeit an deren Behebung. Gerade angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels, der sehr hohen Teilzeitquote sowie erheblichen Ausfällen durch (auch längerfristig) erkrankte Kolleg*innen sollte der BSB daran gelegen sein, attraktive Arbeitsplätze zu bieten, in einer Umgebung, die der Gesunderhaltung der Beschäftigten dienlich ist. Stattdessen jedoch werden Entlastungen gestrichen, wie z. B. der Wegfall der verpflichtenden Teilnahme an Klassenreisen für Kolleg*innen ab dem 55. Lebensjahr.

Während in den vergangenen Jahren im Ländertauschverfahren die Anzahl der Lehrkräfte, die nach Hamburg kommen wollten, stets größer war als die Zahl derer, die Hamburg verlassen wollen, hat sich dieses Verhältnis nun umgekehrt. Auf die in der Pressemitteilung der BSB vom 12. April 2023 angekündigten »zusätzliche[n] Angebote zur Gesundheitsförderung« warten die Beschäftigten weiterhin vergebens. Für die ebenfalls angekündigte Erarbeitung von Maßnahmen zur Steigerung der »Attraktivität des Lehrerberufs« in Zusammenarbeit u. a. mit Personalvertretungen und Gewerkschaften gibt es trotz mehrfacher Nachfrage des GPR noch nicht einmal konkrete Terminvereinbarungen.

Die BSB wird nicht müde zu betonen, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz einen hohen Stellenwert einnimmt. Hier zeigt sich ein weiteres Mal, dass es sich um nicht mehr als eine Absichtserklärung handelt. Und das, obwohl der GPR sich immer wieder darum bemühte, Gespräche wieder aufzunehmen. Die Zuständigen in der BSB jedoch verweigerten sich und erklärten stattdessen, sich durch die eindeutigen Vorgaben nicht gebunden zu fühlen. Das fehlende Klagerecht des GPR in diesen Fällen und die Weigerung des Personalamtes, seiner Verantwortung gerecht zu werden, ermöglichten es der BSB bislang, sich weiterhin dieser Aspekte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht anzunehmen und somit tatenlos zu verharren. Der vorliegende Ergebnisvermerk des *Amts für Arbeitsschutz* zwingt die BSB nun aber, aktiv zu werden. Am 04. September 2023 hat nun auch der *Landesschulbeirat* eine Stellungnahme zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Hamburger Schulen veröffentlicht, die die inhaltliche Position des GPR weiter untermauert (siehe S. 49 in dieser *hlz*).[4]

Der GPR fordert daher erneut die schulischen Personalräte auf, entsprechend des vorliegenden Ergebnisvermerks schulische *Arbeitsschutzausschüsse* zu initialisieren und sich fortzubilden. Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zählen zu den zentralen Aufgaben von Personalräten und entsprechend ist diesen die notwendige Zeit für die Arbeit in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

Quelle: GPR SONDERINFO *Arbeits- und Gesundheitsschutz,* September-Oktober 2023.

[1] https://gpr.hamburg.de/sonderinfo-nr-7-gesundheit-unter-coronabedingungen.
[2] https://gpr.hamburg.de/gpr-info-nr-1-dezember-2022.
[3] Alle abrufbar unter https://www.buergerschaft-hh.de/parldok.
[4] https://t1p.de/lsbags.

In Systematik, Prozess und Wirksamkeit unzureichend

Eine Stellungnahme der Lehrer*innenkammer zu den Gefährdungsbeurteilungen (psychische Belastungen) an Schulen

Gesunde und sichere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für ein gesundes und motiviertes Arbeiten bis ins Renten- bzw. Pensionsalter und die Erhaltung der Arbeitskraft. Dies ist besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Fach- und Lehrkräftemangels hervorzuheben. Hierzu gehört nicht nur die Vermeidung von physischen Gefahren, wie Stolperfallen oder Stromschlägen, sondern insbesondere auch die Vermeidung von psychischen Gefährdungen, also mentalen Belastungen durch zum Beispiel nicht erholsame Pausen oder fehlende Verantwortlichkeiten.

Mit den Instrumenten der *Gefährdungsbeurteilungen* (GBU) werden diese Gefährdungen analysiert, um somit Gefahren mittels adäquater Maßnahmen grundlegend angehen zu können. Die physische wie psychische GBU ist nach Arbeitsschutzgesetz gesetzlich alle fünf Jahre verpflichtend durchzuführen. An Schule ist als fachkundige Person die Schulleitung (SL) verantwortlich dafür. Den für Schulen weitestgehend kostenfreien Prozess begleitet in der Regel das *Landesinstitut/Referat Gesundheit* (LIB 4). Während der gesamten GBU ist der Personalrat (PR) nach Personalvertretungsgesetz zu beteiligen. Bei der Maßnahmenerstellung ist er hiernach in der Mitbestimmung.

Die Lehrerkammer sieht die Systematik, den Prozess als auch die Wirksamkeit dieser gesetzlich vorgegebenen GBU für die Beschäftigten an Schulen nach Darstellung des Landesinstituts in folgenden Bereichen als unzureichend an:

In der Systematik hat die Schulleitung als verantwortliche Person fachkundig zu sein. Ihr wurde diese Verantwortlichkeit qua Amt von der Behörde übertragen. Doch wissen Schulleitungen häufig nicht konkret genug, was ihre Verantwortlichkeit bei der GBU umfasst. In der »Qualifizierung Neu im Amt« für Schulleitungsmitglieder (vom LI jährlich angeboten) ist allein ein Modul 2 »Schulmanagement – Arbeitssicherheit« enthalten, welches nur nach Beratung in einem sogenannten Portfoliogespräch besucht werden muss. Der Umfang des Moduls beträgt 90 Minuten. Da es zudem an den Schulen keinen verbindlichen *Arbeitsschutzausschuss* (ASA) und auch nur selten eine Gesundheitskoordination gibt, die den Arbeits- und Gesundheitsschutz an der Schule verstetigen und die Schulleitung beraten und unterstützen, kommt die von der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) übertragene Verantwortlichkeit der Schulleitung im Arbeits- und Gesundheitsschutz zum Unwohle der Beschäftigten an den Schulen häufig zu kurz.

Obwohl auch Schulleitungen im System als Arbeitnehmer*innen betrachtet werden müssen, sind sie selbst nicht Teil der vom LI durchgeführten GBU. Lediglich ein Feedback wird ihnen durch einen speziellen Fragebogen innerhalb der GBU ermöglicht, der den Schulen Kosten verursacht. Schulleitungen erhalten darüber hinaus allenfalls ein Coaching und Unterstützung auf Anfrage bzw. nach Bedarf.
Auch *Verwaltungskräfte* oder Beschäftigte des *Pädagogisch-Therapeutischen Personals* (PTF) fallen mit ihren besonderen Tätigkeiten aus der Systematik der LI-Gefährdungsbeurteilung, wenn ihre Anzahl zu gering ist und damit in der Befragung nicht mehr datenschutzkonform behandelt werden kann.

Das gesetzlich vorgegebene Beratungsgremium, das hinsichtlich des *Arbeits- und Gesundheitsschutzes* ASA sowohl für die Schulen als auch für das gesamte behördliche Verwaltungspersonal zuständig ist, gibt es nur übergreifend auf der Ebene der BSB. Hier ist der Gesamtpersonalrat eingebunden, obwohl er für die direkten Belange an den Schulen vor Ort nicht zuständig ist. Ein systematisches Pendent zum ASA fehlt auf schulischer Ebene. Es gibt zudem allein zwei Fachsicherheitskräfte für alle Beschäftigten der BSB Hamburg. Schulbegehungen und Beratungen vor Ort machen nur einen geringen Teil ihrer Tätigkeit aus, somit erreichen sie rein zeitlich zu wenige Schulen.
In den Prozess an den Schulen wird der Personalrat von Beginn an zwar eingebunden, er ist aber nicht in der Mitbestimmung und kann daher den Prozess nicht initiieren. Maßnahmen, die unter Begleitung des LI/LIB 4 erarbeitet werden, unterliegen dagegen der personalrätlichen Mitbestimmung. Die Schlussfolgerungen aus den übergeordneten ASA-Beratungen kommen dagegen bei den schulischen Personalräten und Schulleitungen nicht an.

Die Lehrerkammer sieht daher dringenden Bedarf hinsichtlich der Systematik:

- Um also Schulleitungen für ihre gesetzliche Aufgabe zu qualifizieren, gesund und motiviert zu halten, bedarf es u. a. einer speziellen GBU für Schulleitungstätigkeiten, die übergreifend durchgeführt wird. Insgesamt aber muss die GBU differenziert für alle Beschäftigtengruppen tätigkeitsbezogen sein, um die Gefahren auch wirklich grundlegend zu erfassen und nicht alle über einen Kamm zu scheren.
- Besonders muss die Qualifizierung von Schulleitungsmitgliedern im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz ausgebaut, verstetigt und kontrolliert verpflichtend sein.
- Gesundheitskoordinator*innen müssen an allen größeren Schulen (oder im Verbund kleinerer Schulen übergreifend) eingesetzt werden. Die BSB sollte Schulleitungen hierzu anhalten. Eine Vorlage zur Aufgabenbeschreibung sollte von der BSB unter Mitbestimmung des GPR den Schulen zur Verfügung gestellt werden.
- Arbeitsschutzausschüsse müssen an den Schulen zur Beratung und Unterstützung der für den Arbeits- und Gesundheitsschutz verantwortlichen Person (Schulleitung) eingesetzt werden, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen vor Ort zu unterstützen. Diese brauchen natürlich auch Ressourcen.
- Zudem muss auf Ebene der BSB das Steuergremium GBU nach 93er Vereinbarung zeitnah eingesetzt werden und die regelmäßige Evaluation der GBU sowie die Vorschläge für mögliche übergreifende Maßnahmen unterstützen.
- Die Anzahl der Fachsicherheitskräfte muss erhöht werden, um die Schulen vor Ort bei den Beratungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie den Durchführungen der physischen GBU zuverlässig und vermehrt zu unterstützen.
- In allen Belangen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes muss die klare Zuständigkeit, Information bzw. Beteiligung und ggf. formale Mitbestimmung der Personalräte für die Beteiligten transparent gewährleistet sein.
- Die rechtliche Verbindlichkeit der GBU muss durchgesetzt werden: Sollte eine Schulleitung nicht selbst eine GBU in die Wege leiten, ist dieses dann Aufgabe der Schulaufsicht! Auch Personalräte müssen, wie Betriebsräte, bereits bei der Initiierung und Durchführung einer GBU in der Mitbestimmung sein.
- Die Veröffentlichung und Evaluation einer GBU muss transparent und nachvollziehbar sein, eine Kontrolle oder mindestens ein Controlling z. B. durch die Schulaufsicht ist für die Verbindlichkeit notwendig.
- Über die ergriffenen Maßnahmen muss eine qualitativ und quantitativ differenzierte Übersicht erstellt werden, um allen Schulen best-practice-Beispiele zu geben und ggf. übergreifende Maßnahmen zusammen mit dem GPR zu erschließen. In der Veröffentlichung sollen genau die Kategorien dargestellt werden, die auch abgefragt worden sind, da die Zusammenfassung von Einzelkategorien zur Verfälschung führt.
- Häufig bzw. übergreifend auftretende Erkenntnisse und Gefährdungen der GBU sollen gesammelt und der BSB wie auch dem GPR und den Kammern zur Problembearbeitung übergeben werden, dieses soll die Jahresberichte ergänzen.

Im Prozess stellte sich aktuell durch die Rogatorabfrage zum Ende des Jahres 2022 heraus, dass 120 Schulen bislang noch nie eine GBU durchgeführt haben! Gleichzeitig kann das LI zudem den Anfragen dieser Schulen zur Unterstützung beim Prozess der gesetzlich vorgegebenen GBU nicht nachkommen: Es hat sich gezeigt, dass mit den aktuell vorhandenen Mitteln allein 30 Schulen pro Jahr begleitet werden können. Somit ergibt sich eine Wartezeit von bis zu zwei Jahren. Da GBU regelmäßig durchzuführen sind, wird die Erledigung der aktuellen Anfragen nicht zu einer Verkürzung der Wartezeit führen.

Im Gegenteil: Rein rechnerisch sind nach 4 Jahren (also 2026) erst in allen Schulen eine GBU durchgeführt worden. Ab 2027 könnten dann die notwendigen Wiederholungsuntersuchungen für die anderen Schulen starten. Im 5. Jahr wären schon die Wiederholungsuntersuchungen der ersten 120er Gruppe durchzuführen. Es ist also offensichtlich, dass die jetzige Kapazität nur für höchstens 150 Schulen reicht und der gesetzliche Auftrag damit nicht zu erfüllen ist.

Die Jahresberichte zeigen, dass sich die Datenlage kaum geändert hat. Mehr als die Hälfte der Kolleg*innen fühlt sich beeinträchtigt oder stark beeinträchtigt. Themenblöcke, die für die Beeinträchtigung sorgen, bleiben unverändert wie z. B. der Lärm, Verhalten der Lernenden, die Kommunikation mit der Schulleitung.

Die Lehrerkammer sieht daher dringenden Bedarf für den Prozess der GBU:

- Die Regelhaftigkeit der GBU muss durch höhere Ressourcen oder Out-Sourcing so angepasst werden, dass der gesetzliche Auftrag erfüllt werden kann.
- Die Regelhaftigkeit der GBU an Schulen muss auch durch verstetigte Rogatorabfragen gewährleistet werden.
- Es braucht eine erhöhte Zahl qualifizierter Kräfte im LI/LIB 4, welche die Arbeit vor Ort unterstützen. Die aktuell vakante Referatsleitung muss schnellstmöglich besetzt werden.
- Die Arbeitsbedingungen am LI/LIB 4 müssen so gestaltet sein, dass auch dort gesunderhaltende Arbeitsbedingungen vorherrschen, welche die Beschäftigten zu einer langandauernden Tätigkeit in der Abteilung motiviert.
- Die bundesweite Vernetzung z. B. nach NRW muss ausgebaut werden, um weitere qualitativ hochwertige Prozessmöglichkeiten der GBU an Hamburger Schulen zu ermöglichen. Die BSB muss die Nutzung solcher Alternativen bewerben und finanzieren.
- Es muss zudem aufgezeigt werden, wie unterschiedliche Arbeitsbedingungen, die schulübergreifend und strukturell als gefährdend beurteilt werden, grundlegend evaluiert werden. Die Evaluationsergebnisse müssen unter Beachtung der Mitbestimmung zu übergreifenden Maßnahmen führen, wie z. B. hinsichtlich des Leitungshandelns, koordinierter Abgabetermine, verbesserten Informationsflusses oder entlastender Strukturen für alle. Diese müssen unter Federführung der BSB, z. B. durch die Schulaufsicht, umgesetzt werden.
- Nach einem Jahr muss ein Evaluationsbogen verlässlich an die Schulleitungen und die Personalräte geschickt werden.
- Über den Sinn, die Abläufe und die Ergebnisse der GBU müssen alle Kolleg*innen informiert werden.
- Schulen, die noch keine GBU durchführen konnten, sollten bevorzugt versorgt werden.

»

Es werden Selbstoptimierung und Resilienz des Individuums in den Fokus der Hinweise gestellt – strukturelle wie technische oder organisatorische Maßnahmen werden dagegen vernachlässigt.

Hinsichtlich der *Wirksamkeit* zeigt sich am Beispiel der Rücknahme der Maßnahmen zum alternsgerechten Arbeiten mit dem Amtsleitertbrief vom August 2022 sowie den eher willkürlichen Abänderungen der *Muster-Corona-Hygienepläne* (MCH) oder angepasster Corona-Hygienepläne an Schulen in den Jahren 2020-2022, dass die BSB/SL Maßnahmen im Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht auf eine GBU gründen: So wurde z. B. das alternsgerechte Arbeiten gestrichen, ohne dass es in seiner Wechselwirkung zur Gesundheitsgefährdung untersucht worden wäre. Es wurde unseres Wissens nach auch nicht durch eine GBU die Wirksamkeit der Maßnahmen des MCH überprüft oder Abänderungen mit Ergebnissen der GBU begründet. Personalräte wurden in diese Maßnahmenvorgaben bzw. Abänderungen in keiner Weise einbezogen.

Innerhalb des Prozesses der GBU haben vom LI bereitgestellte Instrumente nicht das Individuum, sondern die systemische Seite im Blick. Trotz der systemischen Sichtweise richteten sich die Maßnahmen-Empfehlungen des LI aber in den vergangenen Jahren zumeist auf die persönliche work-life-balance. Mittlerweile steht die Kommunikation öfter im Mittelpunkt. Es werden Selbstoptimierung und Resilienz des Individuums in den Fokus der Hinweise gestellt – strukturelle wie technische oder organisatorische Maßnahmen werden dagegen nach Meinung der Lehrerkammer vernachlässigt.

Das LI nimmt nach einem Jahr Kontakt zu den Schulleitungen auf und evaluiert das Vorankommen der GBU. Diesbezügliche Schreiben an die Schulleitungen, die auch Personalräten zur Kenntnis gebracht werden müssen, waren den anwesenden Personalratsmitgliedern nicht bekannt.

Die Lehrerkammer sieht daher dringenden Bedarf in Hinsicht auf die Wirksamkeit der GBU:

- Es bedarf einer konsequenten Verfolgung des gesetzlich vorgegebenen TOP-Prinzips: Zunächst müssen technische, dann organisatorische und erst zuallerletzt personenbezogene Maßnahmen ergriffen werden.
- Es muss durch eine direkte Versendung sichergestellt werden, dass die im zeitlichen Abstand von einem Jahr zu einer GBU erfolgende Nachfrage des LI, ob Maßnahmen wirklich umgesetzt werden, bei den schulischen Personalräten ankommt.

Auch die aktuellen Empfehlungen der *Ständigen Wissenschaftlichen Kommission* (SWK) vom 27. Januar 2023 lassen befürchten, dass zukünftig weiter allein nach wirtschaftlichen Interessen statt der Fürsorgepflicht entsprechend gehandelt wird. Wenn man die neue wissenschaftliche Literatur über den Fachkräftemangel verfolgt, ist ein klarer Zusammenhang zur Personalgesundheit offensichtlich. Besonders die Veränderung von Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen ohne grundlegende GBU, fachlicher Beratung und Mitbestimmung, wie z. B. solche, die dem alternsgerechten Arbeiten dienten, sind hierbei falsch.

Die *Lehrerkammer* sieht es als unhaltbar an, dass gesetzliche Vorgaben in weiten Teilen von den Verantwortlichen in Systematik und Prozess nicht eingehalten werden und sich die Systematik sowie Prozesse im Arbeits- und Gesundheitsschutz als unzureichend bewertet werden müssen. Somit wird die mentale und körperliche Gesundheit der Beschäftigten an den Hamburger Schulen in verantwortungsloser Weise gefährdet. Darüber hinaus wird hierdurch ein drohender Fach- und Lehrkräftemangel sehenden Auges nicht behoben, sondern geradewegs forciert. Gerade wegen dieses Mangels – der, wenn auch statistisch in Hamburg noch nicht deutlich sichtbar, aber an manchen Schulen bereits deutlich spürbar ist – sind die Schulleitungen und die Behördenleitung besonders in der Verantwortung: Denn Arbeitsbelastungen und schlechte Arbeitsbedingungen machen sich nicht in den statistischen Stellen- und Arbeitszeitberechnungen bemerkbar!

Die GBU sowie alle Aspekte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes müssen gesetzeskonform angewendet und genutzt werden, um die gesundheitsschädlichen Arbeitsbelastungen der Beschäftigten an Schule zu mindern und die Tätigkeit an Schule attraktiv zu machen. Dies sollte auch im Interesse der BSB sein, um die motivierte, volle Arbeitskraft auch bei höheren Beschäftigungsanteilen und auch bis ins höhere Alter zu erhalten.

QUELLE: *Stellungnahme der Lehrer*innenkammer zu den Gefährdungsbeurteilungen (psychische Belastungen) an Schulen vom 17. Februar 2023.*

Gesundheitsschutz als Massnahme gegen Fach-Kraeftemangel

Eine Stellungnahme des Hamburger Landesschulbeirats zum unzureichenden Arbeits- und Gesundheitsschutz in Hamburger Schulen

Einleitung

Die Herausforderung durch den sich abzeichnenden Lehrkräftemangel ist in aller Munde, auch in Hamburg. Schon jetzt leidet mancherorts die Schulqualität darunter, wenn Unterrichtsausfälle zum Ärger der Schüler und Schülerinnen und der Eltern nicht mehr adäquat kompensiert werden können.

Um die Folgen des Lehrkräftemangels abzumildern, werden in Hamburg und deutschlandweit diverse Maßnahmen diskutiert und teilweise schon umgesetzt. Die *Ständige Wissenschaftliche Kommission* (SWK) der *Kultusministerkonferenz* hat eine Stellungnahme zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel veröffentlicht, die im Sinne eines als ganzheitlich betrachteten Maßnahmenbündels unter anderem auch den wichtigen Aspekt »Gesundheitsförderung stärken« enthielt. Sie zeigt die Bedeutung auf, die Arbeitsfähigkeit der Lehrkräfte im Bestand zu erhalten. Speziell zur Gesundheitsförderung nannte die SWK folgende vorbeugende Maßnahmen mittels:

- Achtsamkeitstrainings und eMental-Health-Angebote;
- Coaching- und (Gruppen-)Supervisionsangebote;
- Kompetenztrainings zur Klassen- und Gesprächsführung;
- niedrigschwelliger, gut zugänglicher Angebote;
- Sensibilisierung und Unterstützung von Schulleitungen;
- Bündelung von Angeboten an einem Ort und Optimierung des Informationsmanagements.

Einige der oben genannten Maßnahmen wurden in Hamburg bereits vom *Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung* (LI) oder von der *Unfallkasse Nord* angeboten. Am 12. April 2023 nannte die Pressemitteilung »Hamburg braucht 900 neue Lehrkräfte – und zwar jedes Jahr, Senator Rabe stellt weitere Maßnahmen zur Lehrkräftesicherung vor« unter anderem die Maßnahme Nr. 7, wonach die Schulbehörde zusätzliche Angebote zur Gesundheitsförderung plane.

Der *Landesschulbeirat* unterstützt diese dynamische Entwicklung und möchte nach § 83 Abs. 1 Satz 2 HmbSG mit einer Stellungnahme einen konstruktiven Beitrag dazu leisten.

Beschreibung der Lage und der Probleme

Bei der Diskussion um die schulische Gesundheitsförderung ist neben den freiwilligen Maßnahmen zuerst darauf zu achten, dass es verbindliche gesetzliche Vorgaben (=Mindeststandard) gibt. So steht es in der *Hamburger Verfassung*: »Die Arbeitskraft steht unter dem Schutze des Staates.« Nicht nur in den staatlichen Schulen, sondern auch in allen anderen privaten und staatlichen Betrieben und Einrichtungen gilt das deutsche Arbeitsschutzrecht, das einzuhalten ist.

Die Veröffentlichung des BSB-Gesamtpersonalrats *GPR-Info*, die Senatsantworten zu den *schriftlichen kleinen Anfragen* aus der Hamburger Bürgerschaft und die vielfältigen Erfahrungen der Schulbeschäftigten, Schüler und Schülerinnen sowie Eltern werfen jedoch berechtigte Fragen auf, ob die gesetzlichen Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz als Basics vollumfänglich berücksichtigt wurden.

Hier vier Beispiele zur Veranschaulichung der Sachlage:

1. Es gibt keine Etablierung der schulischen *Arbeitsschutzausschüsse* nach der Vorgabe nach § 11 *Arbeitssicherheitsgesetz*. Nach dem Gesetzgeber gibt es hierzu keine Ausnahmemöglichkeit für alle öffentlichen Schulen mit mehr als 20 Beschäftigten.
2. In der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) sind für ca. 30.000 Beschäftigte und ca. 250.000 Schüler*innen seit 2004 lediglich zwei *Fachkräfte für Arbeitssicherheit* (FaSi) beratend zuständig. Die gesetzlichen Erfordernisse an der fachkundigen Beratung des Arbeitgebers (u. a. nach ASiG, GefStoffV, MuSchG, DGUV Vorschrift 2, SGB VII usw.) legen eine deutlich höhere Anzahl an FaSi für die ca. 280.000 zu betreuenden Personen nahe. Zwar stellt die *Behörde für Schule und Berufsbildung* vor Kurzem in Aussicht, die Anzahl von zwei auf drei aufzustocken, aber es wird trotzdem eine Unterversorgung bleiben. Die derzeitige Kapazität reicht nämlich gerade dafür aus, dass jede Schule der BSB bzw. des *Hamburger Instituts für Berufliche Bildung* (HIBB) alle drei bis vier Jahre von einer Fachkraft für Arbeitssicherheit aufgesucht wird. Nach § 11 *Arbeitssicherheitsgesetz* muss jedoch die Fachkraft für Arbeitssicherheit vier Mal im Jahr jede Schule durch die Teilnahme an den Quartalssitzungen der schulischen Arbeitsschutzausschüsse fachkundig unterstützen.
3. Es gibt erhebliche Defizite bei der arbeitsmedizinischen Pflicht- und Angebotsvorsorge für die Schulbeschäftigten gemäß der gesetzlichen Vorgaben nach der *Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge* (ArbMedVV).
4. An 110 allgemeinbildenden Schulen wurde zum Januar 2023 noch niemals eine psychische Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz durchgeführt, obwohl schulische Lehrkräfte bekanntermaßen zu den stark vom Burnout-Syndrom betroffenen Berufsgruppen gehören. Nach einer DAK-Studie sei jede vierte Lehrkraft Burnout-gefährdet.

Notwendig wäre eine zweistufige Vorgehensweise bei der schulischen Gesundheitsförderung, deren Ausbau Herr Senator Rabe als Maßnahme Nr. 7 in Aussicht stellte. Die Stufe 1 wäre die kompromisslose Erfüllung aller gesetzlichen Vorgaben (= Pflicht). Die Stufe 2 wäre die Implementierung zusätzlicher freiwilliger und wirksamer Maßnahmen (= Kür). Auf diese Weise könnte man die Arbeitsfähigkeit der Lehrkräfte im Bestand maximal erhalten und einen direkten Beitrag zur Linderung des Lehrkräftemangels leisten. Zudem würden sicherlich einige der vielen Teilzeitkräfte unter anderen Bedingungen mehr arbeiten oder sogar zur Vollzeit wechseln. Die Erhöhung der Attraktivität der Schulen als Arbeitsplatz nach diesem 2-Stufen-Modell ist nützlich und erforderlich für eine erfolgreiche Rekrutierungskampagne.

Die Einrichtungen der *Behörde für Schule und Berufsbildung* wurden vom zuständigen *Amt für Arbeitsschutz* unregelmäßig überprüft. Eine in der Öffentlichkeit nicht bekannte Anzahl an Schulen wurde seit unbekannter Zeit wegen der festgestellten Arbeits- und Gesundheitsschutzmängel nach dem Ampelmodell in Gelb oder Rot eingestuft. Aber sie sind ein Teil der Hamburger Verwaltung, also ein Teil des öffentlichen Dienstes. Wegen dieses besonderen Status hat das *Amt für Arbeitsschutz*, anders als bei den Betrieben aus der freien Wirtschaft, noch nie ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Verantwortlichen in der *Behörde für Schule und Berufsbildung* eingeleitet, obwohl das *Amt für Arbeitsschutz* zahlreiche schwerwiegende Mängel festgestellt hat (s. Drs. 22/12344, 22/12354 und 22/12472). Dass der öffentliche Dienst und die freie Wirtschaft beim Verwaltungshandeln unterschiedlich behandelt werden, dürfte jedoch auf der allgemeinen Annahme basieren, dass sich der öffentliche Dienst schon ohne einen externen Druck von sich aus freiwillig und vorbildlich an Recht und Gesetz halten würde. Unstrittig dürfte es sein, dass alle Beschäftigten unabhängig vom Status ihrer Arbeitgeber den gleichen Anspruch auf das Schutzniveau nach dem *Arbeitsschutzgesetz* von 1996 und nach dem *Arbeitssicherheitsgesetz* von 1973, z. B. das Vorhandensein einer dokumentierten Gefährdungsbeurteilung in Schulen und das Einrichten der schulischen Arbeitsschutzausschüsse, haben müssen. Schulbeschäftigte dürften nicht wegen der Zugehörigkeit zum öffentlichen Schuldienst beim Arbeits- und Gesundheitsschutz benachteiligt werden.

Und wie sehen die Schulbeschäftigten als direkte Betroffene die Lage?

Der Arbeitsalltag von Lehrkräften hat sich besonders in den letzten zehn Jahren durch gesellschaftliche und strukturelle Anforderungen stark verändert. Schulen als wichtiger Ort der Integration der zugewanderten jungen Menschen beanspruchen regelhaft die Beschäftigten über die klassischen pädagogischen Themen hinaus. Dieser Trend ist noch voll intakt und wurde zuletzt seit Februar 2022 durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zusätzlich verstärkt. Auch die Einführung des Ganztages im allgemeinbildenden Bereich beinhaltet, für einen großen Teil der Lehrkräfte an den Schulen, die Ausweitung der Kernarbeitszeit. Unterrichtsvorbereitungen sowie Korrekturen können in der Regel, auch mangels verfügbarer Büroarbeitsplätze vor Ort, nur am späten Nachmittag oder in den Abendstunden im häuslichen Umfeld erledigt werden.

Damit Aufgaben der Inklusion und der Ganztagsbetreuung gut gelingen können, ist die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams unabdingbar. Neben den stetigen Kontakten zu den Eltern/Erziehungsberechtigten, sowie anderen in- und externen Akteuren des schulischen Unterstützungssystems, wie zum Beispiel Schulbegleiter*innen, Arbeitsassistent*innen, Therapeut*innen, Sonder- und Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen und weiteren Kolleg*innen im GBS/GTS-Bereich, sind stetige Teamabsprachen notwendig und führen zu einer Verdichtung des Arbeitsalltags sowie Zusatzaufgaben.

Ebenso belastend wirken die Erwartungshaltungen der ständigen Erreichbarkeit und der zeitnahen Rückmeldung auf Mitteilungen, z. B. per E-Mail und Messenger-Dienst. Der sehr etablierte Kontakt in dieser Form zu den Schulleitungen, dem Kollegium, den Erziehungsberechtigten, den Schüler*innen und weiteren Personen (wie des *Allgemeinen Sozialen Dienstes*) im schulischen Kontext, erfordert einen zusätzlichen (wachsenden) zeitlichen Aufwand an einem wenig ergonomischen dienstlichen Endgerät, dem weitgehend keine quantitativen Erfassung bzw. Begrenzung und dementsprechende zeitliche und ausstattungstechnische Ressource obliegt. Zu Grenzüberschreitungen kommt es bisweilen auch durch die Erwartung der Bearbeitung von schulischen Anfragen und Aufgaben in Erholungs- und Krankheitszeiten.

Entlastungen werden überwiegend auf der individuellen Ebene u. a. am *Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung* (LI) angeboten. Diese Maßnahmen, wie Achtsamkeitstraining oder auch Stressregulation, verlieren an Wirksamkeit, wenn die Anwendungen unter den Gesichtspunkten der alltägliche Arbeitsverdichtung und der Entgrenzung der Arbeitszeit gar nicht zum Tragen kommen. Außerdem handelt es sich hier methodisch gesehen nur um die nachrangige Verhaltensprävention, nicht aber um die eigentlich zu priorisierende Verhältnisprävention im Sinne des gültigen deutschen und europäischen Arbeitsschutzrechts.

Der Blickwinkel und das Angebot von Entlastungen auf der strukturellen Ebene des Schulalltages innerhalb der Auswertungen nach den Gefährdungsbeurteilungen an Schulen, ist (zu) wenig ausgeprägt. Maßnahmen wie die Etablierung von Ruheräumen, die u. a. in Freistunden genutzt werden können, sind fraglich, wenn das eigentliche Pensum der Arbeit in der Schulzeit kaum zu bewältigen ist, weil Beratungsgespräche mit Schüler*innen, Vertretungseinsätze, Prüfungseinbindungen, Abstimmungen mit Kolleg*innen oder auch zusätzliche Konferenzen, wie zum Beispiel zu Ordnungsmaßnahmen, jedes freie ›Zeitfenster‹ unmittelbar füllen.

Die Verschiebung des Einstiegsalters in die Pension sowie Rente von 65 auf 67 ist für ältere Kolleg*innen eine neue, unter gesundheitlichen Aspekten, große Herausforderung. Niemand würde abstreiten, dass die Bewältigung des Arbeitspensums mit z. B. 45 Jahren auf einem anderen Level geleistet wird, als ab dem 60. Lebensjahr. Die in Hamburg schon zu Zeiten der alten Regelung gewährte Entlastung von zwei WAZ (Wochenarbeitszeitstunden) ab dem 61. Lebensjahr sollte im Rahmen der verlängerten Lebensarbeitszeit, wie auch schon in anderen Bundesländern praktiziert, frühzeitiger, z. B. ab dem 55. Lebensjahr, beginnen und bis zum Ende mit 67 Jahren mit einer höheren Staffelung ausgestattet werden.
Vorhandene Maßnahmen wie das *Betriebliche Eingliederungsmanagement* (BEM) werden in der Regel im Rahmen der Wiedereingliederung in das System nach längerer Erkrankung eingesetzt, aber zu wenig an den Bedürfnissen der Einzugliedernden und selten als präventive Maßnahme zur Vorbeugung genutzt.

Und wie sehen die Eltern sowie die Schüler und Schülerinnen als indirekte Betroffene die Lage?
Viele Eltern sowie Schüler und Schülerinnen sind besorgt über die Entwicklung, dass der sehr hohe Krankenstand und der absehbare Lehrkräftemangel die Schulbildung zu gefährden drohen. Es ist offensichtlich, dass der Arbeitsplatz in Schulen nicht immer die geeigneten Bedingungen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Lehrkräfte bietet. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts, sondern auch auf die Motivation und das Engagement der Lehrkräfte.

Viele Eltern haben in ihren eigenen Berufen gute Erfahrungen mit dem Arbeitsschutz und der Gesundheitsförderung in anderen Branchen gemacht. In vielen Unternehmen gibt es klare Richtlinien und Maßnahmen, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten zu fördern. Dies umfasst regelmäßige Gesundheitschecks, ergonomische Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten und Programme zur Stressbewältigung. Dort, wo es arbeitsschutzrechtlich in Eigenverantwortung nicht korrekt abläuft, greift das Amt für Arbeitsschutz als staatliche Überwachungsbehörde konsequent mit Verwaltungshandeln wie Anordnungen mit verbindlichen Fristen, Buß- und Zwangsgeldverfahren usw. ein. Diese betriebsinternen und -externen Maßnahmen haben sich als effektiv erwiesen, um die Arbeitszufriedenheit und die Produktivität der Beschäftigten zu steigern. Warum sollte man also nicht ähnliche Ansätze auch in staatlichen Schulen anwenden? Schulbeschäftigte sind genauso wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine gesunde und motivierende Arbeitsumgebung angewiesen, um ihr Bestes geben zu können.

Ein gesunder Arbeitsplatz in Schulen würde nicht nur den Lehrkräften zugutekommen, sondern auch den Schüler*innen. Wenn Lehrkräfte weniger krankheitsbedingte Ausfälle haben und sich wohler fühlen, können sie sich besser auf den Unterricht konzentrieren und eine positive Lernumgebung schaffen. Dies wiederum hat einen direkten Einfluss auf die Bildungsqualität und die Entwicklung der Schüler*innen.
Es ist wichtig, dass die Vorgesetzten in Schulen und Bildungseinrichtungen den Arbeits- und Gesundheitsschutz ernst nehmen, dass sie sich selbst schulen lassen und dass sie zusammen mit den Mitarbeitervertretungen entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dies beinhaltet u.a. die Balance zwischen den zu erledigenden Aufgaben und der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit, die Bereitstellung ergonomischer Arbeitsplätze, die Ermöglichung und Förderung von Bewegung und Entspannung, die Sensibilisierung für die physische und psychische Gesundheit sowie die Unterstützung bei der Vermeidung und Bewältigung von Stress.

Die Eltern möchten, dass die Kinder in einer sicheren und gesunden Umgebung lernen können. Die Entscheidungsträger*innen in der Hamburger Schulbehörde haben den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu priorisieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Lehrkräfte zu fördern. Denn nur so wird man sicherstellen, dass die Kinder, die Leistungsträger*innen in unserer Gesellschaft von morgen, die bestmögliche Bildung erhalten und dass ihre Zukunftschancen nicht gefährdet werden. Insofern hat der schulische Arbeits- und Gesundheitsschutz auch eine gesellschaftspolitische Dimension außerhalb der Schulen.

Vorschläge
Der *Landesschulbeirat* anerkennt die in Hamburg bereits vorhandenen Angebote zur Erhaltung der physischen und psychischen Gesundheit der Schulbeschäftigten sowie das in Aussicht gestellte Konzept zur Abmilderung der Folgen durch den sich abzeichnenden Lehrkräftemangel.

Er schlägt der *Behörde für Schule und Berufsbildung* nach § 83 Abs. 1 Satz 2 HmbSG vor,
● das Konzept gegen den Lehrkräftemangel ganzheitlich weiterzuentwickeln. Der bisher in diesem Konzept wenig berücksichtigte arbeitsschutzrechtliche Aspekt des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sollte in Zukunft neben den anderen Bausteinen eine integrale Komponente werden.
● den gesetzlichen Standard des staatlichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu gewährleisten und die hierfür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Vorrangig muss die Anzahl der Fachkräfte für Arbeitssicherheit stärker erhöht werden, damit die noch zu implementierenden schulischen Arbeitsschutzausschüsse etabliert und flächendeckend fachkundig begleitet werden können. Das gilt auch für die Beauftragung vom Arbeitsmedizinischen Dienst (AMD) für die betriebsärztliche Betreuung.
● zu prüfen, wie der schulische Arbeits- und Gesundheitsschutz im BSB-internen Controlling laufend abgebildet wird, um eine zeitnahe Gegensteuerung zu ermöglichen, weil die Organisationsverantwortung für den schulischen Arbeits- und Gesundheitsschutz trotz der Delegierung letztendlich bei der BSB verbleibt. Beispielsweise könnte die Schulinspektion regelmäßig von den Schulen die Auskunft einholen, ob die gesetzlich vorgeschriebene, physische und psychische Gefährdungsbeurteilung in den Schulen erstellt und fortlaufend aktualisiert wird, und bei Bedarf die fristgerechte Erledigung anweisen.
● Maßnahmen der Gesundheitsvorsorgen im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements stark zu stellen.
● Eine Staffelung der Entlastungszeiten für Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr zu prüfen.

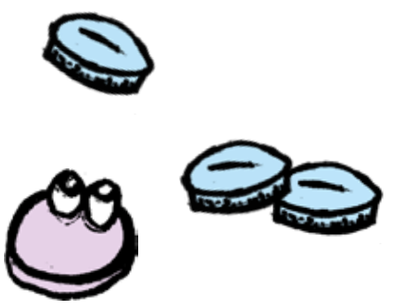
Er würde ferner sehr begrüßen, wenn die *Behörde für Schule und Berufsbildung*
● die Ergebnisse aller bisherigen sowie künftigen Überprüfungen durch das Amt für Arbeitsschutz transparent für die gesamten Schulgemeinschaften machen würde und die in Gelb und Rot eingestuften Bildungseinrichtungen, ähnlich wie bei der bewährten Mittelzuweisung unter Berücksichtigung vom Sozialindex der Schulen, mit den zusätzlichen erforderlichen Ressourcen ausstatten würde, damit sie wie ein Betrieb in der freien Wirtschaft die Arbeits- und Gesundheitsschutzmängel innerhalb der vom Amt für Arbeitsschutz festgelegten Fristen vollständig beseitigen würden.
● dafür sorgen würde, Arbeitsschutzaufgaben nur dann an diejenigen Schulleitungen zu delegieren, wenn sie nachweislich über entsprechende Fachkenntnisse und Ressourcen verfügen und wenn eine Überforderung bzw. eine Überlastung der Schulleitungen sicher ausgeschlossen werden kann.
● auf einer Sitzung des Landesschulbeirats im Schuljahr 2023/2024 über den Umsetzungsstand des gesetzlichen und des freiwilligen Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Schulen und Bildungseinrichtungen berichten würde.

Der Landeschulbeirat bittet um eine schriftliche Stellungnahme/Beantwortung der Behörde zu den genannten Vorschlägen und Empfehlungen in einem angemessenen Zeitrahmen von 2 bis 3 Monaten.

LANDESSCHULBEIRAT HAMBURG

Diese Stellungnahme wurde am 4. September 2023 (einstimmig, mit einer Enthaltung) verabschiedet.

Quelle: Stellungnahme vom Hamburger Landesschulbeirat nach § 83 Abs. 1 Satz 2 HmbSG zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Hamburger Schulen im Hinblick auf den Lehrkräftemangel, https://www.hamburg.de/contentblob/17352176/787861db81e1aa3fb39b4cff4975f1bd/data/stellungnahme-arbeits-und-gesundheitsschutz.pdf.



Wozu Gesundheitsschutz, wenn sich eine Pandemie auch aussitzen laesst...

Der GPR zeigt am Beispiel des Umgangs der BSB mit der COVID-19-Pandemie auf den Zusammenhang von fahrlässigem Nicht-Handeln und gesundheitsgefährdendem Rechtsbruch – und damit auch, warum es an den Schulen Arbeitsschutzausschüsse braucht.

Wiederholt hat der *Gesamtpersonalrat* (GPR) gegenüber der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) und in seinen *GPR-Infos* auf die rechtswidrigen Zustände im Gesundheitsschutz an den Schulen hingewiesen. Der GPR hat gemahnt, gewarnt und geklagt sowie vom Initiativrecht Gebrauch gemacht. Dennoch sind die Zustände noch immer rechtswidrig und stellen eine Gesundheitsgefährdung für hunderttausende Hamburger*innen dar, wie während der Pandemie leicht zu erkennen war: Die BSB setzte mit ihrem *Muster-Corona-Hygieneplan* (MCH) den Rahmen für die Ausgestaltung der Coronaschutzmaßnahmen an den Schulen. Auf deutlichen Druck des GPR legte sich die BSB-Spitze Ende 2022 in einem Schreiben an den GPR endlich fest: Bei dem MCH handele es sich lediglich um eine Art Arbeitshilfe für die Schulen. Diese müssen vor Ort eine coronabezogene Gefährdungsbeurteilung durchführen und einen schulischen Hygieneplan erstellen: »Alle Schulen müssen im Rahmen der Erstellung bzw. Anpassung ihres schulischen Hygieneplans eine jeweils schulspezifische Gefährdungsbeurteilung für die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und aller Beschäftigten in den Schulen durchführen.«

Hierfür fehlte es den Schulen jedoch an den vorgeschriebenen Strukturen. Nach dem *Arbeitssicherheitsgesetz* (ASiG) und der entsprechenden Richtlinie für die Hamburger Verwaltung aus dem Jahr 1978 muss es aus Sicht des GPR *Arbeitsschutzausschüsse* an Schulen geben, in denen eine Beratung auch durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit und den arbeitsmedizinischen Dienst erfolgt. Die BSB enthält den Schulen diese Gremien vor. Die zwei Fachkräfte für Arbeitssicherheit der BSB entsprechen nur einem Bruchteil der durch ASiG und *Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung* (DGUV) Vorschrift 2 vorgegebenen Abdeckung.

Parallel ist der MCH nicht auf Basis einer Gefährdungsbeurteilung entstanden. Vielmehr entstand er »in Besprechungen der Behördenleitung mit den Amtsleitungen sowie den zuständigen Abteilungsleitungen [...], die in einem Rhythmus von ein bis zweimal pro Woche stattfanden und sich sehr detailliert mit der Datengrundlage und den im MCH zu treffenden Vorgaben beschäftigten. [...] Soweit der Rechtsrahmen Spielräume zuließ, waren Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher, insbesondere epidemiologischer Erkenntnisse zu treffen. Zu diesem Zweck wurden die allgemeinen Entwicklungen anhand der Äußerungen von RKI und STIKO beobachtet. Regelmäßige Rogatorabfragen liefer(te)n weitere Erkenntnisse zur Lage speziell an Hamburger Schulen. Auch sonst bestand ein reger Austausch mit der Sozialbehörde (Amt für Gesundheit) sowie den übrigen Senatsbehörden.«

»Die Schulen sind sicher«, »eigentlich müsste man die Freizeit schließen, nicht die Schulen« und mit Bezug aufs Robert-Koch-Institut (RKI): »kein Bundesland richtet sich nach dieser sehr seltsamen Empfehlung« sind Aussagen des Senators, die noch immer in Erinnerung sind. So passt es auch ins Bild, dass die Vorgaben des RKI, aber auch der *Coronaschutzverordnung* seitens der BSB eben vielfach nicht eingehalten wurden. Immer wieder hat der GPR kritisiert, dass der Schutz von Schwangeren oder Beschäftigten in Corona-Test-Situationen nicht den Vorgaben entsprach. Erst Klagen und Initiativverfahren des GPR führten zu Verbesserungen.

Die Behördenspitze verzichtete für den *Muster-Corona-Hygieneplan* auf die vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung und verfasste lediglich eine politische Meinungsbekundung. Dieser Etikettenschwindel – verbunden mit den rechtswidrigen Zuständen an Schulen – setzte zehntausende Beschäftigte einem Risiko aus, das größer war, als es unter Beachtung der Vorgaben gewesen wäre. Während der Coronapandemie war nach Auffassung der BSB das Tragen von FFP2-Masken in Schulen freiwillig. Sogar in Situationen, in denen Kolleg*innen Freitestungen von sich wegen positiver Haushaltskontakte in Quarantäne befindenden Schüler*innen vorzunehmen hatten, wurde keine Schutzausrüstung entsprechend der Arbeitsschutzverordnung vorgesehen. Der GPR kritisierte dies deutlich und stellte einen entsprechenden Initiativantrag, weil eine Reaktion der BSB ausblieb. Da die BSB nach ihrem Zwischenbescheid nicht mehr reagierte, rief der GPR direkt die Einigungsstelle an. Das *Personalamt* (PA) vertrat ohne diese Rechtsauffassung zu begründen die These, dass zunächst die Schlichtungsstelle anzurufen sei. Der GPR folgte trotz aus seiner Sicht anderslautender Vorgaben des *Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes* (HmbPersVG) dem Wunsch des PA und rief die Schlichtungsstelle an, um im Sinne der Beschäftigten zu einer Lösung zu kommen. Die BSB ließ alle Fristen kommentarlos verstreichen, sodass der GPR erneut die Einigungsstelle anrief. Diese tagte am 23. Januar 2023, fast ein Jahr nach dem Einreichen des Initiativantrages im Februar 2022! Aufgrund der nicht mehr dem Initiativantrag entsprechenden Coronasituation war der Antrag obsolet geworden. Anstatt den Kolleg*innen die vorgeschriebene Schutzausrüstung zu stellen, rettete die BSB sich – potenziell auf Kosten der Gesundheit, sicher jedoch auf Kosten des Vertrauens der Beschäftigten – untätig über die Zeit!

»
Während der Coronapandemie war nach Auffassung der BSB das Tragen von FFP2-Masken in Schulen freiwillig. Sogar in Situationen, in denen Kolleg*innen Freitestungen von sich wegen positiver Haushaltskontakte in Quarantäne befindenden Schüler*innen vorzunehmen hatten, wurde keine Schutzausrüstung entsprechend der Arbeitsschutzverordnung vorgesehen.

Der GPR fordert: Die BSB muss endlich rechtskonforme Zustände herstellen. Und: Senator und Staatsrat müssen endlich mit dem GPR in direkte und nachhaltige Gespräche zum Gesundheitsschutz eintreten. Es geht, wie der GPR in mehreren Schreiben deutlich machte, um die Einhaltung der Vorgaben, das Vertrauen in den Rechtsstaat und nicht zuletzt schlicht um die Gesundheit von Hunderttausenden.

QUELLE: GPR-INFO 2/Juli 2023, S. 7-8.

Kleine Geraete – grosse Gefahren

Wie steht es um den Arbeits- und Gesundheitsschutz bei Tablets an Schulen?

Wie lange kannst du an einem Tablet arbeiten – also nicht daddeln oder für den nächsten Urlaub recherchieren, sondern wirklich arbeiten – ohne müde Augen, krampfende Hände und, je nach Arbeitsort, einen schmerzenden Rücken zu bekommen? Findest du dich in den Tabellenwüsten bei der Eingabe der Zeugnisnoten auf dem kleinen Bildschirm zurecht, und findest du mit den Fingern auf dem Touchscreen immer die passende Eingabestelle? Hast du eine zusätzliche Tastatur oder einen digitalen Stift von der Schule zur Verfügung gestellt bekommen? Gibt dir die Schule denn die Möglichkeit, an einem ergonomisch ausgestattet Arbeitsplatz auch mal länger zu arbeiten? – Ich staune, was an den Schulen los ist!

»
Bin ich es, die Abhilfe schaffen muss? Liegt es in meiner Verantwortung? Hat nicht meine Schulleitung für einen datensicheren Arbeitsplatz bzw. eine Arbeitsumgebung zu sorgen, welche auch die Vorgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erfüllt?

Alle Lehrkräfte an den Hamburger Schulen können seit 2021 ein digitales Endgerät, in der Regel ein Tablet, als Dienstgerät zur Verfügung gestellt bekommen. Die Nutzung ist freiwillig und in vielerlei Hinsicht sinnvoll. Ich selbst habe bislang meine dienstliche Kommunikation und die sensiblen Daten meiner Schüler*innen sowie aller Schulbelange über meinen privaten Rechner laufen lassen und somit bestimmt – wie man sagt – meist mit einem Bein schon im Knast gestanden. Keine verantwortliche Person informierte mich, worauf ich datenschutzrechtlich besonders zu achten hätte.

Nun habe ich also die Möglichkeit, ein digitales Endgerät zu bekommen. Datenschutz gesichert? Mein Gerät ist mobil, schick, klein – ein Tablet. Zubehör, wie ein Pencil, externe Tastatur oder Maus, muss ich mir selbst zulegen. Für eine Schnell-mal-eben-Aktion gar kein Problem. Aber mittlerweile erstelle ich meine Arbeitsblätter für den Unterricht digital. Und die schulischen Verwaltungsvorgänge kann ich nur noch digital leisten, denn die Informationen, Materialien oder Formulare liegen bei *Moodle* – oder war es Eduport, DIVIS, …?

Bei einer Video-Konferenz platzt der kleine Bildschirm geradezu und mir die Hutschnur: Eine Übersicht ist nicht möglich, ich kann den Chat nicht parallel zum präsentierten Text verfolgen – den Text zudem überhaupt nicht lesen… puh! Nach einiger Zeit schmerzen mir die Augen, der eigentlich bequeme Stuhl stellt sich als Hölle meines Rückens heraus und meine Nerven liegen blank.[1] Danach muss ich noch ein Formular für die Schule ausfüllen und meinen Unterricht vorbereiten…

Die Nutzung ist freiwillig – ich muss nicht auf diesem kleinen Bildschirm mit meinen dicken Fingern die richtigen Felder für's Ausfüllen finden. Ich kann das auch an meinem privaten großen Rechner am heimischen relativ ergonomischen Arbeitsplatz machen – und somit wieder mit einem Bein im Knast stehen. Ein Dilemma! Und die Dienststelle ist aus dem Schneider?!

Bin ich es, die Abhilfe schaffen muss? Liegt es in meiner Verantwortung? Hat nicht meine Schulleitung für einen datensicheren Arbeitsplatz bzw. eine Arbeitsumgebung zu sorgen, welche auch die Vorgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes erfüllt?

In der Prozessvereinbarung zu den digitalen Endgeräten lese ich, dass folgende Punkte bereits parallel zum Bestellprozess der Geräte einvernehmlich und konstruktiv bis Ende 2021 zwischen *Gesamtpersonalrat* und *Behörde für Schule und Berufsbildung* verhandelt und in einer Dienstvereinbarung festgehalten werden sollten:

»a) Klärung und Bestimmung, welche Tätigkeiten von Lehrkräften und Beschäftigten im Unterricht in welchem Umfang verbindlich unter Nutzung der IT-Endgeräte für Lehrkräfte digital durchzuführen sind.
b) Auf der Basis der Klärung und Bestimmung zu a) soll eine Bewertung zur Gefährdungsbeurteilung zur Unterstützung der zuständigen Dienststellen erfolgen. Die Gefährdungsbeurteilung ist nach den rechtlichen Bestimmungen durchzuführen und zu dokumentieren.
c) Klärung der Anforderungen an Wartung und Support für IT-Endgeräte der Beschäftigten im Unterricht auf der Basis der Ergebnisse nach a) und b)
d) Auf der Basis der Ergebnisse unter a) bis c) erfolgt eine Festlegung der Anforderungen an IT-Endgeräte als dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte und Beschäftigte im Unterricht und/oder ergänzende Ausstattungsmaßnahmen.
e) Auf der Basis von d) erfolgt die Verhandlung einer Dienstvereinbarung zu dienstlichen Endgeräten für Lehrkräfte und Beschäftigte im Unterricht.«[2]

Mensch fragt sich, warum es hier seit zwei Jahren noch kein Ergebnis gibt?
Stattdessen kommen immer neue Projekte, welche die Freiwilligkeit für mich und mittlerweile auch meine Schüler*innen schwierig werden lassen: BYOD (*Bring You Own Device*) für Schüler*innen, *Volldigitalisierte Schule*, Informatikunterricht, neue Bildungspläne mit verpflichtenden Lerninhalten im digitalen Bereich und Vorgaben für die voranschreitende digitale Verwaltung…
Vorprogrammierte Gesundheitsschäden inklusive!

MO AUGS,
Lehrkraft an einem Hamburger Gymnasium

[1] Die EU-Kommission publizierte eine Studie über die zunehmende Nutzung tragbarer IKT-Systeme im Arbeitsleben und deren gesundheitliche Implikationen: »Portable systems have been designed to be portable, and their designs therefore conflict with some usability and ergonomic criteria. If these criteria are incompatible with portability, this conflict may prove irresolvable.« – European Commission: *The increasing use of portable computing and communication devices and its impact on the health of EU workers*, 2010, S. 19. Zu den ergonomischen Risikofaktoren mobiler digitaler Arbeit vgl. ausführlich ebd., S. 70ff.

[2] https://gpr.hamburg.de/prozessvereinbarung-it-endgeraete-digitalpakt-schule-iv/ vom 24.06.2021.

Tod oder Beamtin?

Tod oder Beamtin?

Sorry, ich habe überlebt. Und noch mal sorry, ich verarbeite das mit professioneller Hilfe. Meine Freundin ist drei Monate nach der Leukämie-Therapie verstorben. Sie hat einen jungen Witwer mit jeder Menge gemeinsamer Lebensträume hinterlassen. Und eine Mitpatientin, 21 Jahre alt, mit der gleichen Leukämieart, ebenfalls mit dem geringsten Risiko für eine Krebsrückkehr: Mich.
Wir waren zum Kaffee verabredet, wenn ich ›rauskomme‹. Das klingt nach Haftanstalt, und ein Jahr stationär auf einer Onkologie, die absolut keimfrei sein muss, kommt da auch nah dran: Keine Blumen, keine Kleinkinder, Körperkontakt nur streng reglementiert, Ausgang höchstens zwischen den Chemos. Aber nun war ich draußen und erreiche meine Freundin einfach nicht. Immer ist ihr Handy aus.

Meine Eltern ordnen das sehr schnell richtig ein. Ich dagegen brauche Jahre, um zu verstehen, um den Gedanken zuzulassen, dass sie nicht mehr lebt. Währenddessen läuft meine ›Bewährung‹. Die fünf Jahre nach einer Krebserkrankung gelten als die entscheidenden. Kommt der Krebs in dieser Zeit nicht wieder, darf man hoffen, dass es auch so bleibt. Ich fange also direkt nach der Reha an, zu studieren. Um mein Leben. Niemand weiß, ob ich das nach dem Dutzend Hirnbestrahlungen neurologisch überhaupt noch kann. Meine Narben sind frisch, die Haare kurz und meine Gefühlswelt aus den Fugen. Ich will meinen Bachelorabschluss erreichen. Unbedingt. Wenn das gelungen ist, sind fast vier Jahre geschafft. Nach jeder Kontrolluntersuchung existenzielle Anspannung. Ist die Probe sauber?

Ich habe Glück, so viel mehr als Verstand. Ich rase durch mein Studium, absolviere zusätzliche Praktika, besuche mit den beiden Kommiliton*innen meiner Projektgruppe Fachtage, bewerbe mich mit ihnen auf wissenschaftliche Calls – freiwillig, obendrauf zum ohnehin dichten Modulplan. Ganz viel Leben sammeln, alles mitnehmen für den nächsten Haftantritt. Vielleicht.

Als meine Masterarbeit angemeldet ist, kommt, was kommen muss: der Burnout. Wie, wenn nach einem Starkregen die Gullideckel von den Wassermassen hochgedrückt werden, überflutet die Fontäne meiner schmerzhaften Erinnerungen, Schuldgefühle und Zukunftsängste meinen durchgeplanten Alltag. Alles steht still. Ich muss schwimmen lernen.

Ich wusste immer, es kommt der Tag, an dem ich eine Therapie machen werde. »Lass' das bloß sein, da wirst du nicht verbeamtet...«, höre ich von allen Seiten. Selbst meine Therapeutin fragt, ob ich bei diesem Berufswunsch meine Therapie nicht lieber privat bezahlen möchte. Nein, möchte ich nicht. Denn ich habe mit der GEW-Rechtsberatung gesprochen und herausgefunden, dass Psychotherapie nur dann eine Gefährdung für die Verbeamtung darstellt, wenn sie Ursachen behandelt, die der Beruf triggert, z. B. Stress. Meine Anpassungsstörung geht jedoch auf ein zurückliegendes Erlebnis zurück, was sich hoffentlich nicht wiederholt.

Zwei Jahre später wird es dann spannend, als ich den Selbstauskunftsbogen für den *Personalärztlichen Dienst* (PäD) ausfüllen muss. Auch jetzt wird mir nicht selten hinter vorgehaltener Hand geraten, meine Leukämie zu verschweigen, sie ist ja inzwischen länger als fünf Jahre her. Aber, sorry not sorry, mein Überleben hat so viel Kraft gekostet, darauf bin ich viel zu stolz, um das nicht allen Ärzt*innen ins Gesicht zu blöken, die mir über den Weg laufen. Und erst recht denen, die mich deshalb als untauglich fürs Lehramt erklären wollen. Mich seelisch und körperlich ins Leben zurückzukämpfen, ist die Leistung zahlreicher medizinischer Fachkräfte, meiner Angehörigen und nicht zuletzt meine eigene. Wer mich beruflich benachteiligen will, weil ich mich umfassend um meine Gesundheit kümmere, darf mir das gerne vor Gericht erklären! Hab ich gesagt. Und kleinlaut gehofft, dass meine Information aus der GEW-Rechtsberatung richtig ist und die Leukämie samt ihrer Folgen nicht erneut zu meinem Problem wird.

An meiner Schule sind wir vier sogenannte ›Anwärter*innen‹. Früher wurden alle beim PäD vor Ort untersucht, 2017 sind es nur noch diejenigen, die aufregende Angaben im Anamnesebogen gemacht haben. Ich habe meinen Platz also sicher und erwartungsgemäß muss sonst niemand hin, den ich kenne.

Während die drei Kolleg*innen ihre Urkunden bekommen, sitze ich in einem Untersuchungszimmer einer Frau Anfang 50 in weiß gegenüber. Sie sucht im Computer nach meinem Datenblatt.
»Sie hatten also Leukämie?«
»Ja, ALL.«
»AML?«
»Nein, ALL, Akute Lymphatische Leukämie, die Kinderleukämie.«
»Aha. Und wie hat sich das geäußert?«
– Fragt mich diese Amtsärztin gerade ernsthaft zu der Erkrankung aus, wegen der sie mich her zitiert hat? Ist es nicht qua Amt ihr Job, genau diese Fragen zu klären? Und wie kann sie bitte die Leukämiearten verwechseln? AML ist deutlich schwieriger zu heilen...
»Ja, dann stehen Sie bitte mal auf.«
Ich darf nun auf einem Bein hüpfen, im Stehen mit durchgestreckten Beinen meine Zehenspitzen berühren und natürlich auf die Waage. Nur Hauptgewinne in der Krebslotterie!
»Ja, also insgesamt sind Ihre Beweglichkeit und Koordinationsfähigkeit in Ordnung, aber Sie sind adipös.«
Ich würde mich totlachen, wenn meine Behandlung nicht so teuer gewesen wäre. Danke für gar nichts.

Zwei quälende Wochen später kommt endlich mein Tauglichkeitsentscheid: Ich bin ›unter Vorbehalt‹ in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen. Sechs Monate vor Ablauf der Probezeit muss ich mich erneut beim PäD melden. Keine Begründung, keine Kriterien, nur Angst und Wut, die in mir hochkochen! Hoffen die etwa, dass sich das Problem in zwei Jahren durch den Kollegen mit der Sense von selbst erledigt hat? Warum schon wieder ein Vorbehalt, nach all den Jahren existenzieller Angst um mein Leben? Darf ich nicht endlich mal ankommen, in der Sicherheit des Berufes, für den ich mir in sechs Jahren Studium und eineinhalb Jahren Referendariat den Arsch aufgerissen habe? Muss ich noch länger auf einem Bein herumhüpfen oder Purzelbäume schlagen, sagen Sie es mir, ich mach's, denn ich bin verdammt nochmal noch mal nicht so weit gekommen, um mir jetzt anhören zu müssen, dass ich nicht gesund genug bin!

Ich kann diese Willkür bei gleichzeitiger Ahnungslosigkeit kaum fassen. Aber ich tue, was ich am schlechtesten kann, ich halte still. Das habe ich im Krankenhaus gelernt. Nach zweieinhalb Jahren bekomme ich Post vom PäD. Ich soll alle Operationen angeben, die seit der Untersuchung stattgefunden haben.

Es tut mir leid. Wirklich. Es gab keine. Und ich lebe noch. Als adipöse Beamtin. Gesundheit!

LIESE KÜHNEL (hlz)

Vormittags Ueberlastung, Nachmittags Meditation

Wir haben mit Annegreth Spieker über ihre oft widersprüchliche Tätigkeit als Gesundheitsbeauftragte an einer Hamburger Berufsschule gesprochen

Ich starte mit einer ketzerischen Frage: Sind Gesundheitsbeauftragte an Schulen nur ein Feigenblatt, oder sind sie ein echter Schutz für die Beschäftigten?

Annegreth Spieker: Sowohl das eine, als auch das andere, weil man in seiner Stellung ganz schnell herausfindet, dass man die systemischen Herausforderungen für die Kolleg*innen *nicht* verbessern kann, sondern eher so eine Art Trostpflaster ausgibt. Ich gebe Kolleg*innen das Gefühl, dass es legitim ist, Selbstfürsorge zu betreiben und aufeinander zu achten. Die Schulleitung, die ja die Fürsorgepflicht für uns trägt, setze ich ins Bild, welche Herausforderungen oder welche gesundheitlichen Aspekte bei uns relevant sind, zum Beispiel über die *Gefährdungsanalyse* (die bei uns aber *Gesundheitsbefragung* heißt, weil wir versuchen, das nicht gleich so negativ zu sehen).

Wir wollen einen besseren Blick darauf bekommen, was man tun *kann*, was man für sich tun *muss* und wo man aber auch sagen muss, das ist ein systemischer Aspekt. Entweder sorge ich für mich, halte das aus oder durch und finde meine eigenen Grenzen – oder ich werde verschlungen. Also Gesundheitsschutz an Schulen ist eher so etwas wie ein gut gemeintes Trostpflaster oder vielleicht auch die Brücke da hin, sich selber mehr in den Blick zu nehmen, weil der Beruf Lehrer*in heutzutage nicht mehr dem entspricht, was er vor 20 Jahren war. Wir haben *nicht* nachmittags frei, sondern müssen gucken, dass wir nachmittags am besten noch eine Meditation einbauen, damit wir den Rest des Unterrichts noch überleben können.

Wie genau ist denn deine Berufsbezeichnung?

Ich bin Gesundheitsbeauftragte, aber für mich ist Gesundheit viel mehr ist als ergonomische Möbel- und Suchtprävention. Sich selbst in den Fokus setzen, Selbstfürsorge, Achtsamkeit, Resilienz aufbauen und an bestimmten Stellen feststellen, wo eigene Grenzen sind, wo man nicht vom Job mit Haut und Haaren gefressen werden will – das sind relevante Gesundheitsaspekte. Das bedeutet auch: Spaß, Humor, schöne Dinge miteinander teilen und gute Gruppenmomente erleben. Ein guter Zusammenhalt schafft Lebensqualität und geht über Gesundheit hinaus.

Was bräuchte echter Gesundheitsschutz an Schulen aus deiner Sicht?

Die Ressource Gesundheit oder Selbstfürsorge in den Arbeitsalltag so einfließen zu lassen, dass sie ihre Wirksamkeit entfalten kann. Also so, dass wir es nicht nur zwischen Tür und Angel höchstens auf einen Toilettengang schaffen, sondern es auch möglich ist, zwischendurch eine Auszeit zum Runterkommen zu haben. Eine Pause, die wirklich eine Pause ist – denn die Pausen sind oft der stressigere Part in der Schule! Der Unterricht im Klassenraum ist oft noch der entspanntere Teil.

Dann auf jeden Fall die Haltung oder die Wertschätzung sich selbst gegenüber, was man eigentlich an einem Arbeitstag alles schafft, denn man sitzt nicht im Büro und arbeitet eine Liste ab. Wir sind den ganzen Tag Entertainer*innen, Unterstützer*innen, Seelenpartner*innen für Kolleg*innen, für Freund*innen und Schüler*innen. Diese Mannigfaltigkeit der Rollen macht es so stressig. Bestimmte Zeiten für bestimmte Rollen zu haben, würde es auf jeden Fall vereinfachen. Und die Haltung, nicht so hart mit sich selbst zu sein, sondern zu sagen: Das und das ist in meiner Arbeitszeit möglich und mehr ist es dann nicht. Es ist wichtig, sich nicht selbst in einer masochistischen Art auszubeuten.

Und vom System, also von der Behörde her, braucht es den Blick dafür, dass die Aufgaben, die so vielfältig vor uns liegen und die wir alle in so wenig Zeit pressen, definitiv nicht mehr in der aktuellen Arbeitszeitberechnung aufgefangen werden. Wenn ich mir überlege, dass ich am Tag eine Stunde nur mit den ganzen Informationskanälen zu tun habe, Aushänge, Mails, Schulmessenger, und da noch nicht eingerechnet ist, was daraus resultiert, nämlich eine Antwort zu schreiben, sich um Vorfälle zu kümmern, empathisch und unterstützend zu sein, dann ist da noch nicht ›Arbeitszeit‹ enthalten. Diese digitale Arbeitszeit, sowohl das Antworten, als auch das Lesen, findet einfach zu wenig Beachtung. Das wird ja immer mehr, z. B. bei der Erstellung und Pflege von E-Learning-Kursen. Wenn man sich bei einer vollen Stelle vorstellt, man hat elf Fachkurse und in allen soll ein E-Learning-Kurs bedient werden, in allen sollen die Schüler*innen im Schulmessenger Beachtung finden, wenn sie Anliegen haben, in allen möchte das Klassenbuch gepflegt werden, eventuell auch digital, und ich habe noch drei Mails von Schüler*innen, die die Klausur nicht mitgeschrieben haben und ein Attest schicken, dann bin ich alleine mit *einem* Fachkurs schon so viel beschäftigt, dass das bei einer vollen Stelle nur noch einem Feuer-Austreten gleicht. Das muss man ganz klar sagen.

Was macht eine Erholungspause aus?

Eine Erholungspause ermöglicht mir, mich auf mich zu besinnen, also nicht mit Anliegen belagert zu werden, sondern mich reizarm erholen zu können, z. B. durch eine Meditation oder in der Natur.

Wenn du drei Wünsche frei hättest, was bräuchte jede Dienststelle für den Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten?

Eine Möglichkeit, sanktionsfrei Kritik loszuwerden, einen Raum, in dem man wirklich zur Ruhe kommen kann und auf jeden Fall eine neue Berechnung der Arbeitszeiten. Damit man die Zeit, die man für gute Arbeit mit Schüler*innen und Kolleg*innen hat, in Ruhe und ohne Stress konzentriert bewältigen kann.

Du hast vorhin schon mal die Fürsorgepflicht angesprochen. Ist es aus deiner Sicht unserem Dienstherrn momentan möglich, die Fürsorgepflicht für uns Beschäftigte einzuhalten?

Ich glaube, dass das sehr schwer oder kaum möglich ist, weil das Kerngeschäft ›Unterricht‹, also die Beziehungsarbeit mit Schüler*innen, gar nicht mehr im Hauptfokus der Arbeit liegt. Schule wird vielmehr als Firma gedacht, die sich nach außen präsentieren und bestimmte Ziele erreichen muss. Schule ist die ganze Zeit einem enormen Druck ausgesetzt, der von der Politik auf die Schulbehörden ausgeübt wird. Dieser Druck wird dann durchgereicht, von den Behörden an die Schulleitungen und von ihnen an Kolleg*innen.

Welche Dinge haben sich in deiner Arbeit besonders bewährt?

Besonders bewährt hat sich eine resiliente Sozialisierung, die man definitiv mitbringen muss. Man sollte seine Möglichkeiten und seine Grenzen kennen und auch sein Selbstbewusstsein feiern, denn das braucht man auf jeden Fall. Organisationsfähigkeit ist extrem wichtig – das ist das, worauf ich mich jeden Tag verlassen können muss. Dinge, die ich schon mal gemacht habe, finde ich so wieder, kann ich langfristig gebrauchen und umwandeln. Ich kann dann effizient arbeiten, denn die Vorbereitungszeit, die eigentlich veranschlagt ist oder auch die Nachbereitungszeit, die reichen im Grunde nur schwer aus, wenn man auch noch ein Wochenende haben möchte. Deswegen sollte man das, was man schon mal gemacht hat, in Ehren halten.

Und was hat dich gebremst in deiner Arbeit als Gesundheitsbeauftragte?

Die systemischen Grenzen. Es ist schön und gut, die 150 Achtsamkeits- oder Selbstbehauptungsfortbildungen zu machen, das System nimmt aber keine Rücksicht auf unsere individuelle mentale Gesundheit. Dementsprechend ist es natürlich sehr ernüchternd, wenn eigentlich allen klar ist, dass wir über das, was wir eigentlich stemmen können, hinausarbeiten und das auch so bleiben wird. Also der Ball liegt dann doch wieder im Feld jeder Einzelperson. Es ist einfach sehr enttäuschend, wenn man viel bewegen und die Leute ausstatten möchte, aber keine bessere Stundenausstattung, nicht mehr Zeit und mehr Ruhe bekommt. Stattdessen sollen wir, wenn wir schon den Achtsamkeitskurs gemacht haben, dann doch bitte auch in der Lage sein, alles abzuarbeiten, und zwar ohne Wenn und Aber.

Also Gesundheitsschutz gleich Selbstoptimierung?

Ja, genau. Der Gesundheitsschutz kann im Grunde genommen auch falsch verstanden werden. Ich

würde tatsächlich sagen, dass diese Schule hier darauf schon einen großen Fokus legt. Wir sind ehrlich miteinander, unterstützen uns mittlerweile gut gegenseitig und bestärken uns darin, auf uns zu achten. Förderlich dafür war und ist die offene und unterstützende Haltung unserer Schulleitung. Aber wenn das nicht wäre, dann könnte Gesundheitsschutz auch einfach nur als Optimierungskatalysator funktionieren, damit noch mehr in kürzerer Zeit gearbeitet werden kann.

Gibt es noch etwas, was du uns aus deiner Erfahrung als Gesundheitsbeauftragte gern mitgeben möchtest?
Ja, dass gerade dieser Selbstfürsorge- und Gesundheitsaspekt viel mehr in Unterrichtsfächern oder als Unterrichtsfach stattfinden muss. In manchen Bundesländern heißt das Fach *Glück*. Ich glaube, dass gerade Leute in sozialen Berufen einfach die Neigung dazu haben, über ihre körperlichen und seelischen Möglichkeiten hinauszuarbeiten. Sie versuchen, andere Menschen zu unterstützen und vergessen sich dabei selbst. Deswegen sollte gerade in sozialen Berufen das Fach *Selbstfürsorge* oder *Glück* mit der Leitfrage »Wie gestalte ich einen gesunden Arbeitsalltag?« unterrichtet werden. Diese Sachen müssen auf jeden Fall fest verortet sein und nicht wie bei uns in selbstorganisierten Fortbildungen für Schüler*innen.

Ich danke dir sehr für deine Zeit!

Interview: hlz (LIESE KÜHNEL)

Traumjob Schulleitung – oder Albtraum Burnout?

Für die gute Umsetzung von Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen spielen Schulleitungen eine wichtige Rolle. Dabei arbeiten sie selbst oft an der Überlastungsgrenze. Die Ergebnisse einer von der GEW veranlassten Studie zur Arbeitsbelastung von schulischen Leitungskräften sind alarmierend.

Für Beschäftigte gilt das Arbeitsschutzgesetz. Gefährdungsbeurteilungen physischer und psychischer Art sind hiernach von den Arbeitgeber*innen regelhaft durchzuführen, um Gefährdungen zu ergründen und Maßnahmen zur Beseitigung zu ergreifen. Schulleitungsmitglieder finden hierbei normalerweise keine Berücksichtigung, da ihre Tätigkeit zu speziell ist und sie innerhalb der Gefährdungsanalyse an einer Schule nicht anonymisiert erfasst werden können.

Deshalb hat der GEW-Hauptvorstand in Kooperation mit dem städtischen Landesverband Hamburg und dem Landesverband des Flächenlandes Rheinland-Pfalz – in Absprache mit den Bereichen *Schule, Berufliche Bildung und Weiterbildung* sowie *Tarif- und Beamtenpolitik* – eine Pilot-Belastungsstudie veranlasst, die von Ende März bis Ende Mai 2023 durchgeführt wurde.

Die *Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH* (FFAW) hat die Studie im Auftrag der GEW erstellt. Sie nutzte den *Copenhagen Psychosocial Questionnaire* (COPSOQ), einen breit erprobten Fragebogen zur Messung psychosozialer Faktoren am Arbeitsplatz, der anonym ausgefüllt wird. Die FFAW hat damit bereits über 1.500 Projekte mit über 600.000 Befragten absolviert. Von März bis Mai dieses Jahres beteiligten sich 796 Mitglieder von Schulleitungen. Zwei Drittel davon Frauen, ein Drittel Männer. 47,7 Prozent arbeiten an Grundschulen, 14,9 Prozent an Gymnasien und jeweils 9,6 Prozent an Beruflichen Schulen und Förderschulen. Die hohe Beteiligung an dem Fragebogen von 30 Prozent zeigt, dass das Thema Arbeitsbelastung von Schulleitungen pressiert. Die Ergebnisse lassen auch auf andere Landesverbände Rückschlüsse zu, das Verfahren kann als Pilot gesehen werden, welches auch in anderen Bundesländern Anwendung finden kann. Die beiden Vergleichsländer zeigen zudem ähnliche Ergebnisse, so dass von bundesweiter Relevanz auszugehen ist.

Die Ergebnisse sind alarmierend, vor allem für die Schulbehörde: Die Daten belegen, dass die Leitungskräfte an Schulen hochgradig belastet sind. Sie weisen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der Datenbank deutlich erhöhte Anforderungen auf, aber nur wenige kompensierende günstige Faktoren. So erklärten 83,6 Prozent der Leitungskräfte, dass sie »oft« oder »immer« mit hohem Tempo arbeiteten. 71,8 Prozent gaben an, »selten« oder »nie« Pausenzeiten einhalten zu können. Die Gesamtskala *Quantitative Anforderungen* liegt mit 74 Punkten rund 20 Punkte über dem deutschen Durchschnitt aus allen Berufen (55) bzw. über den Berufen in der öffentlichen Verwaltung (54), und zehn Punkte über dem Durchschnitt an Schulen (64). Für 86,5 Prozent ist die Arbeit »in hohem Maß« oder »in sehr hohem Maß« emotional fordernd – auch dies ist ein sehr deutlich erhöhter Wert gegenüber dem Durchschnitt aller Berufe. Bei den leitungsspezifischen Fragen gaben 80,8 Prozent an, dass »ziemlich oder sehr« zutreffe, dass die Leitungsaufgaben keinen Freiraum für eine gründliche Vor- und Nachbereitung des Unterrichts ließen. 54,1 Prozent meldeten zurück, dass sie »oft« oder »immer« körperlich erschöpft seien. 44,6 Prozent kommen »oft« oder »immer« in die Schule, obwohl sie krank sind, weitere 30,6 Prozent sagten, dass sie dies »manchmal« täten. Trotzdem antworteten 55,8 Prozent, dass sie »oft« oder »immer« von ihrer Arbeit begeistert seien.

Einerseits stark belastet, andererseits hochmotiviert – das ist eine sehr ungünstige Kombination. Deshalb kommen Burnout-Symptome bei Schulleitungen »deutlich häufiger vor« als bei anderen Berufsgruppen.

In einem ersten Schritt hat die GEW-Hamburg erste Lösungsvorschläge gegen die starke Gesundheitsgefährdung und das hohe Burnout-Risiko vorgelegt. In allererster Linie muss sich die *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) verpflichten, Schulleitungskräften regelmäßige Belastungsstudien und Präventionsmaßnahmen anzubieten, F-Zeiten für Schulleitungstätigkeiten nicht mehr aus den allgemeinen F-Zeiten finanzieren, sondern separat und zusätzlich zuzuweisen. Es braucht eine Entlastung von Unterrichtsverpflichtung für Leitungen kleinerer Systeme – durch weniger Unterrichtsverpflichtung und die Befreiung von Klassenleitungsaufgaben. Neben der Verringerung der Arbeitsbelastung für Lehrkräfte durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung braucht es eine Erhöhung der Zeitkontingente für die Anpassung des Unterrichts und der pädagogischen Arbeit an die sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen und die gestiegene Bedeutung der Schule im Rahmen der allgemeinen Erziehung junger Menschen. Gute Schule braucht gesunde und motivierte Leitungsteams!

Die Ergebnisse der Online-Befragung und weitere mögliche Lösungsvorschläge werden im Rahmen einer Online-Veranstaltung am 11. Dezember 2023, 18:30 – 20:00 Uhr vorgestellt und diskutiert. Für den Zugangslink bitte anmelden unter info@gew-hamburg.de.

SVEN QUIRING, Vorsitzender der GEW Hamburg

Fotos: Remko Leemhuis

Die Hamas hat den Traum vom Frieden ermordet

Interview mit Remko Leemhuis, Direktor des Berliner *Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations* des *American Jewish Committee*, zur aktuellen Situation in Israel nach den Massenmorden der *Hamas* vom 7. Oktober 2023.

Lieber Remko, wir sind froh, dass dieses Interview zustande gekommen ist. Der 7. Oktober wird in die Geschichtsbücher eingehen. Ich habe an jenem Morgen wie so oft, Twitter geöffnet: Videos von einem Techno-Festival, Bässe waren zu hören – dann die Schreie, die Schüsse, die Leichen, von den Tätern hochgeladen, global gesendet. Ich sah Bilder, die mich niederschmetterten, es begann das Doom-Scrolling: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dokumentiert in unzähligen schrecklichen Videoclips. Wie hast Du den 7. Oktober erlebt?

Remko Leemhuis: Na ja, ich bin morgens aufgewacht und habe auch kurz auf Twitter geschaut, was man halt an einem Samstagmorgen so macht – und habe das Bild von dem Paragleiter gesehen, der über den Grenzzaun fliegt. Ich dachte mir: »Okay, eine neue Taktik der *Hamas*, aber warum sollten ein paar Paragleiter ein Sicherheitsproblem darstellen? Die Sache wird schnell gelöst von der Armee oder Polizei!«, und habe dann für ein, zwei Stunden nicht mehr reingeschaut.

Die nächsten Bilder, die ich gesehen habe, waren aus Sderot, einer israelischen Stadt unweit des nördlichen Gazastreifens, von einer Bushaltestelle, an der Menschen auf offener Straße erschossen worden sind. Ab dem Moment war mir klar, dass da gerade etwas sehr Ungewöhnliches passiert. Dass so viele auf offener Straße ermordet werden, das hat es zwar schon in der Vergangenheit gegeben, aber nun kamen sehr schnell Nachrichten aus allen möglichen Ortschaften um den Gazastreifen herum – im Minutentakt. Dann kamen die Videos der *Hamas* heraus und es war klar, dass es ein Terroranschlag von einer bis dato nicht gekannten Dimension war. Eine unfassbare Katastrophe.

Es hat lange Zeit gebraucht, bis die Region um den Gazastreifen gesichert war, weil verstreut über dieses große Gebiet noch Kämpfer der *Hamas* unterwegs waren. Als ich jetzt in Israel war, hat man uns am Montag, also am 30. Oktober mitgeteilt, dass sie am Sonntag noch vier *Hamas*-Terroristen in einer Lagerhalle entdeckt haben! Das israelische Militär brauchte sehr lange, um die Kontrolle wiederzuerlangen. In dem von mir besuchten Kibbuz, also einer Kommune mit kollektiver Wirtschaft, lebten vor dem 7. Oktober 900 Menschen und das Militär hat dort zwei Tage gekämpft, um es von den Terroristen zu befreien!

Du warst gerade vor Ort und hast Gespräche mit unterschiedlichen Akteur*innen geführt?

Ja, wir sind mit einer Gruppe von Parlamentariern aus verschiedenen europäischen Ländern dort hingereist, um ihnen die Situation vor Ort zu zeigen. Das war sehr kurzfristig. Aus Deutschland sind zwei Mitglieder des Bundestages von den *Grünen* mitgekommen. Wir haben natürlich auch die anderen Parteien gefragt (außer die AfD natürlich), aber es war keine Sitzungswoche und viele waren daher verplant. Am Sonntag, den 29. Oktober, sind wir hingeflogen, abends gab es ein Briefing mit meiner Kollegin Abita Leibowitsch, die das Büro in Jerusalem leitet. Sie hat einen generellen Überblick der militärischen Situation im Norden gegeben, wo sie als Reservistin stationiert ist.

Wie schätzt du die Wirkung dieses 7. Oktober auf die israelische Gesellschaft ein?

In Deutschland, aber auch in vielen europäischen Ländern muss man sich klar machen, wie klein Israel ist: Die Ereignisse vom 7. Oktober betreffen wirklich *jeden* Menschen in Israel. Entweder kennt jemand jemanden, über wie viele Ecken auch immer, der verletzt oder die ermordet wurde. Beispielsweise war die Tochter meiner Kollegin aus Jerusalem mittlerweile auf zwei Beerdigungen von Schulfreund*innen. Das berührt jede*n und das ist ein Trauma. Man darf nicht unterschätzen, dass es für viele auch eine Retraumatisierung ist. Wir reden von Kindern, Enkelkindern von Überlebenden der

Shoah. Und so betrifft der 7. Oktober ein intergenerationelles Trauma, denn Israels Staatsgründung erfolgte mit dem Versprechen, dass sich Jüd*innen nie wieder verstecken, flüchten, dass sie sich vor ihren Verfolgern und Mördern nicht fürchten müssten, sondern verteidigt werden. Das Versprechen ist nun gebrochen worden – an diesem Tag. Um das Vertrauen wiederherzustellen, wird es eine lange Zeit brauchen.

Wir haben mit mit Überlebenden der Massaker gesprochen, und zwei haben wirklich gesagt: »Wir müssen weg aus Israel. Hier sind wir nicht mehr sicher. Aber: Wohin? Wer nimmt uns auf?« Wir sind am Montag in den Kibbuz Azza gefahren, der direkt am Gaza-Streifen liegt. Dieser Kibbuz wurde als einer der ersten angegriffen und am schwersten getroffen. Wir sind schon viele schreckliche Kriegsbilder gewöhnt, aber hier ist es so: Du gehst in ein Haus, es sieht aus wie ein typischer Samstagmorgen, die Milch steht noch auf dem Küchentisch, ein Kinder-Puzzle liegt daneben und auf dem Boden verstreut Kuscheltiere und ein Fußball. Die Häuser sind klein, du bist schnell von einem ins andere Zimmer gelaufen. Und dann stehst du im letzten Raum. Dem Schutzraum. Jedes Haus in Israel muss einen solchen Schutzraum haben. Und dieser Raum ist völlig verwüstet, alles voller Blut. Das sind Dinge, die schwer zu begreifen sind. Wir haben mit israelischen Soldat*innen gesprochen, auch mit Leuten, die schon andere militärische Eskalationen mitgemacht haben: Sie sagen, dass das grauenvoller gewesen sei als ihre härtesten Einsätze.

Wenn man sich die Interviews der *Hamas*-Kämpfer durchliest, die das Militär mit ihnen nach ihrer Verhaftung führte, dann schildern sie den Tag, als hätten sie einen Ausflug gemacht: Sie erzählen davon, dass sie Datteln in der Küche des Hauses gegessen, Wasser getrunken hätten, dann habe man Kindergeschrei aus dem Schutzraum gehört und so lange auf die Tür geschossen, bis Stille gewesen sei. Diese Kaltblütigkeit, die sich in diesen Interviews ausdrückt, lässt einem das Blut in den Adern gefrieren. Das sind Eindrücke, die einen auch nicht mehr loslassen.

Die *Hamas* hat direkt am Morgen Videos ihrer Gräueltaten hochgeladen, es gab stundenlang dieses Grauen zu verfolgen, die öffentlichen Reaktionen waren deutlich: Die Assoziationen mit den Massakern des *Islamischen Staates* (IS) drängten sich auf. Da wurde plötzlich die Kommunikationsstrategie verändert: Nun verlegten sich *Hamas*-Funktionäre darauf, dass sie ja nur Geiseln hätten nehmen wollen, es sei erst zu Toten gekommen, als das israelische Militär eingegriffen hätte. Dieser Zynismus ist schwer zu überbieten.

Das ist typisch für die Kommunikation der *Hamas*, beispielsweise wenn wir uns die Verlautbarungen auf Englisch oder auf Arabisch anschauen. Im Laufe der Tage, als die globale Öffentlichkeit das Grauen dieser Taten thematisierte, hat die politische Führung rasch gehandelt. Es kursierten dann mehrere Erklärungen für die Morde, stets wurde versucht, die eigenen Kämpfer reinzuwaschen und das Unglück anderen anzulasten: dem israelischen Militär, einem nachfolgenden Mob oder gemeinen Einzeltätern.

Wir wissen, dass die erste Welle die Verteidigungsanlagen, die Horchposten und die dort stationierten Truppen angriff, um dann die *Nuchba*, die Spezialeinheiten der *Hamas*, folgen zu lassen. Die *Hamas*-Kämpfer hatten genaue Pläne, wer und wie viele Leute in den Orten wohnten, sie kannten die Häuser, hatten Aufzeichnungen bei sich, die die genaue Anzahl an Zivilist*innen angab. Erst dann kamen diverse Bewohner des Gaza-Streifens nach, die z. T. selbst in den Kibbuzim gearbeitet hatten, die also wussten, wo sich Plünderungen lohnten. Das kennen wir alles von den historischen Pogromen Osteuropas, in denen Nachbarn die Jüd*innen ihres Dorfes angriffen.

Und trotzdem ist es doch verrückt, dass genau diese Gräueltaten auf vielen palästinasolidarischen Demonstrationen überhaupt nicht thematisiert werden. Es ist doch beunruhigend, wenn zwar »Free Palestine!« gefordert, aber diese Verbrechen rationalisiert oder letztlich der Besatzung in die Schuhe geschoben werden und noch nicht einmal die Freilassung der Geiseln gefordert wird.

Ja, diese breite Solidarisierung mit dem ›palästinensischen Widerstand‹ ist irritierend. Es gibt einfach eine zu lange Tradition eines naiven Antiimperialismus, der die Welt in Gut und Böse einteilt, in ›Unterdrückte‹ und ›Unterdrücker‹. Das verträgt sich auch mit neueren postkolonialen Theoriebildungen, die die Judenheit dort als ›weiße, privilegierte Siedler‹ sehen; Israel wird dann insgesamt als Musterbeispiel des ›Siedlerkolonialismus‹ behandelt. Das vereinfacht die Situation im Nahen Osten, so als ob es keine Jüd*innen im Nahen Osten vor der Gründung Israels gegeben hat und als ob der Zionismus nicht auch eine Reaktion auf den Antisemitismus Europas gewesen ist. Und das wird auch in der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen, so dass viele Israelis wirklich das Gefühl haben, sie müssen diese ganzen Horrorgeschichten, alles, was den Leuten angetan wurde, öffentlich machen, weil ihnen im Westen nicht geglaubt wird und sie sich rechtfertigen müssen, dass sie sich wehren. Das finde ich ziemlich beschämend.

Es ist ja auch bezeichnend, dass politische Stellungnahmen in der Öffentlichkeit an Gewicht gewinnen, die die *Hamas* und die israelische Regierung auf eine Stufe stellen. Und es ist kein Geheimnis, dass vor der jetzigen Einheitsregierung rechtsextreme Parteien Ministerämter besetzten, die offen eine Zwei-Staaten-Lösung negierten.

Ich kann nur für unsere Organisation sprechen, denn es gibt Parteien der Regierung, mit denen wir nicht sprechen und auch keine Kontakte unterhalten werden. Itamar Ben-Gvir, der Vorsitzende der rechtsextremen Partei *Jüdische Stärke*, und Bezalel Smotrich, der Vorsitzende der rechtsreligiösen Partei *Der religiöse Zionismus*, sind für uns keine Gesprächspartner. Es ist fraglos, dass die sogenannte Justizreform und die Polarisierung durch diese Regierungskoalition ein Problem für die israelische Gesellschaft darstellen, das haben all die Proteste in ganz Israel gezeigt. Jedoch ist das eine innerisraelische Debatte, zu der wir jetzt erst mal nichts inhaltlich beizutragen haben. Trotzdem ist es eine demokratisch gewählte Regierung, das ist schon einmal ein grundlegender Unterschied zur *Hamas*, die seit ihrem Bürgerkrieg gegen die *Fatah*, also seit 2007 überhaupt keine Anstalten macht, sich demokratisch zu legitimieren oder eine politische Pluralität im Gaza-Streifen zuzulassen.

Wenn wir noch einmal über die israelische Linke reden, finde ich es immer faszinierend, wie wenig in der Bundesrepublik darüber nachgedacht wird, warum eigentlich die einst so bestimmende Arbeiterpartei *Awoda* überhaupt nicht mehr existiert. Das unfassbar Tragische an der israelischen Geschichte ist doch, dass dieser Niedergang mit dem Scheitern des Friedensprozesses zusammenhängt, der eben nicht einfach der einen Seite in die Schuhe geschoben werden kann. Um wieder in die Gegenwart zurückzukehren: Wir sprachen auf unserer Reise mit dem stellvertretenden Leiter der Klinik in Aschkelon. Ein Linker, der Zeit seines Lebens für Ausgleich und Koexistenz gestritten hat. Er wohnte in einem dieser Kibbuzim und hatte großes Glück, dass er am 7. Oktober verreist war. Der Satz ist mir einfach so hängen geblieben, denn er sagte, dass sie nicht nur seine Freund*innen und Nachbar*innen ermordet hätten, sondern auch den Traum vom Frieden. Und bei jedem Gespräch mit den Überlebenden des 7. Oktober, die politisch überwiegend zur Linken gehören und sicherlich nicht zur Wählerbasis des *Likud*, der rechtskonservativen Partei des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, war die Idee bestimmend, dass eben nicht nur ihr familiäres Leben zerstört worden sei, sondern auch die Zwei-Staaten-Lösung selbst. Das war eine Motivation der *Hamas*, die gerade diese Kibbuzim angegriffen hat und denen es völlig egal war, ob die Person rechts oder links gewesen ist – sie wollten möglichst viele Jüd*innen ermorden. Aber sie ermordeten auch Araber*innen oder Beduinen. Ein großer Teil der Entführten sind thailändische Arbeitskräfte, die mit diesem Konflikt gar nichts zu tun haben.

Wie würdest Du das Handeln der Bundesregierung bewerten, die in mehreren Verlautbarungen betonte, dass die Sicherheit Israels zur Staatsraison gehöre? Wie ist es möglich, dass erst jetzt nach diesem Massenmord ein *Hamas*-Verbot ausgesprochen wurde? Warum hat es so lange gedauert, bis das Innenministerium das von Scholz bekräftigte Verbot umsetzte?

Na ja, Tatsache ist ja, dass die *Hamas* schon auf der EU-Terror-Liste gewesen ist. Deswegen war das nur ein symbolischer Schritt, zweifellos wichtig und man hätte es natürlich auch schon früher machen können, aber es hat jetzt keine Maßnahmen, keine Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen gegeben. Wie lange dauerte es, bis die *Hisbollah* verboten worden ist – oder selbst der IS? Das Verbot steht erst einmal auf einem Stück Papier und hat erst reale Konsequenzen, wenn Leute für diesen Terrorismus Spenden sammeln oder bei größeren Zusammenkünften dafür werben. Allerdings haben die Vorgänger von Nancy Faeser da wesentlich langsamer agiert. Sie hat seit ihrem Amtsantritt einen guten Job gemacht, weil sie nicht nur beim Islamismus, sondern auch beim Rechtsextremismus überfällige Verbote konsequent durchgesetzt hat. Denken wir an das Verbot der nazistischen *Artgemeinschaft*, das Vorgehen gegen diese Reichsbürgerschaft. Warum man im Fall der *Hamas* nicht schneller reagiert hat, warum es keine Razzien oder Ähnliches gegeben hat, das liegt vermutlich auch strukturell am Zusammenwirken unterschiedlicher Behörden und ihrer Langsamkeit.

In der gegenwärtigen Berichterstattung überwiegt die Thematisierung der Zerstörung und des Elends im Gaza-Streifen. Thematisiert wird eher nicht, wie es kommt, dass Gaza über ein unfassbar ausgefeiltes Tunnelsystem verfügt, das Millionen gekostet haben muss, aber nicht mal einen Schutzraum für die Zivilbevölkerung bereithält. Präsenter ist dagegen die Rede von Gaza als größtem >Freiluftgefängnis<. Aber wie kommen so viele Raketen – und zwar modernere Langstreckenraketen, keine dilettantischen Eigenkreationen – in ein >Gefängnis<? Und warum wird in Deutschland nicht viel mehr auf die Rolle des iranischen Regimes oder Katars eingegangen, die seit über zwei Jahrzehnten Millionen an die *Hamas* überweisen?

In der deutschen Öffentlichkeit, in den auswärtigen Beziehungen wird Ideologie als Faktor ignoriert. Das ist auch ein europäisches Problem, nicht nur ein spezifisch deutsches. Jedoch ist es in Deutschland erstaunlich, dass es nicht ernstgenommen wird, wenn eine Organisation oder ein Staat ankündigt, alle Jüd*innen zu ermorden. Die *Hamas* hat das getan, der *Islamische Djihad*, die *Hisbollah*, die Vertreter des *Mullah*-Regimes in Teheran. Wie ernst wurde das in der Bundesrepublik genommen? Stattdessen gibt es bei vielen in Berlin diese Vorstellung, dass Iran wichtig sei, um regionale Stabilität herzustellen! Das ist eine vollkommen realitätsferne Wahrnehmung, die sich auch daran zeigt, wie die sogenannten *Revolutionsgarden* mit der eigenen Bevölkerung umgegangen sind. Doch es geht nicht nur um das repressive Handeln gegenüber den eigenen Leuten – Iran ist an Instabilität interessiert. Sie haben in den syrischen Bürgerkrieg interveniert, haben die *Hisbollah* im Libanon und die *Huthis* im Jemen immer wieder aufgerüstet und waren aktiv an Massakern beteiligt, etwa an der Niederschlagung der Oktoberrevolution 2019 im Irak. Wir reden hier über einen Imperialismus, der auf politisch rechte oder reaktionäre Kräfte setzt, um Einfluss zu gewinnen und der Konflikte zu Bürgerkriegen eskalieren will. Währenddessen wird in Deutschland über *den* Nahostkonflikt gesprochen – aber welcher dieser Konflikte soll bitte diesen Titel tragen? Die Todeszahlen, gerade bezogen auf die Zivilbevölkerung bewegen sich in Syrien oder im Jemen in einer ganz anderen Größenordnung als in Israel oder den palästinensischen Autonomiegebieten. Da geht es um mehr als 500.000 Tote, um all die Hungertoten im Süden der arabischen Halbinsel – aber warum gab es da keine Demonstrationen in Europa oder in den USA? Wer hat sich für die Ermordeten von Jarmuk interessiert, jenes palästinensischen Flüchtlingslagers am Rande von Damaskus, das von der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP) im Auftrag des syrischen Regimes verwaltet wird und vom IS belagert wurde? Das Vorgehen der Kämpfenden in diesem Flüchtlingslager lässt sich überhaupt nicht mit der israelischen Armee vergleichen, da gab es keinerlei Fluchtkorridore oder Warnungen. Selbst nach der Ansprache des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon, dass Jarmuk ein »Todeslager« sei, hat dieses palästinensische Leiden im Westen kaum jemand interessiert. Wo war da die Solidarität mit den Palästinenser*innen?

Der größte propagandistische Erfolg Irans ist die Verankerung der Vorstellung in der europäischen Politik, dass es Moderate und Hardliner gäbe, Europa alles tun müsse, damit keine Hardliner an die Macht kämen. Denken wir nur an die Aushandlung des Atomabkommens. Der Kardinalfehler war,

dass sich das Abkommen ausschließlich auf das Nuklearprogramm konzentrierte. Der damalige Außenminister Steinmeier meinte damals, dass wir uns erst darauf fokussieren müssten, um *dann* über all das Andere zu sprechen. Nur wurde dann darüber eben nicht mehr gesprochen. Dabei hätte klare Bedingung solcher Verhandlungen sein müssen, dass die iranischen Militärs nicht länger in der Region intervenieren. Ohne das aktive Wirken all der unterstützten Milizen wären weniger Menschen in Syrien, im Irak, im Jemen ermordet oder vertrieben worden. Auch der Aufstieg des IS ist ohne die Aufrüstung schiitischer Milizen im Irak nicht zu erklären.

Wir können im Nahen und Mittleren Osten kaum eine emanzipatorische soziale Bewegung ausmachen, die nicht in Konflikt mit von Iran unterstützten Kräften geraten ist. Die Rolle Irans im Nahen und Mittleren Osten zu thematisieren, wäre also gerade für die Gewerkschaften zentral, allein schon im Hinblick darauf, wie dort mit Streikenden umgegangen wird. Und trotzdem gibt es in unserer Stadt das *Islamische Zentrum* (IZH) an der Alster, in dem Hamburger Schüler*innen und Bürger*innen Predigten oder Vorträge hören können, die klar antisemitisch sind. Wie ist das möglich? Wie kann ein solches Regime hier einen solchen Außenposten haben?

Tja, die Frage sollte man vielleicht an die Hamburger Lokalpolitik richten. Wir haben unsere Kampagne gegen das IZH vor drei Jahren gestartet nach der Trauerfreier für Quasem Soleimani. Das ist der Kommandeur der *Quds*-Einheiten, die eben diese ›Spezialeinsätze‹ außerhalb Irans durchführen. Aber das sind Dinge, die die Behörden dieser Stadt wissen. Wir verfügen ja über kein Geheimwissen. Es gibt wohl bei den Parteien diese Vorstellung, dass doch mit irgendjemanden geredet werden müsste und es doch besser sei, dass es sich in einem Zentrum konzentriere. Und eine solche Kampagne muss auch gut strukturiert sein, um sich klar von der AfD oder ähnlichen Kräften abzusetzen, die so etwas instrumentalisieren könnten. Doch es geht um eine Institution, deren Leiter direkt vom obersten Revolutionsführer Irans ernannt wird. Für diese Kräfte ist es also ein wichtiger Ort. Wenn nun

von der Politik davon ausgegangen wird, dass man hier einen Dialog mit diesen Leuten führen könnte, um das iranische System zu verändern, dann ist das vermessen.

Jetzt haben wir aber eine Stimmung in der Bundesrepublik, die allen Ernstes behauptet, wir hätten es mit einem importierten Antisemitismus zu tun, den wir mit mehr Abschiebungen beseitigen könnten.

Ja, das ist natürlich ein schlechter Witz. In einem Land wie Deutschland zu behaupten, dass hier alle geläutert seien und diese Ideologie aus dem Nahen Osten zu uns gekommen sei, das ist schon eine absurde These. Die Mehrheit, die auf diesen Demonstrationen waren, sind Deutsche. Die sind hier in den Kindergarten, in die Schule gegangen. Dafür tragen wir die Verantwortung, das Problem können wir nicht abschieben. Wir haben dazu Umfragen durchgeführt, in denen wir auch aus diesem Grund explizit Angehörige muslimischen Glaubens befragt haben. Bei diesen Umfragen kam heraus, dass ein gutes Drittel der Gesamtbevölkerung antisemitische Ressentiments zeigt, da ragt keine Bevölkerungsgruppe hervor. Gut, bei einem Drittel reden wir aber über kein geschlossenes Weltbild, sondern um einzelne Aussagen, denen zugestimmt wird. Auch politisch haben wir da das ganze Spektrum: Vom Rechtsextremismus, Islamismus über die ›Mitte‹ bis hinein in die Linke, in all diesen Gruppen gibt es diese Ressentiments. Der israelbezogene Antisemitismus ist dabei klar in der Mehrheit, er ist die gesellschaftlich am meisten anerkannte Form dieses Vorurteils: Es geht dann darum, dass diese Leute meinen, dass sie Israel nicht kritisieren dürften, jüdische Organisationen in den Medien eine zu große Macht hätten. Wer nur an einem beliebigen Tag mal die Tageszeitungen, Fernsehsendungen oder Blogeinträge zu Israel untersucht, wird herausfinden, dass es dieses Verbot einfach nicht gibt.

Wie kann es nun in Israel und Gaza weitergehen? Die Situation ist doch vertrackt und tragisch. Wir haben einen laufenden Militäreinsatz, den selbst eine rechte Regierung vor dem 7. Oktober unbedingt vermeiden wollte. Die letzten Auseinandersetzungen mit der *Hamas* beschränkten sich auf Luftschläge, nun müssen Soldat*innen in die Tunnel und in einem Gebiet agieren, welches schwer zu kontrollieren ist. Und es gibt eine leidende Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen, die eine höchst schwierige Situation durchlebt.

Na ja, es gibt in Israel einen großen gesellschaftlichen Konsens, dass die *Hamas* zerstört werden muss und das beständige Zündeln dieser Organisation zu lange nur eingedämmt wurde. Das israelische Militär wird das Vernichtungspotential der *Hamas* sicherlich minimieren. So lässt sich aber Ideologie nicht zerstören. Ich wünsche den Palästinenser*innen im Gazastreifen, dass das *Hamas*-Regime fällt. Jede propalästinensische Person kann den dort lebenden Menschen nur wünschen, dass sie endlich eine politische Führung erkämpfen oder bekommen, die weder so korrupt wie die *Fatah* ist, noch so selbstmörderisch wie die *Hamas*. In Deutschland gibt es einen paternalistischen Blick auf die Araber*innen im Allgemeinen: Man nimmt gerade die Stimmen nicht ernst, die für einen anderen Zustand eintreten, behandelt diese Menschen als ein Kollektiv, wie ein Kind, dass eben nicht anders könne und so trotzig gemacht worden sei, dass es eben nun zuschlage. Es passt in dieses Weltbild nicht hinein, dass sich diese Bevölkerung gegen ihre autoritären Herrscher erheben könnte. Wie viele der deutschen Demonstrant*innen wussten überhaupt, dass es in den letzten Jahren Proteste gegen die *Hamas* und die *Fatah* gegeben hat? Warum wurden die nicht mit Kundgebungen unterstützt? Um das etwas deutlicher zu sagen: Hier herrscht ein Weltbild vor, welches die Araber*innen für demokratieunfähig hält – und das ist rassistisch.

Wir reden hier auch über einen Militäreinsatz, der weltweit stark kritisiert wird. Wenn die *Hamas* zerstört werden soll, dann muss in Gebieten operiert werden, in denen es unfassbar schwer wird, sogenannte Kollateralschäden zu vermeiden. Erzeugt dies nicht neue Räume, neue Kämpfer*innen für die *Hamas*?

Nenn mir bitte eine Armee, selbst eine westliche, die in ihren Einsätzen versucht hat, in einem solchen Maß Zivilist*innen zu schützen wie die IDF. Das ist kein Zynismus, sondern das lässt sich faktisch belegen, allein wenn wir vergleichen, wie etwa die US-Armee in Falludscha oder Mosul vorgegangen ist. Doch wir reden über Krieg. Das ist eine furchtbare Tragödie für die Menschen, die dort leben. Menschen werden traumatisiert zurückkehren, Häuser, geliebte Orte werden zerstört werden. Und es muss alles versucht werden, um Zivilist*innen zu schützen. Bleiben wir bei den Fakten: Die IDF wirft Flugblätter ab, macht Warnanrufe, hackt sich in Radio- und Fernsehsendungen, um die Zivilbevölkerung aufzufordern, bestimmte Gebiete zu verlassen. Die *Hamas* hat das z. T. aktiv blockiert, sie hat selbst auf Zivilist*innen geschossen, diese Kriegsverbrechen gefilmt und behauptet, es wäre ein israelischer Luftangriff gewesen, obwohl an dem Zustand der Leichen klar ist, dass hier keine Rakete explodierte. Und doch gibt es diese Luftschläge, die zu einer unglaublichen Zerstörung führen. Nehmen wir als Beispiel den Angriff auf einen *Hamas*-Kommandeur in Jabalia, am Rande von Gaza-Stadt. Dass dort so viele Gebäude nach einem Einschlag kollabierten, hat aber damit zu tun, dass das Tunnelsystem darunter eingebrochen ist. Das sind alles Dinge, die in der Berichterstattung zu kurz kommen.

Ein wirklich wichtiger Punkt ist der Vorfall auf dem Parkplatz des Krankenhauses in Gaza, bei dem die Weltpresse – also auch so renommierte Institutionen wie die BBC oder die *New York Times* – *Hamas*-Propaganda übernommen haben, obwohl doch mittlerweile bekannt ist, dass das *Gaza Health Ministry* eben nicht wie die *Gesundheitsbehörde Hamburg* funktioniert, sondern innerhalb von Minuten Opferzahlen veröffentlicht, die einfach übertrieben sind. Dieses ›Ministerium‹ unterscheidet auch nicht zwischen Zivilist*innen und Kombattant*innen. Die israelischen Institutionen brauchten über zwei Wochen, um überhaupt die Toten des 7. Oktober zu zählen – und dieses Ministerium macht die Pressemitteilung in fünf Minuten fertig. Solche Fehlinformationen gefährden aber das Leben von Jüd*innen auf der ganzen Welt, weil sie diese schreckliche Situation zusätzlich emotionalisieren.

Was ist jetzt am Ende bei dieser vermeintlichen Bombardierung des Krankenhauses herausgekommen? Das Letzte, was ich von einem *Hamas*-Vertreter gehört habe, als er danach gefragt wurde, ob sie vielleicht Teile des Projektils dann mal zeigen könnten, war: »Nein, die haben sich aufgelöst wie Salz in Wasser«. Wie können also Zahlen solcher Institutionen einfach übernommen werden? Krieg bedeutet eben auch: Dinge lassen sich schwieriger verifizieren, wir müssen alle Quellen nutzen, aber zugleich gegenchecken, recherchieren und mit möglichst vielen Akteur*innen sprechen. Das israelische Militär wird Fehler machen, aber es wird dafür zur Verantwortung gezogen werden. Sollte es Strafverfahren gegen israelische Soldat*innen geben, dann wird eine Öffentlichkeit über die Rechtmäßigkeit des Urteils diskutieren. Den Kriegsverbrechern der *Hamas* dagegen werden Orden verliehen und ihre Familien werden üppige ›Märtyrer-Renten‹ von der *Palästinensischen Autonomiebehörde* erhalten, sollten sie sterben. Das ist einfach ein enorm wichtiger Unterschied. Das israelische Militär geht nicht in den Gaza-Streifen und vergewaltigt systematisch Frauen und Mädchen, es löscht nicht wahllos ganze Familien aus, wie es die Terroristen der *Hamas* getan haben. Wer diesen Unterschied, der sich objektiv am Kriegsgeschehen überprüfen lässt, nicht anerkennt, verlässt den antifaschistischen Konsens, für den wir streiten sollten.

Interview: hlz (SEBASTIAN SCHREULL)

Das Interview wurde am 2. November 2023 geführt. Zwei Wochen später, am 16. November, wurde das *Islamische Zentrum* (IZH) zusammen mit 31 weiteren Objekten in Hamburg als Teil einer bundesweiten Großrazzia durchsucht. Die »Zeit« des IZH sei »erkennbar abgelaufen«, kommentierte Innensenator Andy Grote die Aktion des Bundesinnenministeriums (Hamburger Abendblatt vom 16.11.2023).

REMKO LEEMHUIS studierte Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Islamismus. Er promovierte in Marburg und Berkeley über die deutsche Nahostpolitik der 1960er und 1970er. Er ist seit 2019 Direktor des Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewisch Relations. Das Institut sorgt für einen Informationsaustausch über den Atlantik, betreibt Forschung und Aufklärung über Antisemitismus in Deutschland und ist Kooperationspartner der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Das Institut ermöglicht zudem politische und diplomatische Kontakte in den Nahen und Mittleren Osten.

Die Fotos dieses Beitrags entstanden am 30. Oktober im Kibbuz Kfar Azza, in dem vor dem 7. Oktober 720 Menschen direkt am Gaza-Streifen lebten. Seit dem Pogrom ist der Ort unbewohnt. Alle Fotos stammen von Remko Leemhuis.

Solidarität mit der israelischen Bevölkerung und humanitäre Unterstützung für Gaza

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW vom 8. November 2023

Die GEW hat in ihren Schreiben an die israelischen Partnergewerkschaften *Histadrut HaMorim* und *Irgun HaMorim* nach dem 7. Oktober 2023 den Angriff der *Hamas* auf Israel mit über 1.400 Toten, einer Vielzahl an Verletzten und Verschleppten aufs Schärfste verurteilt und ihr Mitgefühl mit den Opfern zum Ausdruck gebracht. Der Terrorangriff der *Hamas* auf Israel und das Massaker an der Zivilbevölkerung sind menschenverachtend und in ihrer Grausamkeit unbeschreiblich. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel und den Kolleg*innen der israelischen Bildungsgewerkschaften. Die von der *Hamas* in den Gaza-Streifen verschleppten Geiseln, darunter zahlreiche Kinder, müssen freigelassen und zu ihren Familien zurückkehren können.

Für den Angriff auf die Zivilbevölkerung kann es keine Rechtfertigung geben – das ist Terror. Die Rolle der *Hamas*, die Israel das Existenzrecht abspricht, darf nicht ausgeblendet oder verharmlost werden. Die Leidtragenden ihres Angriffs sind die Zivilbevölkerungen in Israel und Gaza. Mit dem vorsätzlichen terroristischen Angriff auf Israel schwinden die Hoffnungen auf einen Frieden in der Region. Es droht eine Ausweitung des Konflikts durch den Iran und die von ihm unterstützte *Hisbollah* im Libanon.

Uns alle erschüttern die Bilder aus Israel und Palästina. Als GEW trauern wir um alle zivilen Opfer dieses Krieges – israelische und palästinensische. Wir sind sehr besorgt über die humanitäre Lage im Gaza-Streifen, die Opfer sind auch dort mehrheitlich Zivilist*innen, darunter viele Kinder. Das internationale Völkerrecht gibt Israel das Recht zur Selbstverteidigung, das humanitäre Völkerrecht ist dabei einzuhalten und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Für sie fordern wir sichere Fluchtkorridore und gezielte humanitäre Hilfen, die bei der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen ankommen müssen. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen, die darauf abzielen, die dringend benötigte humanitäre Versorgung sicherzustellen. Die israelische Regierung muss den Angriffen israelischer Siedler*innen im Westjordanland auf palästinensische Zivilist*innen Einhalt gebieten und die Gewalt beenden. Schulen in Israel und Palästina müssen sichere Orte sein. Bildung bleibt gerade auch in Kriegszeiten wichtig.

Die Grundlage für echten und dauerhaften Frieden darf nicht aus den Augen verloren werden. Die GEW setzt sich weiterhin für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und wird mit den israelischen und palästinensischen Bildungsgewerkschaften im Austausch bleiben.

Wir sind zutiefst besorgt, dass antisemitisches Gedankengut in Folge des Angriffes der Hamas auch in Deutschland immer weitere Verbreitung findet. Es ist nicht hinzunehmen, wenn die Massaker der *Hamas* gefeiert und zum Akt der Befreiung verklärt werden. Anschläge auf Synagogen, Davidsterne an Haustüren, bedrohte jüdische Sportvereine, antisemitische Parolen auf Demonstrationen und Konflikte in Schulen sind erschreckender Ausdruck des erstarkenden Antisemitismus in Deutschland, gegen den wir als Bildungsgewerkschafter*innen entschieden eintreten. Wir wenden uns ebenfalls dagegen, wenn Menschen mit arabischem Migrationshintergrund oder muslimischen Glaubens unter den Generalverdacht der *Hamas*-Sympathie gestellt werden. Alle Menschen haben ein Recht darauf, sich in ihren Schulen und Bildungseinrichtungen, Gebetsstätten und Gemeinden sicher zu fühlen.

Es braucht an den Schulen einen sensiblen pädagogischen Umgang mit dem Thema. Hierzu ist Zeit und zusätzliche Unterstützung für Lehrkräfte und weitere Pädagog*innen erforderlich, z. B. in Form von Beratung und kollegialer Supervision. Um Antisemitismus und Rassismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen erkennen und auf entsprechende Vorfälle reagieren zu können, braucht es Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote in allen Phasen der Lehrkräftebildung. Schulen dürfen nicht alleine gelassen werden. Die Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden. Notwendig für eine antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsarbeit sind insgesamt mehr Ressourcen für politische Bildung, Präventionsarbeit und Demokratieförderung.
Gemeinsam treten wir als Bildungsgewerkschafter*innen für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Wir werden uns weiterhin entschieden gegen jede Form des Terrorismus, Antisemitismus, Rassismus und der sexualisierten Gewalt gegen Frauen stellen.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND DER GEW

Erste-Hilfe-Paket

Pädagogische Hilfestellungen zum Thema Israel, palästinensische Autonomiegebiete:

- Pädagogische Hilfestellung der GEW mit weiterführenden Links zu Materialien für den Unterricht, antisemitismuskritischer Bildungsarbeit, Arbeitshilfen zum ›Nahostkonflikt‹: https://www.gew-hamburg.de/themen/schule/2023-10/den-terrorangriff-auf-israel-in-der-schule-thematisieren
- Anregungen für Gespräche mit Schüler*innen zur Lage in Israel des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI Hamburg): https://li.hamburg.de/fortbildung/themen-aufgabengebiete/demokratiepaedagogik-und-projektlernen/anregungen-gespraeche-lage-in-israel-692714
- Digitale pädagogische Bildungsangebote von der Bildungsstätte Anne Frank zum Terror in Israel: https://www.bs-anne-frank.de/angebote/erwachsenenbildung/terror-in-israel

Informationen und Materialien zu Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Islamismus:

- Wir empfehlen den Action Kit gegen israelbezogenen Antisemitismus der *amadeo antonio stiftung*: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/01/02AAS_actionkit_DRUCK_v2.pdf
- Weiterführende Links zu Unterrichtsmaterialien, Hintergrundinformationen und Beratungsangeboten: https://www.schule-ohne-rassismus.org/krieg-in-nahost-anregungen-fuer-schulen/
- Themenheft *Antisemitismus* von *Hamburg macht Schule* (Ausgabe 03/2022), das derzeit auch nachgedruckt wird: https://www.hamburg.de/contentblob/16490006/b72a2375f07c4c36a1ff1ea9a9573c56/data/hms-3-2022.pdf

Tipp der Redaktion: Schüler*innen des Campus Rütli aus Berlin Neukölln haben 2019 eine Reise nach Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete unternommen. Ein Resultat dieser Reise ist der frei auf der Webseite des Projekts (mehrals2seiten.de) herunterladbare Comic, der verdeutlicht, dass die Welt leider nicht in Gut und Böse einteilbar ist. Wir finden, dass er im Unterricht behandelt gehört!

»Unterschiede machen uns reich«

Zum Austausch der GEW mit Bildungsgewerkschafter*innen des autonomen Nord- und Ostsyrien über neue Wege in der Bildung

Yekîtiya Mamosteyên (YM), die Lehrkräfte-Gewerkschaft des autonomen Nord- und Ostsyrien, ist seit November 2022 Mitglied der *Bildungsinternationale*. Spätestens seit diesem Zeitpunkt intensivierten sich die offiziellen Kontakte zur GEW. Im Februar 2023 waren Nesrin Reshk, Ko-Vorsitzende der Lehrkräftegewerkschaft, und Dilber Youssef, Ko-Vorsitzende des *Bildungsrats der autonomen Selbstverwaltung* (AANES), eingeladen von der GEW auf Delegationsreise, bei der *Jahrestagung Internationales* zu Gast.

Kontakte seit 2015

Die solidarische Zusammenarbeit ehrenamtlich aktiver GEW-Mitglieder aus verschiedenen GEW-Landesverbänden mit für Bildung Verantwortlichen in Regionen Nord- und Ostsyriens besteht seit 2015. Nachdem sich diese international aktiven GEW-Mitglieder in einer überregionalen Koordinierungsgruppe zusammenschlossen und auf den bundesweiten *Jahrestagungen Internationales* über ihre Arbeit berichteten, im Februar 2022 auch mit digitaler Beteiligung von Gäst*innen des *Bildungsrats* und der Gewerkschaft aus Nord- und Ostsyrien, konnten sie weitere Interessierte für diese wichtige Solidaritätsarbeit gewinnen. Bei den bisher drei von der Koordinierungsgruppe zusammen mit einzelnen Landesverbänden organisierten Onlinetagungen findet ein fruchtbarer Austausch über Bildungsthemen wie Mehrsprachigkeit, demokratische Bewusstseinsbildung, Geschlechtergerechtigkeit und über Kooperationsmöglichkeiten statt.

Bemerkenswertes Bildungsprogramm der Autonomieverwaltung

Bildung und Erziehung sind von großer Bedeutung, wenn Ungleichheit und Gewalt künftig in der Gesellschaft und Politik vermieden werden sollen. Der Gleichberechtigung aller vertretenen Muttersprachen in der Region misst der Bildungsrat der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyrien eine fundamentale Bedeutung zu. Dem können wir in der GEW nur zustimmen: »Alle Sprachen sind gleichberechtigt!« lautet ein Beschluss des Gewerkschaftstags 2021, weil das in Deutschland noch längst keine Wirklichkeit ist.

In den ersten drei Schuljahren lernen die Kinder in Nord- und Ostsyrien in der jeweilig am stärksten vertretenen Muttersprache: Kurdisch, Arabisch oder Aramäisch. Im vierten Schuljahr kommen dann andere Sprachen ihrer Region hinzu. Dadurch wird nicht nur die Mehrsprachigkeit gefördert, sondern die Gleichstellung und Achtung aller ethnischen Bevölkerungsgruppen gestärkt.

Der Online-Austausch am 25. Mai behandelte Fragen nach den veränderten Erziehungszielen und Erziehungsmethoden bezüglich Gewaltfreiheit. Es wurden die nötigen Veränderungen der Lehrinhalte erklärt in ihrer Ausrichtung auf eine geschlechtergerechte, demokratische und ökologische gesellschaftliche Entwicklung, beides im Vergleich zur Schule des syrischen Regimes.

Wichtigste Grundlagen des neuen Denkens im Bildungswesen sind deshalb:

- Bildung ist Menschenrecht, für alle offen
- Menschen sind unterschiedlich in ihrem Äußeren, bezüglich Fähigkeiten, sozialer Situation, ethnischem und religiösem Hintergrund. Ungleichbehandlung, Vernachlässigung, Rassismus oder Polarisierung darf es nicht geben, sondern gleiche Möglichkeiten und Förderung aller.
- Entscheidungen werden mit allen gemeinsam getroffen.
- Erziehung ist an ethischen, Menschen- und Kinderrechten orientiert.
- Keine körperliche und psychische Gewalt, denn Gewalt zerstört die Psyche und verhindert die Entfaltung freier Menschen.
- Alle Kulturen, Geschlechter und die Natur sind zu respektieren und zu fördern.
- Dogmatisches Denken ist zu verhindern: nicht Auswendiglernen, sondern Verstehen, eigenes Recherchieren und Denken fordern.
- Demokratisches Denken ist zu fördern, auch durch gemeinsame Entscheidungsfindungen von Lernenden, Lehrkräften, Eltern, Verwaltung auf allen Ebenen und in allen Bereichen.
- Es braucht Möglichkeiten, Rechte einzufordern und Beschwerden vorzubringen.
- Zu fördern ist gemeinschaftliches und kommunales Denken, Handeln, Leben – eine Bildung für die Gesellschaft und das Leben in ihr.
- Die Eltern und Familien sind einzubeziehen, denn Bildung ist Teil der Gesellschaft.
- Die psychischen Belastungen der Kinder sind zu berücksichtigen mit Spiel, Theater und Kunst, statt wie vorher nur Bildung ›ohne Seele‹.

Hürden und Probleme überwinden

Mit diesen veränderten Erziehungszielen, Erziehungsmethoden und Lehrinhalten mussten zuerst einmal die Lehrkräfte, dann auch die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Eltern vertraut gemacht werden. Anfangs waren noch alle Lehrkräfte im syrischen System ausgebildet und hatten dieses selbst erfahren, Eltern und Kinder waren aufgewachsen mit gewaltsamer Disziplinierung, mit Auswendiglernen, Dogmatismus und Nationalismus. Das Umdenken ist gewollt, aber schwierig.
Mit Gründung von Akademien gibt es jetzt durchgehend verpflichtende Lehrgänge und Weiterbildungen für Lehrkräfte.

Bei Meldung von Verstößen gegen das Gewaltverbot leitet die autonome Verwaltung Kontrollen ein, zunächst mit Gesprächen und notfalls mit weiteren Maßnahmen. Die Kinder und Jugendlichen achten von sich aus darauf, dass die gewaltfreien Erziehungsmethoden und die Meinungsfreiheit umgesetzt werden. Sie nutzen die vorhandenen Hilfs- und Beschwerdemechanismen und zeigen damit auch, dass sie die neuen Richtlinien bejahen. Dennoch: Das in den Schulen der Selbstverwaltung proklamierte Prinzip der Gewaltfreiheit erfordert von allen an der Erziehung von Kindern und Jugendlichen Beteiligten ein enormes Umdenken.

Solidarität und Austausch der GEW mit Yekîtiya Mamosteyên festigen

Die Lehrkräftegewerkschaft *Yekîtiya Mamosteyên* wünscht sich von der GEW und ihren Landesverbänden, dass der gegenseitige Austausch und die Unterstützung fortgeführt und nach besten Möglichkeiten intensiviert werden. Wenn wir uns das Bildungsprogramm der Autonomieverwaltung genau betrachten und seine Verwirklichung begleiten, dann können wir Vieles daraus für unsere Arbeit hierzulande nutzen, deshalb sollten auch wir an einer Intensivierung interessiert sein.

Nach der Delegationsreise hat Nesrin Reshk alle regionalen Gewerkschaftsbüros besucht und den Verantwortlichen von der Reise nach Deutschland berichtet. Gemeinsam wurde der Wunsch entwickelt, den Kontakt zu deutschen Organisationen und Einrichtungen des Bildungswesens auf einen regionalen Austausch auszuweiten, zum Beispiel regionale Kooperationen mit GEW-Landesverbänden und regionalen Gewerkschaftsbüros zu gründen. Dieses Anliegen wurde im letzten Monat auch von der Vertretung der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in Deutschland, ansässig in Berlin, an die GEW herangetragen. Auf ihrer Website finden Interessierte mehr Informationen zu der Region: https://www.nordundostsyrien.de.

Erste positive Rückmeldungen dazu gab es auch schon nach der letzten Veranstaltung mit Online-Austausch am 25. Mai 2023. Eine Berliner Schule bekundete ihr Interesse an einem Unterstützungsprojekt des Regionalbüros Efrin/Sheba. Bei dem Erdbeben im Februar wurden in der Region Schulgebäude zerstört und Ersatzunterrichtsräume eingerichtet in Wohnhäusern direkt an einer sehr befahrenen Hauptstraße. Es müssen Schutzwände gebaut werden, die die Kinder vor dem Autoverkehr schützen. Durch Spendenaktionen möchte die Schule einen finanziellen Beitrag zur Sicherheit der Schulkinder leisten.

Gewerkschaftlich engagierte Menschen, auch aus anderen GEW-Landesverbänden, die sich für die von dem Regionalbüro gewünschte Zusammenarbeit interessieren, können sich gerne an die Koordinierungsgruppe wenden, zum Beispiel über *LAMA/Internationales* der GEW Berlin: sigrid.masuch@extern.gew-berlin.de.

BRUNI RÖMER,
AG Internationale Arbeit, GEW Schleswig-Holstein

Foto: Reinhard Schwandt

STREIK!

Der Hafen ist kein Casino!

Seitdem der Hamburger Senat überraschend verkündete, dass die Reederei MSC fast die Hälfte des stadteigenen Hafenkonzerns HHLA kaufen will, sind die Beschäftigten beunruhigt. Am 6. November traten sie in einen ›wilden Streik‹. Denn es geht um den Ausverkauf des Hafenkerns – trotz gegenteiliger Senatsbeteuerungen.

Als am Morgen des 13. September Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher zusammen mit der Wirtschafts- und Hafensenatorin Dr. Melanie Leonhardt und Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, alle drei von der SPD, zu einer Pressekonferenz luden, wusste niemand, worum es gehen würde. Was folgte, war ein Paukenschlag für Hamburgs Wirtschaft: Der Einstieg der weltweit größten Reederei *Mediterranean Shipping Company* (MSC) in die *Hamburger Hafen und Logistik AG*, die HHLA. Die wird zwar an der Börse gehandelt, aber bisher sind nur 31 Prozent der Aktien im Streubesitz, 69 Prozent besitzt die Stadt Hamburg über ihre *Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH* (HGV). Diese Aktienverteilung galt lange als unveränderlich. Die HHLA solle eine neue Gesellschafterstruktur bekommen, verkündete Tschentscher: Zwischen dem Senat und der Reederei MSC sei nach nicht öffentlichen Verhandlungen im kleinen Kreis eine rechtliche Vereinbarung geschlossen worden, ein *Memorandum of Understanding*: Die MSC werde in Zukunft über eine Tochter 49,9 Prozent der Anteile halten, die Stadt verringere ihren Anteil auf 50,1 Prozent.

Bürgermeister Tschentscher sprach von einer »strategischen Partnerschaft der Stadt Hamburg mit einer der weltweit führenden Reedereien«, die sei »ein Meilenstein in der weiteren Entwicklung unseres Hafens«. Außer dem Bürgermeister und den beiden Senator*innen sprach nur noch der CEO von MSC, Søren Toft, auf der Pressekonferenz. Es klang ähnlich blumig: »Hamburg wird ein Knotenpunkt im internationalen Netzwerk von MSC«, versicherte er: »Wir werden uns in Zukunft stärker auf Deutschland und Hamburg konzentrieren.« MSC werde seine Deutschlandzentrale nach Hamburg verlegen und die Mitarbeiterzahl auf 700 mehr als verdoppeln. Toft versprach, über die Containerterminals der HHLA ab 2031 eine garantierte Menge von 1 Million Standardcontainern (TEU) jährlich umzuschlagen.

Ein fragwürdiges Versprechen: Hat doch MSC bereits eine Beteiligung am Containerterminal NTB in Bremerhaven, einer Tochter von *Eurogate*. Menge von dort nach Hamburg zu verlagern, macht betriebswirtschaftlich keinen Sinn, weil die Auslastung des Terminals in Bremerhaven dadurch schlechter würde. Das Gleiche gilt innerhalb Hamburgs: Der vierte große Containerterminal im Hamburger Hafen gehört ebenfalls *Eurogate*. Dort wird derzeit noch viel Ladung von MSC-Schiffen umgeschlagen. Diese Ladung von einem Eurogate- an ein HHLA-Terminal zu verlagern, ist ebenfalls keine Lösung für die geringe Auslastung des Hamburger Hafens. Die wahren Beweggründe von MSC dürften also woanders liegen.

MSC – eine der Reedereien, die den Weltmarkt beherrschen

»Es sind wenige große Reedereien, welche den Weltmarkt der Seetransporte beherrschen«, erläutert Jörn, seit Jahrzehnten Gesamthafenarbeiter beim Personaldienstleister GHB (*Gesamthafenbetriebs-Gesellschaft*) im Gespräch mit dem Autor: »Und es sind Familienbetriebe von Milliardären.« *Maersk*, bis vor kurzem weltgrößte Reederei, gehört der Familie Möller in Dänemark, die mittlerweile weltgrößte Reederei MSC mit Sitz in Genf gehört der italienischen Familie Aponte, geschätztes Firmenvermögen derzeit: 60 Milliarden Euro. Zu MSC gehören neben der Handelsreederei unter anderem die Kreuzfahrtreederei MSC Cruises mit 19 großen Schiffen, die Fährrederei SNAV, und über die im Jahr 2000 gegründete *Terminal Investment Limited* (TiL) 62 Containerterminals in 30 Ländern. Hamburg wäre der Hafen Nummer 63, in dem MSC Anteile besitzen würde. Außerdem, so zählt Jörn auf, »besitzt MSC eine Fluglinie, das Logistikunternehmen *Medlog* und das Bahnunternehmen *Medway*«. Im Inland gehören MSC mehr als 20 dry ports und über 30 Eisenbahn-Containerterminals – bereits jetzt ein gigantisches Logistikimperium. Insbesondere die Eisenbahnlogistik *Metrans* der HHLA würde der Reederei die Marktführung beim Transport von Containern über die Schiene in Europa verschaffen. Denn *Metrans* ist – laut Selbstdarstellung – »Marktführer für Containertransporte im Seehafenhinterlandverkehr mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa«.

Die Milliardengewinne der großen Reedereien

In der Coronapandemie, schildert Jörn, hätten alle großen Reedereien gigantische Extraprofite in Milliardenhöhe eingefahren, die sie jetzt in Häfen und Logistik investieren würden – strategische Investitionen zur Beherrschung der Lieferketten: Eingesetzt zur Erhöhung der vertikalen Integration, indem sie ihre Lieferketten durch Aufkäufe von oder Beteiligungen an Hafenanlagen oder Käufe von Fluglinien etc. schließen. Gleichzeitig gibt es einen Trend zur Automatisierung in den Häfen, in dem Wahn, dadurch schneller und effizienter zu werden, obwohl dies nur den Flächenfraß und die Arbeitslosigkeit stärkt – und damit kontraproduktiv für die städtischen Interessen ist. Die Automatisierung erfordert hohe Investitionssummen, die öffentliche Betriebe häufig nicht aufbringen können oder wollen, da ist dann der Verkauf der Betriebe als ›Lösung‹ naheliegend – auch aus Sicht des Hamburger Senats.

Der Hamburger Hafen ist grundsätzlich ein hochkomplexes Netz von ineinander verwobenen Interessen, die einerseits zentral vom Weltmarktgeschehen abhängig sind und andererseits durch die Senatspolitik nicht gerade durchschaubarer gemacht werden: Warum etwa müssen städtische Liegenschaften von der HHLA bewirtschaftet werden, einem teilprivatisierten Betrieb, warum wird der Einfluss in der HHLA nicht genutzt, um eine Hamburger Hafenstrategie zu entwickeln? Der Senat betreibt eine Politik der Deregulierung, weltmarktorientiert und wachstumsfixiert und zeigt andererseits mit der fehlenden länderübergreifenden und Hamburger Hafenstrategie, dass er nicht wirklich einen Plan hat – und so zum Spielball großer Reedereien werden kann, konkret: dass er sich einspannen lässt in die weltweit dreiundsechzigste Hafenbeteiligung von MSC.

Der Containerumschlag stagniert

Der Senat erhofft sich durch den Einstieg von MSC trotzdem einen Anschub für den kriselnden Hamburger Hafen: »Im bis vor wenigen Monaten noch gültigen Hafenentwicklungsplan wurde jahrelang von einem Umschlag von 25 Millionen

Schichtarbeit als Gesamthafenarbeiter

»Im Hamburger Hafen wird in drei Schichten 24/7 gearbeitet. Wir Gesamthafenarbeiter haben drei abwechselnde Schichtwochen. Frühschicht, Frühschicht mit der Möglichkeit, durch die Einteilung auf Spätschicht gesetzt zu werden und Spätschicht, mit der Möglichkeit, durch die Einteilung auf Nachtschicht gesetzt zu werden. Ein Beispiel: Der Gesamthafenarbeiter steht morgens mit seiner Frau auf, da er sie ansonsten in seiner Spätschichtwoche gar nicht zu Gesicht bekommt. Dann macht er die Kinder für die Schule fertig, macht den Haushalt und vielleicht ein bisschen Freizeit. Um 12 Uhr ruft er die Einteilung an, die ihm mitteilt, dass er auf Nachtschicht umgesetzt ist. Also Arbeitsbeginn an dem Tag statt 15 Uhr dann 23 Uhr. Vielleicht bekommt er auch schon gesagt, auf welchem Terminal er um 23 Uhr zu erscheinen hat. Nun muss er sich überlegen, wie er noch zum Schlafen kommt. Schafft er das nicht, weil die Kinder aus der Schule kommen und es in der Wohnung natürlich lebendig ist, ist er dann also seit sechs oder sieben Uhr morgens wach. Wenn er dann am nächsten Morgen nach der Nachtschicht um etwa sieben Uhr ins Auto steigt um nach Hause zu fahren, ist er also mehr als 24 Stunden wach. Rein arbeitsmedizinisch hat er dann etwas mehr als 0,8 Promille und dürfte gar nicht mehr am Straßenverkehr teilnehmen.
Dadurch, dass weniger Ladung nach Hamburg kommt, haben wir weniger bezahlte Schichten und damit real weniger Einkommen. In Hamburg genauso wie in Bremerhaven wird immer wieder Kurzarbeit angewendet. Da wir als Gesamthafenarbeiter diejenigen sind, die von den Terminals angefordert werden, sind wir vor allem auf denjenigen Schichten unterwegs, die die großen Betreiber HHLA und *Eurogate* nicht abdecken können. Also vor allem Spätschicht und Nachtschicht. Und ganz extrem dann am Freitagabend, da sind fast ausschließlich ›unsere‹ Jacken auf den Terminals zu sehen. Wer will schon gerne Freitagabend arbeiten? Dies wirkt sich natürlich auf das familiäre, gesellschaftliche und private Umfeld aus.« (Felix Pospiech)

TEU ab 2025 ausgegangen«, so Christian Warnke, Betriebsratsvorsitzender im Hafenbetrieb PGM, im Gespräch mit dem Autor: »Aber der jährliche Umschlag hat sich bei 8 bis 8,5 Millionen TEU eingependelt. Dass ist Hamburgs Niveau, davon müssen wir ausgehen«. Aber stattdessen werde nur auf eine wachsende Umschlagsmenge gesetzt, ansonsten: »Es gibt kein Konzept für die qualitative Entwicklung des Hafens«, so Christian Warnke. Aber auch MSC könne kein Wachstum der Umschlagszahlen garantieren: »Die Ladung, deren Umschlag sie für Hamburg zusagen, müssen sie woanders abziehen«. Vor allem aus den Bremer Häfen, die so gegen Hamburg ausgespielt werden. Auch die Deutschlandzentrale, die MSC mit 700 Arbeitsplätzen nach Hamburg bringen will, wird dann von ihrem jetzigen Standort abgezogen – weg aus Bremerhaven. Ein Nullsummenspiel, bei dem Häfen, Kommunen und Beschäftigte gegeneinander ausgespielt werden und nur diejenigen gewinnen, die Vorteile von der Privatisierung haben – die großen Reedereien: »Die Mechanismen der Profitsteigerung sind überall im Kapitalismus gleich, auch in den Häfen«, so Christian Warnke. Umso größer war die Unruhe unter den Hafenarbeiter*innen, als der Deal der Stadt Hamburg mit MSC bekannt wurde. Noch am selben Tag riefen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Hafenbetrieben die Kolleg*innen in allen drei Schichten zu Pausenversammlungen in den Kantinen an den Containerterminals zusammen.

Kritik am geplanten Verkauf an MSC

Im *HHLA-Betriebsratsinfo* vom September wurde der geplante Verkauf als »Coup vom Senat« kritisiert: »Dieser von langer Hand geplante Schlag gegen die Beschäftigten der HHLA, sowie des gesamten Hamburger Hafens, wird die Arbeitsbedingungen verschlechtern, die ohnehin wegen der fortschreitenden Automatisierung und momentanen Unterauslastung sehr unter Druck sind«. Es bestehe die Gefahr der Schwächung der Arbeitnehmer*innenvertretung. »Die Nachricht wurde mit Entsetzen aufgenommen«, berichtet Felix Pospiech, Gesamthafenarbeiter beim GHB, ver.di-Vertrauensmann und Betriebsrat, dem Autor: »Die Beteiligung an den Versammlungen war sehr gut«. In den Hafenbetrieben sind zwischen 70 und 90 Prozent der Belegschaft bei ver.di organisiert, die Beschäftigten haben zuletzt vor einem Jahr kämpferisch für Lohnerhöhungen gestreikt. »Das war Geheimniskrämerei vom Senat, die Verkündung stieß in der Belegschaft auf Empörung, auf Unverständnis«, so Christian Warnke, der auch in gewerkschaftlichen Gremien bei ver.di aktiv ist.

Am 3. November veröffentliche der Konzernbetriebsrat der HHLA eine Stellungnahme zum geplanten Deal über den Einstieg von MSC bei der HHLA: »Die Art und Weise der Verhandlungen in kleinstem Kreis ist einem solchen Vorhaben nicht angemessen und verprellt nicht nur die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen, sondern auch wichtige Kunden, darunter *Hapag Lloyd* und COSCO mit Beteiligungen an einzelnen Terminals. Die Verhandlungen wurden zudem laut Presseberichten ohne die Einbeziehung von Berater*innen mit Branchenexpertise geführt. Bei einem transparenteren Prozess hätten maritimer Sachverstand verschiedener Akteure genutzt und Alternativkonzepte geprüft werden können«. Der Konzernbetriebsrat spricht sich gegen das Übernahmeangebot aus und »erwartet, dass insbesondere die Freie und Hansestadt Hamburg in den weiterführenden Gesprächen mit MSC die im Folgenden aufgeführten Gefahren beherzigt, klar Stellung für die Interessen der HHLA und ihrer Belegschaft bezieht und keinem Deal zustimmt, dessen Risiken die Chancen bei Weitem übertreffen«. Der Konzernbetriebsrat fordert die Hamburgische Bürgerschaft am Schluss der detaillierten Kritik dazu auf, den Teilverkauf an MSC abzulehnen.

Druck auf die Beschäftigten

»Es geht uns als Beschäftigte natürlich um unsere Arbeitsbedingungen, unsere Arbeitsplätze und unsere Bezahlung, die sind aber auch ohne einen Verkauf an MSC erheblich unter Druck«, erläutert Sonja Petersen, Betriebsrätin und ver.di-Vertrauensfrau bei der HHLA: »Die HHLA plant aktuell auch ohne MSC-Deal mindestens 500 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren abzubauen, Arbeitszeiten sollen flexibilisiert und viele Arbeitsprozesse automatisiert werden«. Arbeitsverdichtung statt Hafenentwicklung.
»Der Senat holt sich die Reederei mit in die HHLA, um die Automatisierung voranzutreiben«, erklärt Jörn. Bisher habe die HHLA zwar bereits auf verstärkte Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau gesetzt – sei aber damit nur langsam vorangekommen. »Das Containerterminal Altenwerder ist zwar halbautomatisiert, aber im Hafen Rotterdam auf der Maasvlakte gibt es schon vollautomatisierte Terminale«, so Jörn: In Hamburg sei die Automatisierung aber schwieriger, weil der Hafen eng sei – ein Terminal kann nicht einfach daneben mit automatisierten Containerbrücken und *Automated Guided Vehicles* ohne Fahrer*innen, AGVs, neu gebaut werden, sondern wird Stück für Stück im laufenden Betrieb umstrukturiert: »Daran kann auch MSC nichts ändern«.

Bei der HHLA geht es bereits vor dem Einstieg von MSC um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: »Seit 1970 hatten wir bei der HHLA übrigens einen Mitbestimmungstarifvertrag, der dem Betriebsrat erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Kündigungen und organisatorischen Maßnahmen gewährt hat«, erklärt Sonja Petersen: »Dieser Tarifvertrag wurde 2021 von der HHLA gekündigt und eine Nachwirkung wird bestritten – wir erleben also einen Rückschritt bei der Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter*innen«. Derzeit werden durch die HHLA darüber hinaus viele Betriebsvereinbarungen gekündigt, um zu neuen, für die Beschäftigten schlechteren Regelungen zu kommen. Dass hat nichts mit MSC zu tun und wäre auch ohne den Deal vom Management betrieben worden, weil es zum Beispiel betriebsbedingte Kündigungen erleichtert. Aber ein Einstieg von MSC würde diese Tendenz wohl verstärken: Die Orientierung auf immer mehr Ladung, die mit immer weniger Personal möglichst automatisiert umgeschlagen werden soll.

Felix Pospiech fordert im Gespräch den »Rückkauf aller Aktien der HHLA«. Eine Chance, dass die Hoffnung des Hamburger Senates aufgeht und sich durch den Teilverkauf an MSC die Umschlagsmenge erhöht, sieht er nicht: »Ehrlich gesagt ist mir persönlich völlig unklar, was dieser Deal wirklich bringen soll – außer kurzfristiges Geld in die Stadtkasse zu bringen«, so Felix Pospiech: »Die Entwicklung der Ladungsmenge hat ja was mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun und ist auch immer ein Barometer für Kaufkraft und die Entwicklung im Export, etwa im Maschinenbau, zu sehen an den Sondergrößen im Umschlag«. In seinem Betrieb, dem GHB, der als Personaldienstleister der Hafenwirtschaft bei Auftragsspitzen an den Terminals einspringt, wenn die dortigen Belegschaften nicht ausreichen, schlagen Entwicklungen im Hafen voll durch: »Die Gesamthafenarbeiter leiden unter der Automatisierung und dem Druck auf die fest beschäftigte Belegschaft zu mehr Flexibilität. Denn je flexibler die Festen, desto schlechter für die Gesamthafenarbeiter als Personalreservoir«. Die Flexibilität des Hafens hat schon jetzt ihren Preis für die Beschäftigten des GHB: »Dadurch, dass weniger Ladung nach Hamburg kommt, haben wir weniger bezahlte Schichten und damit real weniger Einkommen. In Hamburg genauso wie in Bremerhaven wird immer wieder Kurzarbeit angewendet. Da wir diejenigen sind, die von den Terminals angefordert werden, sind wir vor allem auf denjenigen Schichten unterwegs, die die großen Betreiber HHLA und Eurogate nicht abdecken können, also vor allem Spätschicht und Nachtschicht«.

Mögliche Gefahren durch einen Verkauf an MSC

Wie wenig es bei dem Verkauf an MSC um Arbeitnehmer*innenrechte geht, wird auch am Unterschied zur Aufregung bei der Beteiligung von COSCO an einem Terminal deutlich: »Das liegt wohl daran, dass die Schweiz in der zugespitzten Weltlage zum Westblock gehört, dem ungefähr 45 Staaten angehören«, so Norbert Paulsen. Denn: Die Arbeitsbedingungen im MSC-Konzern sind

»nach meiner Information ähnlich schlecht wie bei COSCO«. Und diesmal geht es nicht um ein Terminal wie bei COSCO, sondern um die städtische Hafen-Holding: »Der Verkauf der gesamten HHLA hat eine völlig andere Qualität und wirkt sich auf alle Terminals, alle Einzelgesellschaften aus«, betont Sonja Petersen: »Im Endeffekt würde MSC dann bestimmen, welche Art Geschäftspolitik mit anderen Reedern, also der Konkurrenz, betrieben würde – wie das funktionieren und dem Hamburger Hafen helfen soll, ist schwer nachzuvollziehen«. Deshalb kritisiert die Betriebsrätin: »Ein Verkauf an MSC ist zusammenfassend also nicht weniger, sondern wesentlich problematischer als die Beteiligung von COSCO an einem Terminal«. Zumal der HHLA mit *Metrans* ein hochprofitables Bahnunternehmen für internationale Containertransporte über Land gehört: »MSC geht es um eine Vormachtstellung in der ganzen Hafenlogistik und den Lieferketten. Sie besitzen bereits eine eigene Fluglinie und über Beteiligungen an über siebzig Containerterminals weltweit«, so Sonja Petersen. Die *Metrans* mit ihren Bahnlinien und dry ports, Umschlagbahnhöfen im Inland für Container, könnte für MSC ein wichtiger Baustein zur Dominierung internationaler Lieferketten sein. Und für steigende Marktmacht. »Ich vermute, dass MSC an *Metrans* interessiert ist. Und ihre Linien bis in den Balkan, bis nach Kroatien, wo sich ja auch die HHLA in einen Hafen eingekauft hat«, erklärt Felix Pospiech. Auf die Frage, ob es schon Kontakte zum Betriebsrat von MSC gäbe, antwortet Jörn vom GHB nur mit einer Gegenfrage: »Welcher Betriebsrat?«

So drohen Gewinne abzufließen, da die gewinnorientierte und Milliardengewinne gewohnte MSC nicht verpflichtet ist, in den Hafen zu investieren: »Es gibt keine Absprache, dass im Gegenzug für dieses Schnäppchen die Reederei MSC irgendwas machen muss«, erklärt Felix Pospiech. Ob sich der Verkauf noch verhindern lässt? – »Ja, wenn die Bürgerschaft dem nicht zustimmt.«

»Es betrifft Alle, nicht nur den Hafen!«

Die HHLA als noch teilstädtisches Unternehmen gehört den Bürger*innen der Stadt und Gewinne können so in die städtische Daseinsvorsorge abgegeben werden. Und die HHLA hat seit ihrem Bestehen jedes Jahr Gewinne eingefahren. »Damit konnten die Defizite der kommunalen Badeanstalten *Bäderland* oder des städtischen *Hamburger Verkehrsverbundes* minimiert werden«, betont Christian Warnke im Gespräch. Dass die HHLA städtisches Eigentum bleiben soll, ist »das allerwichtigste Argument überhaupt, das Ganze ist aber eben kein typisches Hafenproblem, sondern hat etwas mit Verkauf von lukrativem öffentlichem Eigentum zu tun«, so Felix Pospiech: »Darum muss es gelingen, das Thema aus dem Hafen herauszubringen. Es betrifft Alle, nicht nur den Hafen!«
Deshalb wird der von Hafenarbeiter*innen und der Gewerkschaft ver.di organisierte Protest auf die Stadt ausgeweitet. Es begann mit der Demonstration am 19. September mit 2.500 Teilnehmenden unter dem Motto *Unser Hafen, nicht Euer Casino!* Das öffentliche Sammeln für die Unterschriftenliste und die Online-Petition gegen den Verkauf laufen seit September. Am 11. November fand eine Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt statt, mit Reden von Beschäftigten aus dem Hafen und Infoständen.

Die Resonanz auf den Protest aus dem Hafen ist noch ausbaufähig. Aber sich gegen einen Deal des rotgrünen Hamburger Senates zu stellen – die Grünen haben sich nach der Präsentation des Ergebnisses der Geheimverhandlungen sofort hinter die alleinig federführende SPD gestellt –, ist vielleicht für viele Bürger*innen schwieriger, als 2006 gegen einen CDU-Senat zu protestieren.

Die tonangebenden Medien in der Stadt, das *Hamburger Abendblatt* und der NDR geben dem Hamburger Hafenkapital, insbesondere der Hamburger Reederei *Hapag-Lloyd* und deren Kritik am Verkauf an ihre Konkurrenz MSC mehr Raum als den Beschäftigten. Dadurch entsteht der Eindruck, es gehe nur um die Konkurrenz zwischen Reedereien und nicht auch um den Verlust staatlichen, städtischen Einflusses auf den Hafen und seine Entwicklung, auf die Arbeitsbedingungen und die Verwendung der Gewinne.

Wenn der Vertrag mit MSC – nach Redaktionsschluss dieser *hlz,* voraussichtlich am 22. November – auf einer Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft im Rathaus erörtert und später zur Abstimmung gestellt werden soll, wird es weitere öffentliche Aktionen geben. Hoffentlich mit einer breiten Solidarisierung von Hamburger Bürger*innen – denn der Verkauf von Kronjuwelen des städtischen Eigentums betrifft die ganze Stadt.

GASTON KIRSCHE
ist gewerkschaftlich bei ver.di aktiv und in der außerparlamentarischen Linken, als freier Journalist schreibt er über nationale und internationale Arbeitskonflikte und soziale Kämpfe.

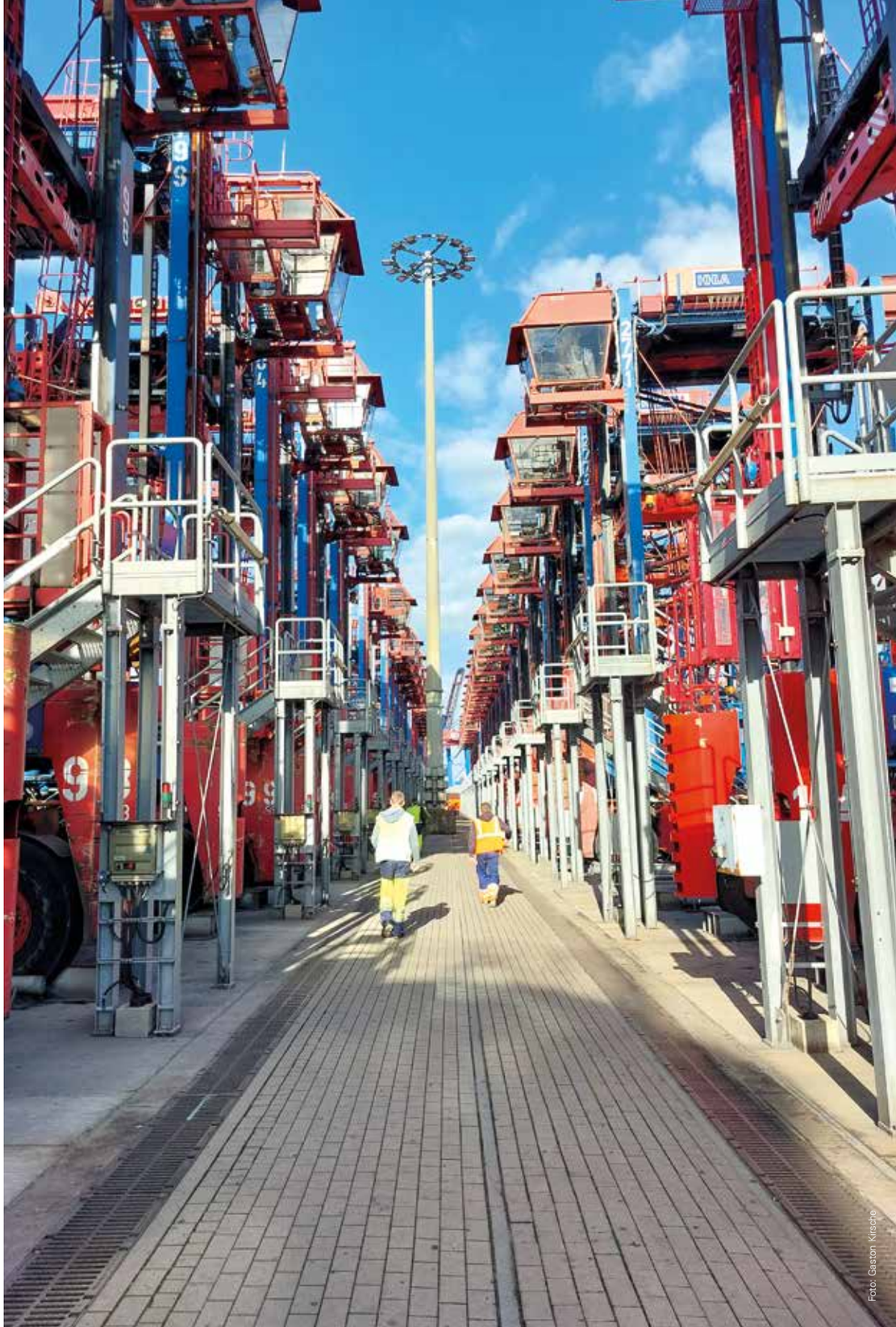


Foto: Gaston Kirsche

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – DEZEMBER 2023 / JANUAR 2024

Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
Referat B Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule	18.12.2023, 17.00-18.30 Uhr, Raum A
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	13.12.2023, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	25.01.2024, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Hochschule u. Forschung	11.12.2023, 18.00-20.00 Uhr, GBW 22.01.2024, 18.00-20.00 Uhr, GBW
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
Landesausschuss für Migration	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Bildung statt Kinderarbeit	12.12.2023, 16.00-18.00 Uhr, GBW
Ausschuss für Friedensbildung	14.12.2023, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler*innen	06.12.2023, 10.00-13.00 Uhr, Raum A 10.01.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A 07.02.2024, 10.00-13.00 Uhr, Raum A
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	22.01.2024, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	15.1., 4.3., 6.5.2024, 18.30-21.30 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen, unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage www.gew-hamburg.de

Redaktion:
Antje Géra (Redaktionsleitung), Liese Kühnel, Sebastian Schreull
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Illustrationen Titel und Thementeil:
Sebastian Schreull

Grafische Assistenz:
Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss hlz 1-2/2024: 15.01.2024

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **0157-38371442**

Frohe Weihnachten und einen guten Start in das Jahr 2024 wünscht Ihnen Ihre Anzeigenverwaltung

Die Redaktion wünscht allen Leser*innen, Autor*innen und Unterstützer*innen mußevolle Feiertage!

albersdesign
Media-Agentur
Mediengestaltung
+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung
Horn 33 . 25421 Pinneberg
ca@albers.design . **www.albers.design**

Haben Sie weitere Anliegen – sprechen Sie mich gerne an!

HAMBURGER LEHRER–FEUERKASSE
VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2023 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / **info@h-l-f.de**

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt